REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 444 · 23.11.2000

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 46 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. ak-Autor Peter Nowak im Visier des Berliner Staatsschutzes - mb., Berlin
2. Morden für das Vierte Reich. Der Aufbau terroristischer Strukturen in der rechten Szene ist in vollem Gang - Joachim Kolb
3. Szenen einer geschlossenen Gesellschaft. Ausstellung "Abgestempelt": Antisemitische Bilder im Alltag - Anke Schwarzer
4. Einer wird gewinnen. Der Florida-Flop zeigt: Das US-Wahlsystem ist renovierungsbedürftig - Max Böhnel
5. Pragmatische Machtpolitik. Auch außenpolitisch sind sich Bush und Gore weitgehend einig - Max Böhnel
6. Der Idiot und der Lügner. Der US-Wahlkampf - eine müde Show mit schwachen Darstellern - Max Böhnel
7. Antirassismus 2000. Kritischer Rückblick auf zehn Jahre antirassistische Bewegung und Fragen an die Zukunft - Franck Düvell, ARAB
8. 9.12 - Aktionstag gegen Lufthansa
9. deportation class stopp! Lufthansa-Kampagne zwischen Internationalismus und Internetionalisierung - h., AG3F Hanau
10. Anstandsdemo am 9. November. Manifestation der "Normalität der Herrschenden". Interview mit Wolf Dieter Narr - Thomas Klein
11. Grenzen der Anständigkeit. Die Einwanderungsdebatte ist eine Schlacht mit Kampfbegriffen - Anke Schwarzer
12. "Aufhören, verbal zu zündeln!" Dokumentation (Auszug) der Rede von Paul Spiegel, Vorsitzender Zentralrat der Juden in Deutschland
13. Gabi liebt Deutschland, wen liebt die PDS? - mb., Berlin
14. Realsatire mit ernstem Hintergrund. Der Krieg, die Justiz und der lesende Soldat - Brigitte Klaß
15. Dayton ade. In Bosnien-Herzegowina bleiben nationalistische Kriegstreiber an der Macht - Boris Kanzleiter
16. Agonie des Fujimorismus. Fujimori zurückgetreten - Montesinos vor dem Aus - Albert Sterr
17. Schneeschmelze in den Anden - Rolf Schröder
18. Zeit zum Abtreten, Kumpel! In Manila sortiert Präsident Estrada notdürftig seinen Scherbenhaufen - Rainer Werning
19. Die Palästinenser haben sieben Jahre gewartet ... Interview mit Adam Keller, Gush Shalom (Friedensblock), Israel
20. Phänomen Haider. Ein Streitgespräch zwischen Franz Schandl und Heribert Schiedel
21. Schwarzes Gift des Dschungels. Ölverschmutzung verseucht Urwalddörfer in Guatemala - Andreas Boueke
22. Das tödliche Element Plutonium. Die "schadlose Verwertung" als Entsorgungsnachweis - DSe
23. Schließt Frankreich die Plutoniumfabrik Cadarache? - DSe
24. Bundesregierung erzwingt MOX-Einsatz - DSe
25. Waffen-Plutonium für deutsche Reaktoren - DSe
26. Demonstrationsrecht auf badische Art. In Philippsburg legte die Polizei die Infrastruktur der Anti-AKW-AktivistInnen still (Daniel
27. Staatlich organisiertes Lohndumping. Sondertarife bei Hamburger Beschäftigungsgesellschaft - dk.
28. Geld oder Leben. Das Buch zur Existenzgeld-Diskussion - Dirk Hauer
29. Shaft - noch Fragen? Die Bewältigung des schwarzen Aufstands im Film - Oliver Demny
30. Zivilisation und Barbarei. Enzo Traversos Aufsätze über Auschwitz und die Defizite des Marxismus - Js.
31. Das Verhältnis von Begriff und Gegenstand. Zur Kritik an der Postmoderne - Michael Zander
32. "Schätze unter der Haut." Die Inwertsetzung von Gewebezellen und Genen. Interview mit Erika Feyerabend
33. Fanatische Horden. Der palästinensische Aufstand und der Rassismus deutscher Linker - Js.
34. Ignoranz und Bekennertum. Wenn Linke ein "Tabu" brechen, das keines ist: Antisemitismus in der Linken - Js.

35. Späte Vergangenheitsbewältigung. Das Berliner Iberoamerikanische Institut und seine braune Vergangenheit - Peter Nowak
36. AUFGEBLÄTTERT
37. (Haar-)Risse im Putz
38. Plutoniummengen und MOX-Einsatz
39. LESERBRIEF
40. KALENDER
41. Trostpreise und Blitzschläge
42. Antirassistische Innovationszyklen
43. Nomadisierende Brennelemente
44. Quelldatei geld_her.htm
45. Disneyland ist überall
46. Herein darf, wer nützt

1. ak-Autor Peter Nowak im Visier des Berliner Staatsschutzes

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:23

Der Berliner Staatsschutz ließ am 31. Oktober, Punkt 6 Uhr morgens die Wohnung des Journalisten und ak-Autors Peter Nowak durchsuchen. Bei der Durchsuchung beschlagnahmten acht Polizisten neben einem Computer zahlreiche Pressematerialien, darunter Flugblätter und Broschüren zu internationalistischen Themen. Im Durchsuchungsbefehl ist von einem Verstoß gegen das Vereinsgesetz die Rede. Anscheinend wird Peter Nowak eine Unterstützungshandlung für die in Deutschland verbotene linke türkische DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) bezichtigt, soll er doch laut Durchsuchungsbefehl einen Solidaritätsappell für die in Deutschland verbotene Organisation verfasst und Texte der DHKP-C ins Internet gestellt haben.

Der Durchsuchungsbefehl trägt das Datum des 27. Septembers 2000. Einen Monat nach dessen Ausstellung griffen die Polizeibeamten sowie mehrere Staatsschützer zu. Ob die Hausdurchsuchung im Zusammenhang mit dem derzeit laufenden Hungerstreik von DHKP-C-Gefangenen gegen die geplante Einführung von Isolationsgefängnissen nach dem deutschen Modell Stammheim in der Türkei steht, kann allerdings nur vermutet werden.

Neben den Ermittlungen gegen Peter Nowak hat es in diesem Zusammenhang auch noch eine Durchsuchung in Westdeutschland gegeben. Auch hier wird wegen des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz ermittelt.

Peter Nowak, der seit Jahren über Antifaschismus, Internationalismus, Anti-AKW-Bewegung und die staatliche Repression gegen Aktivisten dieser Bewegungen schreibt, beschäftigt sich in seiner journalistischen Arbeit seit über einem Jahr mit der Kriminalisierung der DHKP-C in Deutschland sowie mit den menschenunwürdigen Verhältnissen in den türkischen Gefängnissen. Das ist den staatlichen Behörden offenbar ein Dorn im Auge. Wie die Staatsschutzbehörden diesen Eingriff in die besonders geschützte Arbeit eines Journalisten rechtfertigen will, darauf darf man gespannt sein.

mb., Berlin

2. Morden für das Vierte Reich. Der Aufbau terroristischer Strukturen in der rechten Szene ist in vollem Gang

Autor: Joachim Kolb · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:19

Es war eine kleine Sensation, was sich Mitte Juni dieses Jahres bei der Vorstellung des neuen Berliner Verfassungsschutzberichtes ereignete: Innensenator Eckart Werthebach (CDU), der als Rechtskonservativer bisher bevorzugt die Autonomen zum "größten Sicherheitsrisiko Berlins" aufbauschte, sah sich gezwungen, die Bekämpfung des Rechtsextremismus ab sofort zum "absoluten Schwerpunkt" seiner Behörde zu erklären. So überraschend Werthebachs Ankündigung war, so überfällig war dieser Paradigmenwechsel. Denn Teile der rechten Szene gehen immer stärker zur Politik der konspirativ geplanten terroristischen Anschläge über. Und das nicht nur in Berlin.

Mitterweile ist der alltägliche Straßenterror gegen MigrantInnen, Flüchtlinge, Schwarze, Juden, Linke, Homosexuelle, Behinderte und Obdachlose in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen. Dieser Alltagsterror, der seit 1990 mehr als 120 Menschen das Leben gekostet hat, macht bislang den Großteil neonazistischer Gewalt aus. Bei der momentanen Diskussion um Rechtsterrorismus bleibt diese Gewalt aber meist ausgeblendet.

Tatsächlich werden in letzter Zeit auch vermehrt Strukturen innerhalb der rechten Szene erkennbar, die eine neue Qualität neonazistischen Terrors befürchten lassen. Die Nazi-Zirkel gehen bei ihren gezielten Mordanschlägen geplant und äußerst konspirativ vor. Schon seit Jahren haben sie Namen und Adressen von politischen GegnerInnen zusammengetragen (die sogenannte Anti-Antifa-Arbeit), paramilitärische Ausbildungen absolviert und umfangreiche Waffen- und Sprengstofflager angelegt. Entsprechende Bombenbau-Anleitungen kursieren in der rechten Szene ohnehin schon seit langer Zeit. Die strategische Grundlage bildet das "Konzept des führerlosen Widerstandes", das eine modernisierte Variante der am Ende des Dritten Reichs geborenen Werwolf-Taktik darstellt. Nach dem "Konzept des führerlosen Widerstandes" sollen Terroranschläge von unabhängig operierenden und deshalb schwer fassbaren Kleinstgruppen die politischen GegnerInnen schwächen und so den Boden für eine starke nationalsozialistische Bewegung vorbereiten.

"Führerloser Widerstand"

Als (para)militärische Ausbilder standen erfahrene Nazi-Terroristen der 70er und 80er Jahre zur Verfügung - zum Beispiel Ekkehard Weil. Er hatte bereits 1970 versucht, eine Wache vor einem antifaschistischen Mahnmal in Westberlin zu ermorden. Der Wächter erlitt dabei lebensgefährliche Verletzungen. Auf Weils Konto gehen in den Folgejahren Brandstiftung, Körperverletzung und mehrere Bombenanschläge. 1998 tauchte Weil unter, nachdem die Polizei bei der Durchsuchung seiner Berliner Wohnung Bombenmaterial gefunden hatte. Es gilt als sehr wahrscheinlich, dass Weil danach an den Sprengstoffanschlägen auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Heinz Galinski, im Dezember 1998 und auf die Wehrmachtsausstellung im März 1999 in Saarbrücken beteiligt war. Sein militärisches Wissen hatte Weil schon Anfang der 90er Jahre in einem von Neonazis besetzten Haus in Ostberlin, das zu jener Zeit für die rechte Führungsriege deutschlandweit als Anlaufstation und Schulungszentrum fungierte, an die neue Generation von rechten Terror-AktivistInnen weitergeben können.

Auf die Existenz rechtsterroristischer Strukturen wurde die Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit jedoch erst Ende Juli dieses Jahres aufmerksam: Bei dem Bombenattentat in Düsseldorf wurden zehn Menschen hauptsächlich jüdische EmigrantInnen aus der ehemaligen Sowjetunion zum Teil schwer verletzt. Dabei hatte es schon seit mehreren Jahren eine ganze Serie von Indizien gegeben, die auf den Aufbau terroristischer Strukturen in der rechten Szene andeuteten:

Im August 1994 stürmte die Polizei die Wohnung des damaligen Berliner Neonazi-Führers Arnulf Priem, in der sich mit rund 20 Nazi-Aktivisten und einem Arsenal von Messern, Schlagwerkzeugen, gebrauchsfertigen

Brandsätzen und Sprengstoff verbarrikadiert hatte. Viele der dort Festgenommenen tauchen später im Zusammenhang mit der Bildung rechtsterroristischer Strukturen immer wieder auf.

Zu diesen Nazis gehört auch Kai Diesner, der im Februar 1997 in Marzahn mit einem Gewehr einen PDS-nahen Buchhändler so schwer verletzte, dass sein linker Unterarm und zwei Finger der rechten Hand amputiert werden mussten. Nur vier Tage später erschoss Diesner einen Polizisten und verletzte dessen Kollegen schwer. In jüngster Zeit wird Diesner für diese Anschläge von einem wachsenden Teil der rechten Szene als Märtyrer verehrt. Im Diskussionsforum auf der Homepage der Anti-Antifa-Organisation Thüringer Heimatschutz vom 9. Juni 2000 heißt es dazu zum Beispiel: "Kameraden ich finde die Forderung nach Freilassung von Kai Diesner absolut sinnvoll. Er hat nur getan, was wir alle hätten tun müssen, nämlich die Volksfeinde offensiv angreifen! Warum kriegen wir es eigentlich nicht gebacken, auch mal linksautonome Zentren in den Großstädten massiv anzugreifen, mit z.B. 200 bewaffneten Kameraden. Warum töten wir nicht mal ein paar Linke, damit sie sehen, dass sie nicht ungestraft gegen uns hetzen dürfen?!"

Im Februar 1998 hob die Polizei in Jena ein Bombenlabor mit mehreren funktionstüchtigen Rohrbomben aus. Die seither untergetauchten BetreiberInnen der Bombenwerkstatt, Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe, hatten schon ein halbes Jahr zuvor einen Koffer mit aufgemaltem Hakenkreuz, der mit einem Sprengsatz präpariert war, auf dem Jenaer Theaterplatz abgestellt.

"Warum nicht mal Linke töten!"

Nach einer bundesweiten Razzia gegen die Anti-Antifa-Szene im Oktober 1999 sah sich das Landeskriminalamt Niedersachsen genötigt, den DGB-Kreisvorsitzenden und mehrere linke Wohngemeinschaften in Göttingen vor rechten Briefbomben zu warnen. Zur gleichen Zeit flog in Göttingen auch eine Gruppe Neonazis auf, die mehrere Sprengstoffanschläge geplant hatte. Bei der Durchsuchung ihrer Wohnungen entdeckte die Polizei Konstruktionspläne zum Bau von Bomben sowie das dafür notwendige Material.

Weitere antifaschistische GewerkschafterInnen wurden in letzter Zeit Zielscheibe rechten Terrors. In Elmshorn verübten Neonazis mehrere Anschläge auf das IG-Metall-Büro. Auf einen Mitarbeiter des Büros setzten Nazis im April 2000 mit einem Transparent über der Autobahn ein Kopfgeld von "10.000 Mark tot oder lebendig" aus. Das zuständige Landeskriminalamt nimmt die Drohungen so ernst, dass der IG-Metall-Mitarbeiter inzwischen Personenschutz erhält. In Thüringen werden GewerkschaftsaktivistInnen ebenfalls massiv bedroht. Steckbriefe von zwei DGB-Funktionären finden sich mit Fotos auf rechten Internet-Seiten. Der PKW des Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen war mehrere Male gefährlich präpariert worden. Nur mit Glück entging der Gewerkschafter einer Katastrophe.

V-Männer im braunen Netz

Bei einer Großrazzia gegen die Vereinigung Skinhead Sächsische Schweiz Ende Juni dieses Jahres hob die Polizei ein riesiges Waffen- und Sprengstofflager aus. Gegen die Gruppierung wird jetzt wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung" ermittelt.

Einen Monat später rief das internationale Skin-Netzwerk Blood and Honour über Internet in einem mehrseitigen Text zum bewaffneten Kampf in Deutschland auf. "Unsere revolutionäre Bewegung sollte sich auf die Rekrutierung politischer Soldaten konzentrieren, die bereit zur Schlacht sind. Die Zeit des Redens ist vorbei. Wir haben eine Ebene erreicht, wo jede Art von Aktion keiner Aktion vorzuziehen ist", heißt es in dem Aufruf. Zu diesem Zweck soll die englische Nazi-Terror-Gruppe Combat 18, die im Sommer 1999 die britische Öffentlichkeit mit mehreren Bombenanschlägen in London schockte, auch in anderen Ländern zum bewaffneten Arm von Blood and Honour aufgebaut werden. Führende deutsche Blood and Honour-AktivistInnen wie Stefan Lange aus Berlin hatten wohl nicht ganz zufällig an zwei internationalen Neonazi-Treffen in Skandinavien im November 1999 bzw. Juni 2000 teilgenommen. Die guten Verbindungen zwischen Blood and Honour, Combat 18 und der Nationalsocialistik Front (NSF) kamen dabei deutlich zum Vorschein. Die NSF hatte im letzten Jahr einen antifaschistischen Gewerkschafter und zwei Polizisten in Schweden ermordet. Ob das Mitte September verhängte Verbot der deutschen Sektion von Blood and Honour die Pläne durchkreuzen kann, muss angesichts dieser internationalen Dynamik bezweifelt werden.

Im Mai 1999 veröffentlichte die Neonazi-Zeitschrift Hamburger Sturm ein Interview mit den National-Revolutionären Zellen, in dem diese Gruppierung Terror-Anschläge nach dem Vorbild von Combat 18 ankündigte. "Man darf einfach nicht vergessen, dass wir im Krieg sind mit diesem System, und da gehen nun mal einige Bullen oder sonstige Feinde drauf", hieß es darin unter anderem. Seither konnten drei Anschläge dieser Gruppe in letzter Sekunde vereitelt werden: Mitte September 1999 wollten zwei Mitglieder der National-Revolutionären Zellen einen Treffpunkt der linken Szene im Prenzlauer Berg mit mehreren Brandflaschen abfackeln. Kurz bevor die beiden das Lokal erreicht hatten, kehrten sie um, da sie sich beobachtet fühlten. Der Brandanschlag hätte in dem fünfgeschossigen Wohnhaus verheerende Folgen gehabt.

Präzisionsgewehre,Briefbomben

und Sprengstoff

Im Mai dieses Jahres wurde ein weiteres Mitglied der National-Revolutionären Zellen verhaftet: Ralf Luckow aus Königs Wusterhausen. Die Polizei kam ihm auf die Spur, nachdem er versucht hatte, ein Präzisionsgewehr mit Zielfernrohr und Schalldämpfer von einem Mitglied der Nazirocker Vandalen zu kaufen. Nach Ansicht der Polizei sollte das Gewehr für Attentate auf AntifaschistInnen verwendet werden. Nur einen Monat später wurden die Ermittler wiederum bei einem Mitglied der National-Revolutionären Zellen fündig: Im Keller des in Treptow wohnenden Neonazis Nick Greger fanden sie eine Rohrbombe, mit der ein Linker in die Luft gesprengt werden sollte.

Die Informationen, mit denen die geplanten Anschläge kurzfristig verhindert werden konnten, stammten aller Wahrscheinlichkeit nach von dem langjährigen Neonazi-Führer Carsten Szczepanski aus Königs Wusterhausen. Selbst Mitglied der National-Revolutionären Zellen wurde Szczepanski Anfang Juli als V-Mann des Brandenburgischen Verfassungsschutzes enttarnt. Dies hat zu einer starken Verunsicherung der rechtsterroristischen Szene geführt. Denn Szczepanski war nicht nur ein einfacher Mitläufer; er war einer der einflussreichsten deutschen Nazi-Kader mit erstklassigen internationalen Kontakten nach England (Combat 18), Schweden (NSK) und in die USA (Ku-Klux-Klan). Er war nicht nur ein Teil der neuen konspirativ-terroristischen Strukturen, sondern war an deren Aufbau und Gestaltung entscheidend beteiligt. Damit dürften diese Strukturen den Strafverfolgungsbehörden weitgehend bekannt sein.

Zudem hat die Enttarnung Szczepanskis eine Diskussion darüber entfacht, wie stark die eigene Szene möglicherweise von V-Leuten durchsetzt ist. Es ist anzunehmen, dass deshalb weitere Attentatspläne im Moment auf Eis liegen und die rechte Szene dabei ist, sich neu zu formieren.

Die Vorgehensweise des Verfassungsschutzes, sich am Aufbau der rechten Terrorstrukturen aktiv zu beteiligen, bedeutet zwar das genaue Gegenteil seiner eigentlichen Aufgabe, macht aber aus Sicht der Schlapphüte Sinn: Zum ersten kann damit die Gefährlichkeit der rechtsextremen Szene plastisch vor Augen geführt werden - nicht zuletzt auch deshalb, um in Zeiten knapper werdender Staatsgelder weiterhin großzügige Finanzmittel für die eigene Behörde zu sichern. Zum zweiten lässt sich so am einfachsten der Zugriff auf die konspirativ agierenden Gruppen behalten, um unerwünschte Anschläge jederzeit verhindern zu können. Und zum dritten wirken Terror-Aktivitäten in der Regel auf große Bevölkerungsteile eher abschreckend und tragen so zur teilweisen Diskreditierung der rechten Szene bei. Denn in der gegenwärtigen Situation müssen selbst die Sicherheitsbehörden daran interessiert sein, dass sich die zunehmenden Neonazi-Aktivitäten nicht zu einem brauen Flächenbrand auswachsen.

Joachim Kolb

3. Szenen einer geschlossenen Gesellschaft. Ausstellung "Abgestempelt": Antisemitische Bilder im Alltag

Die Ausstellung "Abgestempelt" zeigt die Verankerung antisemitischer Bilder im Alltag

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:09

Zwei New Yorker Intellektuelle beim Smalltalk während einer Party. Sagt der eine zum anderen: "Du, ich habe einen Essay geschrieben gegen den Antisemitismus." "So? Wie schön! Ich bevorzuge Baseballschläger." (Woody Allen)

Ist eine Ausstellung über antisemitische Postkarten nicht ebenso verlorene Liebesmüh wie ein Essay gegen den Antisemitismus? Oder noch schlimmer: Werden nicht Ressentiments und stereotype Bilder verstärkt, wenn antisemitisches Material einer breiten Öffentlichkeit präsentiert wird? Die Tatsache, dass Neonazis sich bereits an der Ausstellung "Abgestempelt - judenfeindliche Postkarten" ergötzt und zwei antisemitische Postkarten vermutlich für ihre eigene Sammlung geklaut haben, scheint diese Befürchtung zu bestätigen.

Ohne sich der Illusion hinzugeben, dass sich ein Ressentiment und eine Denkform wie der Antisemitismus mittels "vernünftiger" Aufklärung grundsätzlich bekämpfen ließe, zeigt "Abgestempelt" die Verankerung antisemitischer Bilder und Stereotype im Alltag.

Vertreibungsszenen und Tiervergleiche

Auf Sammlerbörsen und Auktionen fiel dem Münzsammler Wolfgang Haney die Fülle von Postkarten mit antisemitischen Motiven auf. Mit dem Ziel, diese Postkarten wissenschaftlicher Forschung zur Verfügung zu stellen, begann er, Judenspottkarten zu erwerben. Seine einzigartige Sammlung bildet die Grundlage der Ausstellung, die neben Postkarten zahlreiche Grafiken, Flugblätter, Bücher, Dokumente und Objekte anderer Leihgeber zeigt. Mitarbeitende des Museums für Kommunikation, des Jüdischen Museums (beide in Frankfurt am Main) und der "Marburger Arbeitsgemeinschaft Rassismus und Antisemitismus in visuellen Medien" haben die Postkarten gesichtet und wissenschaftlich bearbeitet.

Ergebnis ist die Ausstellung "Abgestempelt - Judenfeindliche Postkarten", die antisemitische Postkarten aus dem Zeitraum 1885 bis 1945 zeigt. In 18 thematischen Schritten werden Formen und Hintergründe der stereotypen Darstellung von Juden dokumentiert und analysiert. Die Postkarten befinden sich in schmalen Gängen, die mit ihren dunkel-metallischen Wänden an ein Labyrinth erinnern: ein Ausgang ist nicht in Sicht. In drehbare Halterungen gesteckt, lässt sich auch die beschriebene Rückseite der Karten betrachten: Alltagserzählungen, Sehnsüchteleien und Grußbotschaften. In der Regel griffen die Schreiber und Schreiberinnen den antisemitischen Inhalt der Karte nicht mehr im Text auf, manchmal wurde er aber auch verstärkt und ganz selten wurde sich davon distanziert. Ausstellung und Katalog dokumentiert die breite Akzeptanz antisemitischer Vorstellungen und die schleichende Gewöhnung an Gedankenspiele über Entrechtung, Vertreibung und Vernichtung.

Ab 1870 stand mit der Postkarte ein neues Medium zur Verfügung, das schon bald nach seiner Einführung eine enorme Konjunktur erlebte. Dabei wurde die private Kommunikation mit politischen und vermeintlich witzigen Botschaften versehen. Zwar gab es die einschlägigen Pamphlete wie Rembrandt als Erzieher von Julius Langbehn oder das Handbuch der Judenfrage (bzw. Antisemiten-Katechismus) von Theodor Fritsch. Nie waren diese antisemitischen Werke aber so verbreitet wie die entsprechenden Postkarten, die eingebettet waren in den Alltag, in Reise und Urlaub oder die Beziehungen zu FreundInnen und Verwandten.

Als Juden typisierte Menschen - meist kleine, unbeholfen wirkende Männer mit großer Nase und buschigen Augenbrauen - werden aus Kneipen, Hotels, idyllischen Städtchen oder gleich ganz aus Deutschland geworfen. Manchmal benennen diese Vertreibungsszenen Palästina auf einem Wegweiser als Ziel. Die Täter befinden sich außerhalb des Bildrahmens und bleiben damit anonym. Ausnahme bildet der germanische Krieger auf einer Postkarte von 1900, der unter der Überschrift "Deutschland den Deutschen" in Sichtweite des

Hermannsdenkmals - Inbegriff deutschen, blutsbündischen Abstammungsmythos - mit erhobenem Schwert den fliehenden Juden droht.

Besonders markant sind die Bildmotive des Hotels "Kölner Hof" in Frankfurt am Main. Der Besitzer Hermann Laas machte ab 1895 auf Postkarten Werbung für das "einzige judenfreie Hotel in Frankfurt am Main". Ein Stiefel tritt einen Handlungsreisenden mit seinem Gepäck aus dem Hotel auf die Straße: Frankfurt, so der Titel, das "Neu-Jerusalem am fränkischen Jordan". Das Vertreibungsmotiv war Ausdruck und Konsequenz der behaupteten Nicht-Zugehörigkeit der Juden. Diese Thematisierung stiftete Identifikation bei der Mehrheitsgesellschaft, diente der Konstruktion des Bedrohtseins und stärkte das Gemeinschaftsgefühl. Auch die Insel Borkum pries zu Beginn des letzten Jahrhunderts ihren Standort und festigte ihren Ruf als "Antisemitenparadies" mit dem Borkumlied, das auf Urlaubskarten gedruckt wurde: "Borkum, der Nordsee schönste Zier, bleib du von Juden rein, lass Rosenthal und Lewisohn in Norderney allein! Doch wer dir naht mit platten Füssen, mit Nasen krumm und Haaren kraus, der soll nicht deinen Strand genießen, Der muß hinaus! Der muß hinaus! Hinaus!"

"Pathische Projektionen"

Die von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer beschriebene "pathische Projektion" der Mehrheitsbürger und -bürgerinnen - die nicht einfach projektives Verhalten meint, sondern den Ausfall der Reflexion darin -, zeigt sich fast in ihrer gesamten Bandbreite auf den Postkartenmotiven: Juden und Jüdinnen werden als dreckige, hässliche Körper halluziniert und das Gespenst des "jüdischen Wucherers" und des "Ritualmörders" taucht auf. Die Verknüpfung des Bildstereotyps der "jüdischen Physiognomie" mit der Darstellung von Intellektuellen und freien, akademischen Berufen wie Journalist, Rechtsanwalt und Facharzt, aber auch Bankier, Börsianer und Kapitalist genügte offensichtlich, um beim Betrachter die gewünschten Assoziationen hervorzurufen: kopfarbeitende und spekulierende Juden als treibende Kraft und Profiteure der Modernisierung. Den "Raffenden" werden die "Schaffenden" - schwitzende Arbeiter, Bauern und hart arbeitende Handwerker - gegenüber gestellt. Jüdische Eigennamen werden mit Tiernamen verglichen und verspottet: vermenschlichte Raben, Hirsche, Schafe, Löwen und Schweine sind die gängigsten Darstellungen.

Ein weiteres Motiv ist der "jüdische Drückeberger" beim Militär: Die Musterungspostkarten zeigen unsportliche, kleine Gestalten, die dem Vergleich mit den hoch gewachsenen, kräftigen Militärs nicht standhalten können. Die Ausgrenzungspraxis vor dem Ersten Weltkrieg verhinderte zugleich den Aufstieg der Ausgemusterten in die zivilen Laufbahnen des Staatsdienstes, die einen militärischen Grad voraussetzten. Auch um sich der eigenen, männlichen Normalität zu versichern, reagierten Teile der Gesellschaft mit Spott und Diffamierung auf Frauen und Juden insbesondere dann, wenn diese sich emanzipieren wollten. Auf den Postkarten sind wahlweise die Klischees vom jüdischen, modisch-weiblich gekleideten Mannweibe, dem schmächtigen und unter der Fuchtel einer mächtigen Frau im Hosenrock stehenden Pantoffelhelden, oder dem zudringlichen Verführer illustriert.

Zuweilen wird deutlich, dass Antisemitismus kein Vorurteil irregeleiteter Verrückter, sondern in der Verfasstheit bürgerlicher Gesellschaft als Denkform angelegt ist. Die Karten waren weniger ein Propagandamittel, mit dem deutsche Bürger vom Antisemitismus überzeugt werden mussten. Vielmehr bestätigte sich in den Stereotypen, die wegen ihrer objektiv fehlenden Selbsterklärung als bekannt und vertraut vorausgesetzt wurden, die autoritär-bürgerliche Welterklärung. Die Karten dienten der eigenen Selbstvergewisserung und der Reproduktion eines Blut- und Boden-Nationalismus.

Die antisemitischen Postkarten der Jahrhundertwende wirken nachträglich als Dokumente der Vorgeschichte des Massenmordes, auch wenn Adolf Hitler diese Karten und den Antisemitismus der Biedermänner und -frauen als "Antisemitismus des Gefühls" tadelte und diesen durch den "Antisemitismus der Vernunft" ersetzte. Gleichzeitig ist die allzu stimmige Vorstellung eines geradlinigen Geschichtsverlaufs vom Gedanken zur Tat zu einfach, auch wenn es so nahe liegt: "Wohl sieht retrospektiv alles so aus, als hätte es so kommen müssen und nicht anders sein können," schreiben Max Horkheimer und Theodor W. Adorno 1959.

Zu kurz kommt bei der ansonsten hervorragenden Ausstellung die Aktualität und Modernisierung antisemitischer Bilder und Stereotype. Zwar beleuchtet Rainer Erb in einem Kapitel des Ausstellungskataloges antisemitische Karikaturen in der rechtsextremen Subkultur der Bundesrepublik; der antisemitische

Mainstream der Mitte - Stichwort "der ewig fordernde Jude" und die "Auschwitzkeule" - bleibt aber außen vor. Dazu bedarf es sicherlich einer eigenen Ausstellung.

Anke Schwarzer

Helmut Gold und Georg Heuberger (Hrsg.): Abgestempelt - judenfeindliche Postkarten. Heidelberg, Umschau Braus, 1999, eine Publikation der Museumsstiftung Post und Telekommunikation und des Jüdischen Museums Frankfurt am Main.

Ausstellung "Abgestempelt - Judenfeindliche Postkarten" im Museum für Kommunikation, Stephansplatz 5 in Hamburg, bis 18.2.2001, Eintritt frei

26.7. bis 28.10.2001 in Nürnberg, Museum für Kommunikation; 2002 in Berlin

4. Einer wird gewinnen. Der Florida-Flop zeigt: Das US-Wahlsystem ist renovierungsbedürftig

Autor: Max Böhnel · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:42

Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte - im vorliegenden Fall allerdings nur mäßig. Ralph Nader, der Präsidentschaftskandidat der Grünen, hat nur 2,6 Mio. Stimmen (3 Prozent) bekommen und damit sein Wahlziel deutlich verfehlt: Erst bei einem Stimmenanteil von 5 Prozent fließen Gelder aus dem staatlichen Haushalt, die seine Partei dringend benötigt. Angesichts der wütenden Propaganda der Demokraten - "a vote for Nader is a vote for Bush" - ist Naders Abschneiden dennoch ein Achtungserfolg. Prominente UnterstützerInnen der Grünen, die früher den Demokraten nahe gestanden hatten, kritisierten vor allem Clintons unsoziale Regierungspolitik. Nader selbst bezeichnete die Unterschiede der beiden großen Parteien in der zentralen Frage, der "Verteilung von Macht und Reichtum", als so marginal, "dass sie kaum einen Vergleich wert sind". Mit seiner Kampagne sprach er vor allem junge UmweltschützerInnen, Hochschul-AktivistInnen und enttäuschte GewerkschafterInnen an.

Die Parlamentssitze teilen Demokraten und Republikaner weiterhin unter sich auf. Auch bei den Kongresswahlen ergab sich in beiden Kammern ein Quasi-Patt: Im Repräsentantenhaus fallen 209 Mandate an die Demokraten, 223 an die Republikaner; im Senat steht es 50 zu 49 für die Partei von George Bush. Inzwischen stehen bei mehreren Gerichten Floridas Klagen wegen möglicher Irreführung von WählerInnen an. So waren in einem vorwiegend von jüdischen RentnerInnen bewohnten Wahlbezirk überdurchschnittlich viele Stimmen für den Antisemiten Buchanan aufgefallen. Grund ist eine Schlamperei auf dem Wahlzettel: Das mit einem Loch zu stanzende Feld mit dem Namen von Gore steht so nahe an dem von Buchanan, dass manche WählerInnen in einem falschen Feld oder doppelt stanzten.

"Unregelmäßigkeiten" bei der Durchführung der Wahl wurden nicht nur aus Florida gemeldet. Auch aus anderen US-Südstaaten kamen Beschwerden über Wahlbehinderung. Der Bürgerrechtler Jesse Jackson berichtete, dass Bürger mit schwarzer Hautfarbe vom Wahlgang abgehalten worden seien. Man habe ihnen zum Beispiel fälschlicherweise bedeutet, die Wahllokale seien schon geschlossen oder die Wahlzettel seien ausgegangen. Wahlbeobachter der US-Grünen berichteten, auch in mehreren Wahlbezirken New Yorks sei es nicht ganz mit rechten Dingen zugegangen.

"Schwerer Schaden für

das System"

Unabhängig davon, wen die Auszählungen letztendlich zum Präsidenten machen, hat der ungewöhnliche Wahlprozess Besorgnis über die Funktionsweise der US-Demokratie ausgelöst. So wird von manchem Experten und in den Medien die Frage aufgeworfen, ob das im Jahr 1787 in die Verfassung verankerte Wahlmännersystem abgeschafft werden könnte. Es entstammt dem elitären Denken der Verfassungsgeber, die dem "Plebs" die Direktwahl des Präsidenten versagen wollten und einem Zentralstaat misstrauten. So könnte Bush auf Grund dieses Systems mehr Wahlmänner und damit die Präsidentschaft gewinnen, obwohl Gore im Gesamtergebnis mit etwa 250.000 Stimmen vorne liegt. Der Christian Science Monitor warnte davor, der neue US-Präsident werde sich "gegenüber dem Kongress, gegenüber ausländischen Regierungen und selbst (oder vielleicht gerade) vor der Presse" nicht mehr legitimieren. Und wenn sich die verfahrene Situation verschärfe, dann könne das eine von Amerika "mit Stolz vorgetragene Überzeugung erschüttern: Dass es eine Nation von Recht und Ordnung, und nicht von launischen Männern sei".

Der Dozent für Regierungsfragen am einflussreichen Brookings-Institut in Washington sagte, das gegenwärtige Quasi-Patt sowie der auf Grund der knappen Stimmen ins Gerede gekommene Wahlprozess würden "unsere politische Klasse und unsere politische Führung vor eine Herausforderung stellen: eine Situation zu meistern, die möglicherweise unserem Verfassungssystem schweren Schaden zufügen kann". Vom allzu Offensichtlichen, das auch ohne den Florida-Flop weiter bestehen würde und das dringend abgeschafft gehört, mag zur Zeit aber niemand sprechen. So wurde während des Auszählungs-Marathons in Texas, wo Bush Gouverneur ist, gegen Proteste aus aller Welt ein Mexikaner hingerichtet.

Die Absurdität der Wahlen wird auch angesichts der Wahlbeteiligung von etwa 50 Prozent deutlich. So wird der zukünftige Präsident politischer Vertreter "aller US-AmerikanerInnen" sein, obwohl er von drei Vierteln der Wahlberechtigten nicht gewählt worden ist. Völlig ausgeblendet ist auch die Frage des Geldes: Schätzungen zufolge wurden in "Campaign 2000" zur Wählermanipulation rund drei Milliarden Dollars ausgegeben - ein neuer Rekord.

Max Böhnel,

New York

5. Pragmatische Machtpolitik. Auch außenpolitisch sind sich Bush und Gore weitgehend einig

Autor: Max Böhnel · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:12

Die Außenpolitik spielte in der Konkurrenz um die Präsidentschafts- und Kongresswahlen am 7. November kaum eine Rolle. Und das, obwohl in Regionen, die die USA als strategische Eckpfeiler nationaler Sicherheit betrachten, von Frieden und Stabilität keine Rede sein kann, etwa in Kolumbien oder Nahost. Obwohl die Ereignisse in den israelisch besetzten Gebieten - und die davon mit verursachten steigenden Ölpreise und Börsenschwankungen - in den Massenmedien fast so viel Platz einnahmen wie der Wahlkampf, herrschte zwischen Al Gore und George W. Bush außenpolitischer Waffenstillstand. Gore hätte auf diesem Feld "nur sein wackliges Image verstärken" können, führte die Washington Post als Erklärung an, und der außenpolitisch unerfahrene George W. Bush fühle sich "wohler, wenn er über innenpolitische Themen spricht, die er aus Texas kennt" - oder zu kennen glaubt.

Wie groß die außenpolitische Beschränktheit auch in der Öffentlichkeit ist, zeigt eine Umfrage aus den ersten Tagen der NATO-Angriffe auf Jugoslawien: Über die Hälfte der US-Bürger wusste nicht, zu welchem Zweck die US Army Bomben abwarf. Im viel gelesenen Wählerleitfaden "Publicagenda.org" heißt es rückblickend, heute herrsche über Amerikas globale Rolle "weniger Klarheit als je zuvor". Die US-amerikanischen WählerInnen würden zwischen "Festung Amerika" und "Weltpolizist" schwanken, zwischen einer "pragmatischen Machtpolitik" und dem Eintreten für "Demokratie, Menschenrechte und freie Märkte weltweit".

Und doch legten Gore und Bush Wert auf außenpolitische Akzentsetzungen. In der New York Times erklärte Bushs Beraterin Condoleezza Rice , eine Bush-Regierung würde US-Truppen vom Balkan abziehen: "Wir brauchen die 82 Luftlandedivisionen nicht, um Kinder auf dem Schulweg zu begleiten". Daraufhin hagelte es in Europa, aus Al Gores Wahlkampfbüro und dem Weißen Haus Proteste. Solcherlei Konzeption unterminiere die NATO-Struktur und beschädige das Verhältnis der USA zu ihren engsten Verbündeten, hieß es. Doch schon zwei Tage später ging es in den Fernsehberichten zum Wahlkampf wieder ausschließlich um Reden über Steuern, Bildung und Renten.

Dem kurz aufgeflammten Streit liegt der alte Gegensatz zwischen "Interventionisten" und "Isolationisten" in den USA zu Grunde. Der linksliberale Antikriegsflügel der Demokraten, der sich in den letzten Jahren des Vietnamkriegs bemerkbar machte, ist längst verschwunden und hat einem radikalen, "humanitär" begründeten Interventionismus Platz gemacht. Unter Clinton und seinem Vizepräsidenten Gore intervenierten die USA öfter als unter Ronald Reagan in den 80er Jahren. Bei den Republikanern versucht George W. Bush, Isolations-Befürworter und Interventionisten unter einem Dach zu halten. Doch von einem außenpolitischen "Konzept" oder einer "Strategie" kann bei ihm keine Rede sein.

Die wenigen Sätze, die Gore und Bush über Außenpolitik verloren haben, brachten kaum etwas Neues. Eine Gore-Regierung werde in die Fußstapfen Clintons treten und in weltpolitischen Angelegenheiten "den Finger ebenso schnell, wenn nicht schneller am Abzug haben", sagte der linke Militärexperte William Hartung voraus. Einig sind sich Gore und Bush in der maximalen Erhöhung des Pentagon-Haushalts, in der Erweiterung der NATO, bei die Aufrüstung der CIA, der einseitigen Unterstützung Israels gegenüber seinen arabischen Nachbarn, in der Unterstützung der Irak-Sanktionen, im Prinzip der Auslandseinsätze und in der Politik der weltweiten "Öffnung der Märkte", dem sog. Washington-Konsens.

Trotzdem scheint Bush eher bereit, einen Konfrontationskurs gegenüber Russland und China einzuschlagen. Während Gore in den Fragen NATO-Erweiterung und Wirtschaftshilfe für mehr Absprachen mit Russland eintritt, benutzte Bush für die russische Regierung den Begriff "korrupte Elite". China gilt der Clinton-Regierung als "strategischer Partner", Bush aber hält China - obwohl er die Normalisierung der Handelsbeziehungen befürwortete - für einen "strategischen Rivalen". Gore will den Atomteststopp-Vertrag erneut im Senat abstimmen lassen. Bush dagegen unterstützt die Senats-Republikaner, die den Vertrag letztes Jahr scheitern ließen. Gore will die US-Schulden an die UNO überweisen, Bush knüpft die Rückzahlung an die UNO-Reform zu US-Bedingungen.

Der größte außenpolitische Unterschied zwischen Gore und Bush besteht in der Haltung zum "nationalen Raketenabwehrsystem" NMD. Zwar befürworten beide das Prinzip und stellen sich damit gegen Russland,

China und Europa. Doch Gore will ein "begrenztes" System im Umfang von 60 Milliarden Dollar schaffen, während Bush für den sofortigen, unbegrenzten Bau plädiert.

Die Bereiche der Außenpolitik, die US-Linken am meisten beeinflussbar scheinen, rechtfertigen es jedenfalls nicht, zur "Wahl des kleineren Übels" aufzurufen, meint Militärexperte Hartung. Regierungsgestützte Handelsverträge von Großkonzernen, Waffenexporte und US-Kumpanei mit Regimen wie Kolumbien und Indonesien, die mörderischen Sanktionen gegen den Irak und der groteske Militärhaushalt in Höhe von 311 Milliarden Dollar - bei alldem reichen die Unterschiede zwischen den beiden großen Parteien, urteilt Hartung, "von gering bis nicht existent".

Max Böhnel

6. Der Idiot und der Lügner. Der US-Wahlkampf - eine müde Show mit schwachen Darstellern

Autor: Max Böhnel · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:11

Obwohl schon vorher feststand, dass es knapp werden würde, kann die letzte Phase der

"Campaign 2000" kaum heiß genannt werden. Denn weit mehr noch als in anderen bürgerlichen Demokratien ist der Wahlkampf in den USA kein Streit um Politik, sondern ein Wettbewerb um den besseren Stil. Das Land befindet sich im längsten Wirtschaftsboom seiner Geschichte, und beim Wahlvolk herrscht entpolitisierte Apathie. Die damit verbundene Sucht nach Unterhaltung und Harmonie schlug sich auch im Wahlkampf nieder.

So gaben Wähler in Umfragen offen zu, gegen ihre Interessen wählen zu wollen. Eine immer wieder zitierte Wählerin sagte zum Beispiel, sie sei "radikal" gegen die Waffenlobby und "eindeutig" für das Abtreibungsrecht. Trotzdem werde sie Bush wählen - denn der sei "nett". Al Gore und George W. Bush wollten in den letzten Tagen keine schlafenden Hunde wecken. Brisante Themen - Todesstrafe, Armut, Rassismus, überfüllte Gefängnisse, "Drogenkrieg", Korruption, die Erhöhung des garantierten Mindestlohns - fielen unter den Tisch. Stattdessen spulten beide in Kurzform - und möglichst unterhaltsam - ihre "stump speech" ab, begleitet von Millionen von Werbebroschüren, Briefwurfsendungen und TV-Clips. Im Zentrum der Wahlkampfversprechen standen Wohlstand und Wirtschaft: Welcher der beiden Kandidaten würde sich als Präsident in welchen Bereichen spendierfreudiger geben?

Da selbst Bush nicht umhin konnte, "New Economy" und Boom anzuerkennen, brandmarkte er die wirtschaftlichen Verhältnisse als "verpasste Gelegenheit". Alles könnte laut Bush sehr viel besser sein - wenn sich die Washingtoner Zentralregierung nur nicht eingemischt hätte. Als Heilmittel schlug der Gouverneur von Texas eine Steuersenkung von 1,3 Billionen und die Teilprivatisierung des Rentensystems vor. Dass die Steuererleichterungen zu über 40 Prozent dem allerreichsten einen Prozent der Amerikaner zugute kommen würden, entspricht dem Drehbuch des Ultra-Neoliberalismus. Steuernachlässe für die Super-Reichen würden zu mehr Wohlstand für alle führen, so das Credo des Bush-Lagers. Al Gore konterte, diese Strategie sei "zu riskant", und schlug 500 Milliarden Steuerkürzungen vor, für die Altersversorgung des Mittelstands, für Bildung, Renten und Umwelt. Dafür wurde er von Bush als großer Verschwender aus dem Washingtoner Establishment attackiert, der der Bevölkerung mit bundesstaatlichen Regulationsmethoden die "Eigeninitiative" verwehre. Bushs Widersprüche sind offensichtlich: Er wettert gegen "big government" und plädiert gleichzeitig für einen Haushalt von 523 Milliarden, was die Bundesregierung vergrößern würde. Er lobt die "New Economy" als Resultat von Internet-Know-how, das doch auf massive Subventionen der US-Regierung zurückgeht.

Brisante Themen stören nur

Gores Programm weist noch sozialdemokratische Züge auf, obwohl auch er keinen Willen zeigt, Clintons gescheiterte Reformvorhaben wieder aufzugreifen. Auf Clinton geht die Abschaffung der lebenslangen Sozialhilfe zurück. Die Washington Post erkannte schon im August, dass viele von Gores Vorschlägen "wenig mehr als Wiederholungen des Clintonomics-Prinzips sind". Gore greift auf denselben Stamm von Beratern zurück, die die Clintonsche Wirtschaftspolitik formulierten. So versprach der Vize neben Steuerkürzungen eine lange Liste von Planvorhaben: jährlich einen ausgeglichenen Haushalt, Patientenrechte, Reduzierung der Staatsschulden, Erhalt von Altersversorgung und Rentensystem, Umweltschutz, gewerkschaftsfreundliche Gesetze, Modernisierung des Militärs, Tageszentren und Kindergärten, Nachmittagsunterricht, kleinere Schulklassen und die Reform der Wahlkampffinanzierung. Doch wie er diese Programme umgesetzt werden sollen, blieb unklar.

Es entsteht der Eindruck, Gore hänge einem "Neoliberalismus light" an und schwimme im Fahrwasser der Wirtschafts- und Sozialpolitik der scheidenden Regierung - der er ja acht Jahre lang als Vizepräsident angehört hat. Der ehemalige Arbeitsminister Robert Reich schrieb in einem Buch, Gore sei als Vizepräsident "kontinuierlich für noch höhere soziale Einschnitte eingetreten als der Präsident". Unter Clinton ging die Schere zwischen Reich und Arm weiter auseinander: Rund 20 Prozent der Kinder leben heute unter der Armutsgrenze, einer Regierungsstudie zufolge litten letztes Jahr 31 Millionen US-AmerikanerInnen regelmäßig an Hunger oder hatten Angst vor Hunger. Die Reallöhne sind im Vergleich zu den 70er Jahren beträchtlich

gesunken. Ein Konzernchef verdient heute durchschnittlich 107 Mal so viel wie ein durchschnittlicher Arbeiter, vor zehn Jahren war es "nur" 56 Mal mehr. Und rund 44 Millionen US-AmerikanerInnen leben ohne Krankenversicherung, etwa 50 Prozent der Arbeiter der unteren Lohnschichten und allein 10 Millionen Kinder.

Als Gegenmaßnahme schlugen beide Kandidaten Steuerkredite für untere Einkommensschichten zum Erwerb einer Krankenversicherung vor. Doch eine Durchschnittsversicherung kostet pro Familie 6.740 Dollar pro Jahr, und von den Krankenkassen und einer Preiskontrolle wollen weder Bush noch Gore sprechen. Die klaffenden Löcher im sozialen Auffangsystem, auf dessen Zerstörung die US-Regierungen seit 20 Jahren hinarbeiten, sind teilweise sichtbar, doch teilweise auch versteckt hinter dem Börsenboom und den "Errungenschaften" der "New Economy" mit ihren Dienstleistungsjobs. Am Gesundheitswesen kamen Bush und Gore deshalb nicht vorbei, weil die immer älter werdende Seniorengeneration ein großes Wählerpotenzial darstellt, das treu zur Urne geht. Gore beschränkte sich auf ein weiteres Versprechen - er werde als Präsident rezeptpflichtige Medikamente staatlich subventionieren. Worauf Bush antwortete, auch er trete dafür ein, aber mit mehr "Eigenverantwortung".

Ähnliches gilt für die Vorschläge, die Gore und Bush zur Reform des maroden Schulsystems machen. Bush, der auf das Schulwesen in Texas verweist, fordert Beihilfecoupons für Eltern, die ihre Kinder auf Privatschulen schicken wollen, und schlägt einen Zehnjahresplan von 47 Milliarden sowie strenge Leistungskontrollen für Schüler und Lehrer und mehr Polizei an Schulen vor. Gore sieht in diesem Programm eine Aushöhlung des öffentlichen Schulsystems und will 170 Milliarden für öffentliche Kindergärten, neue Lehrer und Gebäudesanierung einsetzen. Auch die Ausweitung der Krankenversicherung für Kinder nannte Gore als Ziel.

In der Ära Clinton wuchs die Massenarmut

Je näher der Wahltermin rückte, um so mehr verschwand die "Message" hinter bloßen Floskeln und dem Appell ans Gefühl. Im Mittelpunkt stand die Persönlichkeit der Kandidaten. "Idiot" oder "Lügner" - auf diese Kurzformel hätten die Massenmedien den Zweikampf um das Weiße Haus gebracht, bilanzierte der New Yorker Medienwissenschaftler Neal Gabler. Ähnlich sieht es Woody Allen: "Der eine ist nicht intelligent genug, um Amerika zu regieren, aber er ist persönlich ein bisschen weniger verkrampft. Der andere ist mit den Problemen deutlich besser vertraut, aber rhetorisch eine Null und ungeschickt dazu".

Beide Präsidentschaftsbewerber entstammen den angelsächsischen, weißen und christlichen Dynastien, die bis heute die Führungseliten der USA stellen. Bush war bis vor sechs Jahren zwar ein unbeschriebenes Blatt und interessierte sich eher für die Millionen, die er als Miteigentümer des Baseball-Teams "Texas Ranchers" gemacht hatte. Er konnte allerdings auf ein elitäres Netzwerk zurückgreifen, das sein Großvater Prescott Bush als Senator im Bundesstaat Connecticut Anfang der 50er Jahre gesponnen hatte. George Herbert Bush, der Vater von Bush Junior, stieg zum CIA-Chef auf und krönte die Familiengeschichte mit dem Amt des 41. US-Präsidenten (1989 bis 1993). Auf diese Zeiten geht das Geflecht reicher Spender mit Einzelvermögen aus den Konzernetagen und der Republikaner-Führung zurück, die Bush Junior mit Dollarmillionen und Beraterfirmen ausstatteten, um Clinton und Vizepräsident Al Gore loszuwerden. Bruder John Ellis Bush ("Jeb") ist seit 1998 Gouverneur von Florida.

Politik als Monopol der Eliten

George W. Bush hatte sich Ende der 70er Jahre mit mäßigem Erfolg in der Ölindustrie des US-Südens versucht. Trotzdem steht er heute als Ölcowboy da. Denn nach der Abwahl seines Vaters aus dem Weißen Haus stieg George W. Bush 1994 zum Gouverneur von Texas auf, wo er den Multis mit umweltfeindlichen Gesetzen unter die Arme griff. Houston ist heute die verdreckteste Stadt der USA. Bush hatte eine ökologische Selbstkontrolle eingeführt, nach der die Multis ihre "Verstöße freiwillig melden" und quasi straffrei ausgehen. Auch die staatliche Deregulierung im Sozialwesen von Texas geht auf Bush zurück; so hat ein Viertel der Kinder in Texas keine Krankenversicherung. Dagegen ist Bush ein gnadenloser Kämpfer "gegen das Verbrechen" und mit 145 Hinrichtungsbefehlen nationaler Rekordhalter.

In der Öffentlichkeit gibt er sich jovial, hemdsärmelig und anti-intellektuell. Der 54-Jährige gehört der Methodisten-Kirche an und hat sogar einen "Jesus-Tag" eingerichtet. Unter dem Motto "Konservatismus aus Mitgefühl" plädierte er gegenüber Armen und Minderheiten für "Hilfe zur Selbsthilfe". Zupacken sei angesagt, nicht der Ruf nach öffentlichen Geldern. Statt staatlicher Sozialhilfe schwebt Bush die radikale Privatisierung des Wohlfahrtsystems vor, dessen Träger die Kirchen sein sollen.

Dass offener Rassismus in den USA nicht mehr weit führt, hat Bush erkannt. So spult er seine Floskeln vor Einwanderern in akzentfreiem Spanisch ab. Zu Spott gab Bush den Medien tagtäglich Anlass. Zeit seines Lebens war der Mann, der sich rühmt, nie ein Buch zu lesen, ganze vier Mal im Ausland, davon einmal auf Kurz-Besuch in Italien. Weder in der Bundes- noch in der Außenpolitik hat er Erfahrung. Dafür habe er "Berater", sagte Bush einmal. Eine seiner schönsten Wahlkampfweisheiten lautet: "Die meisten unserer Importe kommen aus dem Ausland".

Auch Al Gore entstammt einer dynastischen Familie. Seine Bilderbuchkarriere startete schon im Elternhaus, wo ihn sein Vater Albert Senior - ebenfalls Kongressabgeordneter und Senator - und seine Mutter bewusst auf eine politische Karriere drillten. Während der Parlamentssaison besuchte der kleine Albert eine Baptistenschule. Später meldete sich Gore "freiwillig" zum Armeedienst in Vietnam, wo er zum Kriegsberichterstatter wurde - Gores Vater, der den Krieg ablehnte und seine eigene Wiederwahl als Senator gefährdet sah, soll seinen Sohn der Imagepflege wegen gedrängt haben, in den Krieg zu ziehen. Und Gore ging.

Gore trägt seit langem den Spitznamen "Bore" - für "Langweiler". Manche nennen ihn auch "Frankenstein". Selbst in den letzten Wochen des Wahlkampfs wurde er den Ruf nicht los, hölzern, roboterhaft verkrampft, allzu beflissen und eckig zu sein, ein verklemmter Streber. Gore litt im Gegensatz zum Schulter klopfenden Bush daran, dass seine Auftritte meist zu inszeniert, seine Gefühlsregungen zu durchsichtig vorausgeplant und sein Geltungsbedürfnis zu offensichtlich erschienen. Seinen großen Vorsprung an Erfahrung und Intellekt konnte er in der Wahlkampagne nicht nutzen, da er nicht glaubwürdig schien. Um emotional zu wirken, küsste er in einer Medieninszenierung sondergleichen seine Frau vom Podium herab mehrfach mit weit aufgesperrtem Mund. Er machte auf jugendlich-antirassistisch, indem er sich ein wenig HipHop-Slang aneignete, und er gab den Advokaten des "kleinen Mannes" sowie der "arbeitenden Familien". Auch wetterte er gegen unpopuläre Wirtschaftszweige wie die Pharmaindustrie und die Tabakkonzerne, während er sich gleichzeitig als Hüter des Wohlstands ausgab.

Zu seinen größten finanziellen Förderern gehören die Filmindustrie von Hollywood, die modernisierungswillige und zum Umweltschutz bereite Ölindustrie, die Gewerkschaften, die aufstrebende "New Economy" und große Teile des Finanzkapitals, während die Manager der größten unter den Großkonzernen zu Bush tendieren. Die meisten Firmen und Großkonzerne allerdings spenden an beide Parteien und Kandidaten.

Max Böhnel,

New York

7. Antirassismus 2000. Kritischer Rückblick auf zehn Jahre antirassistische Bewegung und Fragen an die Zukunft

Autor: Franck Düvell, ARAB · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westdeutsche Linke allgemein; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:04

Kritischer Rückblick auf zehn Jahre antirassistischer Bewegung und Fragen an die Zukunft

Auf dem Treffen der Kampagne kein mensch ist illegal im September diesen Jahres legte das Antirassismus-Büro Bremen (ARAB) ein Diskussionspapier vor, das wir in leicht überarbeiteter Form hier dokumentieren. Ausgehend von einer selbstkritischen Rückschau auf die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten, die kurz vor den Bundestagswahlen 1998 entstand, versucht das ARAB, Anstöße für eine Diskussion zu geben, wie antirassitische Arbeit unter den sich verändernden Rahmenbedingungen - Stichworte: Green Card, Einwanderungsgesetz - aussehen könnte.

In ganz Europa bahnt sich ein Wandel in der Migrationspolitik an, die restriktive Asylpraxis wird ergänzt um neue Konzepte der Arbeitsmigration. Nach rund 30 Jahren offiziellen Anwerbestopps ‚Das-Boot-ist-voll-Ideologie` und ausländerfeindlicher Hetze drängen insbesondere Industrie und Handel auf die Öffnung Europas für den globalen Arbeitsmarkt. In atemberaubendem Tempo wird Politik umgedreht, die Bundesregierung entdeckt den nützlichen Ausländer und setzt sich zugleich an die Spitze antifaschistischer Rhetorik. Gleichzeitig muss sich die antirassistische und Flüchtlingsunterstützungsbewegung eingestehen, viele Ziele nicht erreicht, vielfach auf Granit gebissen zu haben und oft gescheitert zu sein. Die in die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten gesetzten Hoffnungen haben sich nur ansatzweise erfüllt, eine weitergehende Selbstorganisation von Flüchtlingen blieb aus.

Es ist Zeit, eine Bestandsaufnahme zu machen, sowohl die letzten Jahre der Bewegung, als auch den aktuellen Wandel zu betrachten, um eine zeitgemäße Strategiedebatte zu führen. Wir wollen in diesen Prozess zwei Positionen einbringen: eine befasst sich mit einer Rückblende, nicht zuletzt mit dem Hoffnungsprojekt Karawane; die zweite versucht, die aktuellen Prozesse zu begreifen und Anknüpfungspunkte für linke und antirassistische Antworten zu suchen.

I. Rückblick auf 10 Jahre Flüchtlingsunterstützungsbewegung

Nach zehnjähriger politischer Arbeit und angesichts der aktuellen Umbrüche wäre es fahrlässig, einer Bestandsaufnahme aus dem Weg zu gehen und sich der Diskussion neuer Perspektiven zu verstellen. Das Antirassismus-Büro Bremen (ARAB) hatte von Beginn an einen antiimperialistischen und sozialrevolutionären Ansatz; die Bezugnahme auf Flucht und Migration, der zunächst erfolgreiche massenhafte Ansturm auf den metropolitanen Wohlstand waren uns ein Signal, den vorherrschenden Antiimperialismus der Soli-Bewegungen mit der sozialen Präsenz der trikontinentalen Massenarmut in der Metropole selbst zu konfrontieren. Die soziale Frage im Weltmaßstab hier neu zu thematisieren, auch darum ging es uns. Wir waren Anfang der 90er Jahre nicht nur betroffen von Naziterror und Asylrechtsverschärfungen, sondern hatten zudem einen strategischen Blick auf die Weltmigrationsbewegungen. Dennoch, so stellten wir bereits im Herbst 1999 fest:

"Unsere Hoffnung auf eine antirassistisch-sozialrevolutionäre Mobilisierung ist nicht aufgegangen. Wir waren - überspitzt ausgedrückt - von einem Modell dualer Bewegungszyklen ausgegangen, welche Europa gewissermaßen von innen und von außen in die Zange nehmen. Wir sahen in den globalen Migrationsprozessen einen Ansturm trikontinentaler Massen auf den westlichen Reichtum, sahen in den Flüchtlingen die Vorhut der enteigneten trikontinentalen Massen und sahen angesichts unkontrollierbar steigender Flüchtlingszahlen das Potenzial für eine Überhitzung in Deutschland. Wir hatten auch darauf hin gearbeitet, eine Allianz zwischen der metropolitanen Massenarmut und trikontinentalen Flüchtlingen zu zimmern. Auf der anderen Seite machten wir das britisch-französische Paradigma aus und konnten uns eine soziale Bewegung, konnten uns black riots und emeutes des immigres, antirassistische Kämpfe von MigrantInnen vorstellen, wie sie nach den Möllner und Solinger Brandanschlägen kurz aufzuflackern schienen. Vor bald zehn Jahren hatten wir begonnen, ein solches Potenzial auszuloten. Wir hatten angenommen, dass

die Sozialprozesse, wie wir sie aus den USA der 60er Jahre, dem England der 70er und 80er Jahre, sowie dem Frankreich der 80er und 90er Jahre mit einiger Zeitverschiebung auch in der Bundesrepublik zum tragen kommen könnten. Wir konnten uns vorstellen, dass Polizeiübergriffe, ähnlich wie in England den Zündfunken bilden würden. Doch der Migrationsbewegung wurde durch das Projekt Festung Europa und die Asylpolitik die Spitze gebrochen. Flüchtlingskämpfe im Land, in denen wir die Speerspitze einer antirassistischen Konfliktlinie vermutet hatten, haben sich nach wie vor nicht verbreitert, sie blieben weitgehend ohne Solidarisierung, keine weiteren Kämpfe haben sich in ihrem Kielwasser eingefunden. Wir haben nur die subkulturelle und linke Szene erreicht. Auch Ansätze für eine antirassistische Mobilisierung unter MigrantInnen sind kaum auszumachen, die Hetzpropaganda und Kampagnen gegen AusländerInnen oder die Einbürgerungsforderung sind auf keine nennenswerte kollektive Empörung gestoßen, die Kopftuchkontroversen, die Mehmet-Debatte oder die CDU-Kampagne blieben unbeantwortet. Die Polarisierung wird einseitig von Rechts vorangetrieben, sie korrespondiert mit einem weit verbreiteten Rechtstrend in der deutschen Bevölkerung und unter Jugendlichen, die Überhitzung ist vielmehr eine gewalttätig-rassistische. Die AntiFa kommt mit ihren Gegenmobilisierungen kaum noch hinterher."

Die Karawane wurde 1998 aus einer Krise heraus geboren. Nach den Bewegungsjahren 1990 bis 1995, die motiviert waren durch Widerstand gegen Asylunrecht und Naziterror gleichermaßen, ging die Fähigkeit, breiten Widerstand zu mobilisieren, allmählich verloren. Allzu häufig mussten wir tatenlos zusehen, wie die Abschiebemaschinerie lief und lief und lief. Die Karawane wollte gegensteuern, die vielen lokalen Initiativen bündeln und zum Fokus einer neuen Bewegung werden. In Bremen, von wo die Initiative ausging, hatten wir damals die Vision, dass uns die lokalen multinational zusammengesetzten Flüchtlingslagerkomitees als Vorbild für die Karawane dienen könnten - wir propagieren sie als Modell für die bundesweite Organisierung. Unsere Ansprüche sind jedoch nur zu einem Teil aufgegangen.

1.) Jener Strömung, die ein Bündnis der politischen Organisationen schmieden wollte, ist dies nicht gelungen, einige Gruppen sind frühzeitig aus dem Projekt ausgestiegen, andere fielen den politischen Kontroversen insbesondere um die Frage des Verhältnisses zur PKK zum Opfer, wieder andere unterstützten die Karawane nur ideell, mobilisierten aber kaum mal ihre Basis, zu guter Letzt sah man sie gar nicht mehr. Einige Gruppen konzentrierten sich bald wieder auf Fragen der nationalen Politik und verabschiedeten sich aus dem gemeinsamen Bündnis. Geblieben ist einzig eine multinationale Organisation von afrikanischen Flüchtlingen in Deutschland.

2.) Es ist ebensowenig gelungen, innerhalb der Flüchtlinge an Boden zu gewinnen. Es gibt immer wieder Proteste - Flüchtlinge tragen oder beteiligen sich an Aktionen, aber dies geschieht nicht massenhaft. Die Gründe sind vielfältig und reichen von der heterogen Zusammensetzung einerseits bis zu einem effektiven Grenzregime, dem einschüchternden Erfolg der Abschiebemaschine und dem repressiven Charakter der Residenzpflicht andererseits.

3.) Die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten hat kaum je auch nur versucht, ihr zweites programmatisches Standbein zu entfalten. Bis auf die Kooperation mit einigen MigrantInnenorganisationen im Rahmen der Kölner Karawane-Tage ist da kaum etwas zu berichten. Die Konzentration auf die politischen Fluchtgründe, die vereinfachte Sicht auf Migration hat eine Bezugnahme auf MigrantInnencommunities, die hier sind, um hier zu bleiben, verstellt. Eine Auseinandersetzung mit Rassismus blieb weitgehend auf die Asylpolitik beschränkt. Die schmale Basis der tragenden AktivistInnen mag eine wesentliche Ursache sein, erklärt aber nicht alles.

4.) Unsere Beschränkung auf Flüchtlings- und Asylpolitik ist niemals der Tatsache gerecht geworden, dass viele Menschen nur deshalb auf das Asylrecht zurückgriffen, weil dies die einzige juristische Lücke im Geflecht der migrationsfeindlichen Gesetze war. Migrationsgründe sind viel zu vielfältig und zahlreich, als dass sie in die enge Formel der politischen Verfolgung gepresst werden können. Wir sind den sozialen Motiven konzeptionell nicht vollends gerecht geworden, und auch das war unserer Mobilisierungsfähigkeit abträglich. (Mobilisierung auf dem sozialen Terrain setzt ein Mindestmaß an Bewegung/Selbstorganisation der Betroffenen voraus)

5a.) Eine soziale Ausweitung, Bündnisarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, MigrantInnen, MigrantInnenjugendlichen, mit den Ausgegrenzten des Sozialrassismus haben wir auf dem Papier formuliert, sind sie aber nicht angegangen. Konfliktinhalte, die Grundlage für Ausweitung und Bündnisse hätten sein können, nämlich soziale und Arbeitseinkommen und/oder Polizeischikanen, haben bislang keine Zugkraft.

5b.) Auch die Bündnisarbeit innerhalb der deutschen Linken kam nicht recht voran. Nach den Massenmobilisierungen anlässlich der Pogrome in den frühen 90ern ebbte die Bewegung wieder ab, anderes wurde wichtiger, AntiRa and AntiFa arbeiteten wieder getrennt. Es mangelte aber auch an Diskussionsgrundlagen, die die gemeinsame Schnittmenge herausgestellt hätte.

6.) Einzelne Kampagnen haben wir gewonnen, aber damit gelingt es nur, dem Rassismus hier und da ein Opfer zu entreißen, kaum aber an den Strukturen zu rütteln. Die Massenabschiebung von Roma, von BosnierInnen, KosovarInnen konnten wir nicht verhindern, ebenso wenig einen Abschiebestopp in die Türkei oder nach Nigeria durchsetzen, an der Zahl von jährlich rund 50.000 Abschiebungen kratzen unsere Aktivitäten kaum.

7.) Obwohl die großen Ziele unerreicht blieben, war die Bewegung erfolgreich. Kaum eine Maßnahme, ob Gesetze, Lager oder Abschiebungen blieb unwidersprochen. Die Proteste haben Sand ins Getriebe der Abschiebemaschinerie gestreut, sie verlangsamt und Modifizierungen erzwungen. Auf keinem anderen gesellschaftlichem Feld haben Menschen so kontinuierlich gegen ihre Bedingungen gekämpft, wie dies Flüchtlinge taten. Hungerstreik reiht sich an Hungerstreik, Demo and Demo, Mahnwache an Mahnwache. Was die Karawane geschafft hat, ist der Aufbau eines funktionsfähigen bundes- und europaweiten Netzes von Gruppen und AktivistInnen. Es gibt heute in vielen Städten aktive Karawane-Gruppen. Im Widerstand wurden hohe politische Standards entwickelt; es gibt ein enormes Wissen um das Know-how von Kampagnen, Initiativen und Protesten. Die Kampagne No Border und antirassistische Grenzcamps lassen den Schimmer internationaler Vernetzung erkennen. Reihenweise wurden Faxkampagnen, Kirchenasyl oder individuelle Kampagnen gewonnen. Vor allem aber hat diese Bewegung vielen Menschen Hoffnung gegeben.

Kurz gesagt, der Aufbau eines politischen Bündnisses ist nicht gelungen, die soziale Verbreiterung des Flüchtlingswiderstandes ebenfalls nicht, die soziale Ausweitung in andere soziale Gruppen ist ausgeblieben, große politische Erfolge konnten wir nicht erringen. Dennoch haben die Kampagnen der Entstehung von gegengesellschaftlicher Moral Vorschub geleistet, einer Moral, in der beispielsweise die massenhafte Unterstützung von Papierlosen fußt.

II. Modernisierung

des Migrationsregimes

In der Tat sind wir voller Optimismus und Tatendrang, die aktuellen Umbrüche im migrationspolitischen Diskurs heben vielfache Blockierungen auf und eröffnen neue Perspektiven. Die Dinge kommen in Bewegung und das gilt es zu nutzen.

1.) Zunächst müssen wir festhalten, dass sich die Weltmigrationsprozesse letztlich, trotz aller Restriktionen durchgesetzt haben. Die Flüchtlinge und MigrantInnen sind hier, sie sind in großer Zahl in die Industriestaaten, nach Europa und in die USA gelangt. Der Abwehrkampf hat vielerlei Unrecht erzeugt, er kostet täglich Menschenleben und viele Scheitern an den Grenzen zum Wohlstand. Aber die 5,5 Millionen Illegalen in den USA und die rund 5-8 Millionen Papierlosen in Europa sind nun einmal hier, sie haben ihren Willen durchgesetzt. Was die Regierenden geschafft haben, ist ihnen alle Rechte abzusprechen, sie von Sozialleistungen auszuschließen und weite Teile der Bevölkerung gegen sie zu mobilisieren. Doch die Weltmigrationsbewegung als solche ist nicht vollständig aufzuhalten.

2.) Papierlose haben zahllose namenlose UnterstützerInnen. Hinter jeder/m Papierlosen stehen Freundinnen und Freunde, Bekannte, Verwandte, Communities, humanitäre oder politische Netzwerke, ArbeitgeberInnen, WohnungsgeberInnen. Das Verhältnis reicht von Solidarität bis zu Ausbeutung, dennoch, die Mitwisser sind Millionen. Diese sozialen Bewegungsformen haben Tatsachen geschaffen, stehen für die eigentliche soziale Dimensionen, unsere politischen Aktionen nehmen sich dagegen bescheiden aus, vermögen die eigentliche soziale Dimension bloß zu begleiten und zu verstärken.

3.) Für den Kapitalismus, insbesondere dessen Innovationszyklen ist die Kombination aus Vertreibung, Vernichtung und Migration konstitutiv. Enteignungen, Pogrome und Vertreibung sind wesentlich für Anfänge des Kapitalismus in England, die Industrialisierung des Ruhrgebiets oder die Entwicklung der USA gewesen.

4.) Die Industrienationen sehen sich heute erklärtermaßen vor drei bedeutenden Problemen: Erstens dem Geburtenrückgang, effektiv eine Reproduktionsverweigerung und damit einer Bevölkerungsstruktur, in der die

Zahl der produktiven Bevölkerung abnimmt zu Gunsten der unproduktiven Teile. Zweitens einer Arbeitskräfteverknappung aber auch einer Arbeitsverweigerung in diversen Sektoren. In der Landwirtschaft ist es bekanntermaßen schwer, Leute für die niedrig entlohnte Knochenarbeit zu bekommen, im IT-Sektor ist ein Wettbewerb um Fachkräfte entbrannt. Und drittens werden da noch die Defizite in den Ausbildungssystemen genannt, die den Fachkräftemangel begründen. Nicht zufällig sind es DemographInnen, RentenexpertInnen und Arbeitnehmerverbände, die auf Einwanderung drängen. Die Pro-Zuwanderungslobby im Lager der Herrschenden ist ja nicht neu, Geißler und Miegel beispielsweise haben immer schon angemahnt, aus rationalen Erwägungen über den ideologischen Schatten zu springen.

5.) Vor diesem Hintergrund verkündete EU-Präsident Chevenement im Juli, gefolgt von den Regierungen in Deutschland, England und Italien einen Kurswechsel in der Migrationspolitik. Nicht zuletzt auf Druck der Arbeitnehmerverbände werden Zuwanderungsbeschränkungen für ArbeitnehmerInnen zurückgenommen. Zum einen ist auf dem Weltarbeitsmarkt ein Konkurrenzkampf um bestimmte Berufsgruppen entbrannt, Stichwort IT Sektor, zum anderen soll der nationale Arbeitsmarkt dem globalen Wettbewerb geöffnet werden. Innerhalb der EU gilt dies als wirksamste Waffe gegen das europäische Lohn- und Preisniveau, sprich, die Öffnung für den Wettbewerb ist vor allem ein Angriff auf das europäische Masseneinkommen und die in den Augen kapitalistischer WirtschaftswissenschaftlerInnen zurückgebliebene und hinderliche Sozialverfassung.

Auf der anderen Seite werden die Bemühungen um weitere Einschränkungen des Asylrechts, sowie die Bekämpfung illegaler Einreise und Zuwanderung verstärkt.

6a.) Mit der selektiven Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte wird einerseits dem Migrationsdruck nachgegeben, andererseits eine Auswahl getroffen und Wanderungswillige in nützliche und unnütze Menschen unterteilt. Mit neuen Selektionsinstrumenten versucht Europa, versucht das Kapital wirksame Instrumente zu entwerfen, mit denen sie die Steuerung und Kontrolle über die Migrationsbewegung wiederzugewinnen hoffen. Der Kampf gegen relativ autonome Migrationsformen wird verschärft, erwünschte Migration klar definiert.

6b.) Schließlich laufen die aktiven Anwerbeversuche von Fachkräften in der Dritten Welt darauf hinaus, hiesige Defizite auf deren Kosten zu lösen. Allein schon der Versuch, die Fachkräfte anzulocken, aber die Massenarmut abzuwehren, läuft auf Brain Drain, auf die Ausbeutung des intellektuellen Potenzials durch die Metropolen hinaus. Ausbildung wird nicht anders behandelt, als irgendein Rohstoff auch.

7.) Auch der Sinneswandel der Bundesregierung in Sachen Neonazis erklärt sich im Lichte von Globalisierung und wirtschaftlichen Erfordernissen. Nachdem Nazis ein Jahrzehnt lang ganz im Sinne der Regierung insbesondere Flüchtlingen das Leben zur Hölle machten, spielen sie im neuen Konzept keine Rolle mehr.

8.) Weder ist die Bundesregierung über Nacht antifaschistisch, noch migrationsfreundlich geworden. Vielmehr wird der alte völkische Nationalismus und Rassismus abgelöst durch einen modernen Leistungsrassismus. Nicht mehr nur Herkunft, Nationalität und Hautfarbe gelten als Zuwanderungskriterium, sondern Leistungsfähigkeit, Ausbildung, Lohnhöhe und Nützlichkeit. Wirtschaftliche Kriterien stehen vor nationalistischen Überlegungen.

9.) In Deutschland holt sich die Regierung die kritische Intelligenzia über die neuen Bündnisse gegen Rechts, die Grünen und teils auch über die Zuwanderungskommission herein. In England wird die gesamte kritische Flüchtlingsunterstützungsszene eingeladen zum Diskurs über neue Perspektiven in der Einwanderungspolitik. Nachdem das alte Migrationsregime teilweise versagt hat, wird nun die linke Intelligenzia eingeladen mit zu stricken am Entwurf des neuen Migrationsregimes.

10.) In verschiedenen Ländern Europas werden bereits die institutionellen Voraussetzung für eine neue Einwanderungspolitik geschaffen. In Deutschland wird bereits die Modernisierung sowohl des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, wie auch die Reform der deutschen Botschaften angedacht, bzw. vorbereitet. Kundenfreundliche, dienstleistungsorientierte Auslandszentren können die Visavergabe nach neuen, den wirtschaftlichen Vorgaben entsprechenden Kriterien durchführen. Die politische Selektion findet in Berlin, die amtliche Selektion in den Botschaften statt. Analog wird in England der Overseas Labour Service modernisiert und in Italien eine neue Behörde installiert, die Kommission zur Integration von ImmigrantInnen.

11.) Jahrelang haben die europäischen Regierungen versucht, Sozialausgaben und Löhne zu drücken, ebenso haben sie jahrelang versucht, den trikontinentalen Ansturm auf die Festung Europa aufzuhalten. Mit der neuen Migrationspolitik sieht es so aus, als würden sie das eine gegen das andere einsetzen, der Migrationsdruck wird umgedreht, soll Rentenprobleme und Reproduktionsverweigerung ebenso beantworten, wie gegen Lohn- und Preisniveau eingesetzt werden. Mit erhöhter Zuwanderung, so rechnet die New York Times aus, lassen sich die Löhne in bestimmten Sektoren um rund 5% drücken.

Die Durchsetzung europäischer Migrationspolitik ist im Umgang mit den umliegenden Staaten, seit Lome III im Umgang mit sämtlichen AKP-Staaten bereits zum zentralen strategischen Instrument des neuen EU-Imperialismus geworden. Nun wird Migrationspolitik auch in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zu einem strategischen Instrument im Angriff auf die Lebensbedingungen in den Industriestaaten.

Von Rechts formiert sich gegen Globalisierungskonsequenzen, gegen den Wettbewerb um Ressourcen europaweit Widerstand. Rechte kämpfen gegen MigrantInnen und Minderheiten um verlorene Positionen und Privilegien der nationalen Ökonomien. Von Links besteht die Perspektive nach wie vor darin, nicht um nationale Privilegien, sondern mit MigrantInnen gegen das globalisierte Unrecht zu kämpfen.

III. Thesen und offene Fragen für die Zukunft der antirassistischen Bewegung

Mehr denn je greift ein Antirassismus, der sich nur auf Asyl und politische Fluchtursachen im engeren Sinne beschränkt, zu kurz.

1.) Es wäre falsch, sich angesichts der sich von Amsterdam über Birmingham, Seattle und Prag ausweitenden Proteste gegen Neoliberalismus und Globalisierung, sowie angesichts der Vorschläge zur Versammlung der sozialen Stände, von den entstehenden sozialen Bewegungen abzugrenzen oder abzukoppeln.

Mit dem Neuentwurf zu einem Arbeitsmigrationsregime, mit den weltweiten Protesten gegen die Globalisierung, mit dem nächsten Schritt im Angriff auf die metropolitanen Sozialbedingungen könnte sich eine relevante Schnittmenge, Kreuzung der Bewegungen, oder was auch immer bilden, auf die antirassistische Politik Antworten finden und abzielen sollte.

2.) Oft mussten wir erleben, dass Flüchtlingsproteste zusammenbrachen, weil es hieß, "ich kann nicht zum Treffen kommen, muss arbeiten". Allzu oft haben wir erfahren, dass Geld verdienen, zum Überleben ebenso, wie für die Leute zu Hause, Priorität hatte. Das, Arbeitsbedingungen, Löhne, Ausbeutung etc. haben wir allerdings selten, wenn überhaupt mal aufgegriffen und zum Thema gemacht. Dabei sind doch viele MigrantInnen und Flüchtlinge deshalb hier, und es lastet auch eine Erwartungshaltung auf ihnen, Geld zu verdienen und nach Hause zu schicken. Dort herrscht sonst vielleicht Hunger, Medikamente oder Schulgelder können womöglich nicht bezahlt werden. Migration ist nicht schlicht politische Flucht, es ist häufig Teil von Überlebenstrategien und Überlebensökonomie. Hinter dem oder der einzelnen MigrantIn hier stehen nicht selten ganze Familien dort.

- Wie sind die Arbeitsbedingungen? Wir ahnen es, aber wissen es nicht.

- Wie sind die Verhältnisse unter den Leuten, rassistisch oder kollegial?

3.) Jede neue Arbeitsmigration ist auch als Druck auf die einheimischen Massen gedacht, als Angriff auf das metropolitane Lohnniveau. Andererseits schaffen in der Arbeit Menschen verschiedener Herkunft und mit unterschiedlichem Status Seite an Seite: Papierlose mit Asylsuchenden oder MigrantInnen mit Studies oder ungelernten Deutschen. Wir wissen kaum, was da abgeht:

- Wie wird die neue rassistische Sozialhierarchie aussehen, wie werden sich die Menschen zueinander verhalten?

- Wird fein segregiert werden; werden die rassistischen Abwehrhaltungen deutscher ArbeiterInnen zunehmen; werden die Konzepte von Arbeitsvölkern und Herrenmenschen neu belebt, wird die multi-ethnische Gesellschaft, der gezähmte Rassismus nach englischem Vorbild verbreitet?

- Wird sich gar eine multinationale Solidarität entfalten; gibt es eine Aktualität der Wobblies, der International Workers of the World nach dem Vorbild der US-amerikanischen syndikalistischen Assoziationen der 20er Jahre?

4.) Unter den Jugendlichen in den Vorstädten haben sich bereits multinationale Zusammenhänge gebildet, teils kämpfen sie noch gegeneinander um imaginäre Reviere, teils wissen sie aber bereits um ihre jeweilige Unterdrückung durch strukturellen und institutionellen Rassismus. Insbesondere die Polizei macht wenig Unterschied zwischen russisch-stämmigen, türkischen, libanesischen oder deutschen Jugendlichen aus derselben Sozialwohnungssiedlung.

5.) Welche Ansprüche stellen wir an einen Antirassismus, der an die Wurzeln geht. Nach Jahrzehnten schwarzer Revolte in England wird der nunmehr verstaatlichte Antirassismus heute bereits als Standortvorteil gehandelt; die multi-ethnische Gesellschaft verkauft sich den supra-nationalen Konzernen als belegschaftsfreundliche Basis.

Noch tappen wir im Dunkeln, was sich in den neuen Bewegungen, in der Arbeit oder den Vorstädten bildet, erst recht wie eine Intervention und Bezugnahme aussehen könnte, aber es brennt uns unter den Nägeln, dies zu diskutieren und Antworten zu entwerfen.

Franck Düvell,

Antirassismus-Büro Bremen

Anmerkung:

Die vorliegenden Gedanken sind aus der regional begrenzten Sicht und den Erfahrungen des ARAB seit 1990 entstanden, - andere Gruppen haben ihre eigene Sicht auf die Dinge. Weiterführende Diskussion siehe allgemein: Materialien für einen neuen Antiimperialismus, 1988 ff.; Hefte der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Berlin 1995ff.; und http://social.humanrights.de sowie http://www.is-bremen.de/arab

8. 9.12 - Aktionstag gegen Lufthansa

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:32

Am 9. und 10.12. wird es in mehreren Städten zu "klassischen" Aktionen kommen, die sich auch gegen Lufthansa richten. Der Internationale Menschenrechtstag wird einigen Gruppen Anlass sein, die rassistische Gewalt zu thematisieren, die in den aktuellen Inszenierungen der Toleranzkundgebungen weitgehend ausgeblendet sind. "Abschiebungen stoppen, Internierungslager auflösen" - unter dieser Überschrift mobilisiert beispielsweise das Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein/Main zum Frankfurter Flughafen.

Aus dem Aufruf: Der Flughafen Frankfurt ist und bleibt ein Tatort von besonderer Bedeutung. Über 30 Menschen werden von hieraus täglich (!) abgeschoben, über 10.000 in einem Jahr. Etwa die Hälfte der Betroffenen wird mit Lufthansa ausgeflogen (...) Hinter den Glitzerwelten des Airports befindet sich seit 1993 ein Internierungslager, in dem regelmäßig etwa 50 bis 100 Asylsuchende gefangen sind, denen die Einreise verweigert bleibt. Zum Teil sind die Betroffenen monatelang unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert, selbst unbegleitete Kinder und Jugendliche werden hier seit Oktober 1999 immer wieder arrestiert. Suizidversuche gehören unter diesen Umständen nahezu zur Tagesordnung und im Mai dieses Jahres nahm sich eine Frau, völlig verzweifelt und aus Angst vor der drohenden Abschiebung, das Leben.

Vor diesem Hintergrund und um deutlich zu machen, dass angesichts der täglichen Abschiebe- und Internierungspraxis jederzeit weitere Opfer zu befürchten sind, hat das Aktionsbündnis gegen Abschiebungen bei der Flughafen AG (FAG) beantragt, eine Tafel mit folgendem Text im Abflugterminal aufzuhängen:

Zum Gedenken an:

Kola Bankole - am 30.08.1994

Aamir Ageeb - am 28.05.1999,

die während ihrer Abschiebung beim Abflug von Frankfurt/Main in Lufthansamaschinen durch Beamte des Bundesgrenzschutzes gewaltsam zu Tode gebracht wurden.

Naimah Hadjar - am 06.05.2000

die sich am 238. Tag ihrer Abschiebehaft aus Angst vor der Abschiebung im Internierungslager am Frankfurter Flughafen das Leben nahm.

In Trauer um diese und alle anderen Opfer,

in Wut über die deutsche Abschiebepolitik.

Eingreifen gegen Abschiebungen, Ausgrenzung und jede Form von Rassismus!

kein mensch ist illegal

Die FAG hatte diesen Antrag bislang abgelehnt. Auch ein Offener Brief, der von zahlreichen Organisationen und Einzelpersonen unterzeichnet wurde, konnte die FAG nicht umstimmen. Deshalb soll nun die Demonstration unserer Forderung nach einem angemessenen Platz weiteren Nachdruck verleihen.

Am 9.12. soll die Gedenktafel überall im Abflugterminal präsent sein: dutzende Transparente, hunderte von Plakaten, tausende von Flugblättern und Aufklebern werden an diesem Tag den Text unübersehbar machen.

Wir fordern alle auf, uns bei diesem Anliegen zu unterstützen und damit zu zeigen, dass wir nicht nur dem rechten Terror der Nazis entgegentreten sondern auch dem staatlichen Rassismus der Abschiebungen.

Keine Abschiebungen!

Stopp der deportation class der Lufthansa!

Sofortige Auflösung des Internierungslagers!

Die Demonstration beginnt am 9.12. um 12 Uhr,

Frankfurter Flughafen Rhein/Main

im Terminal 1, Bereich A - bei Lufthansa!

9. deportation class stopp! Lufthansa-Kampagne zwischen Internationalismus und Internetionalisierung

Lufthansakampagne zwischen Internationalismus und Internetionalisierung

Autor: h., AG3F Hanau · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:31

Seit März diesen Jahres sieht sich Lufthansa (LH) mit einer Kampagne konfrontiert, die ihre führende Rolle als Abschiebefluglinie thematisiert. Nahezu die Hälfte der jährlich über 30.000 Abschiebungen werden mit Lufthansa abgewickelt. Nicht zufällig haben die Flüchtlinge Kola Bankole und Aamir Ageeb beide in LH-Maschinen gesessen, als sie von Bundesgrenzschützern während der Abschiebung regelrecht erstickt wurden. Grund genug für zahlreiche Gruppen des Netzwerks kein mensch ist illegal, diese "deportation class" mit verschiedensten Mitteln anzugreifen. (vgl., ak 439) Vorläufiger Höhepunkt bildeten im Juni die Proteste vor und in der Aktionärsversammlung. (vgl., ak 440) Vorstandsvorsitzender Weber musste dort erneut bestätigen: Flüchtlinge würden gegen ihren Widerstand nicht mehr mit LH abgeschoben und es gebe Verhandlungen mit dem Bundesinnenministerium, gänzlich aus dem Transport von Zwangspassagieren auszusteigen.

Zu welchem Ergebnis diese Verhandlungen geführt haben, ist bislang leider nicht bekannt geworden. Doch scheint die Situation für Lufthansa noch brisanter geworden zu sein: mehrere Rechtswissenschaftler kamen in Gutachten der letzten Monate zu der Auffassung, dass Piloten ihre Verantwortung bei Abschiebungen nicht einfach an begleitende Polizisten delegieren können, oder anders herum: Piloten, und damit die Airline, bleiben rechtlich haftbar, wenn sogenannte Deportees zu Schaden kommen.

Dennoch hält Lufthansa an ihrer "deportation class" fest. In den letzten Wochen verdichten sich sogar die Hinweise, dass auch wieder Flüchtlinge ausgeflogen werden, die eindeutig ihren Protest zum Ausdruck bringen. Am 3.11. wurde ein sudanesischer Flüchtling direkt aus dem Flughafenverfahren abgeschoben. Nach Informationen von Alaeldin Agha, dem Vorsitzenden einer sudanesischen Menschenrechtsorganisation in Frankfurt am Main, war der Betroffene in Handschellen und in Begleitung von zwei BGS-Beamten ins Flugzeug geschafft worden. Die Abschiebung erfolgte trotz dessen energischen Widerstandes.

Auf den Tod von Aamir Ageeb hinweisend, der unter derselben Flugnummer gebucht war, haben AktivistInnen von kein mensch ist illegal die Halbjahrespressekonferenz von Lufthansa am 15.11. aufgesucht. Die anwesenden Journalisten erhielten eine informationsbeladene Plastiktüte, wie sie schon im September zu einigen Tausend auf der Expo verteilt wurden: die Tüte ist mit dem "deportation class"-Plakat bedruckt.

Spätestens seitdem Lufthansa-Chef Weber auf der Aktionärsversammlung im Juni angekündigt hatte, dass der Kranich sein Geschäft zukünftig immer stärker auf "E-Commerce" ausrichten werde, laufen in der Kampagne Diskussionen, wie auch via Internet das Image des Konzerns angekratzt werden kann. Als "regelrechte Steilvorlage" werten deshalb AktivistInnen den gerade gescheiterten Versuch der Lufthansa, erstmals juristisch gegen kein mensch ist illegal vorzugehen. Mit Schreiben vom 9.10.2000 verlangte die Deutsche Lufthansa AG von ihren unliebsamen KritikerInnen nicht weniger als sich zu "unterwerfen".

LH-588,

Frankfurt - Khartum

Für Juristen ist das Alltagssprache, zumal wenn es um zivilrechtliche Verfahren und die in diesem Milieu so beliebten Abmahnungen geht. Beklagt wurde die "Nutzung der für unsere Mandantin typischen Farben blau/gelb", die "Verwendung des für unsere Mandantin typischen Schriftzuges" bis hin zu "Einsatz und Manipulation der für unsere Mandantin eingetragenen Marken". "Eine öffentliche Herabsetzung und Verunglimpfung" bestehe auch in der Benutzung des Begriffs "Deportation". Originalton: "Die Abwicklung einer Flugreise (!?), bei der eine Abschiebung am Ende eines rechtsstaatlichen Verfahrens steht, kann auch in Ansätzen nicht einer Deportation unter dem NS-Regime gleichgestellt werden." Dass "deportation class" zunächst eine englische Wortkombination darstellt, scheint dem sonst so international agierenden Unternehmen vor Wut entfallen zu sein. Denn die Anwälte des gekränkten Kranichs folgerten aus all dem nur eines: alle inkriminierten Inhalte sollten "unverzüglich aus dem Internet entfernt werden."

Stein des Anstoßes ist eine Ausstellung, die auf den Internetseiten der Kölner Stadtrevue zu finden ist. Zu sehen ist dort politische Plakatkunst, die hart ins Gericht geht mit der Praxis der Lufthansa, Plätze auf Linienflügen für Abschiebungen in alle Welt zur Verfügung zu stellen. Anfang des Jahres hatte kein mensch ist illegal einen Plakatwettbewerb ausgerufen. Aus den zahlreichen Einsendungen ging nicht nur das mittlerweile verbreitete Kampagnenplakat hervor. Die besten Entwürfe wurden außerdem in eine Ausstellung aufgenommen, die seit Anfang Mai durch Deutschland und europäische Nachbarländer tourt.

Überraschenderweise bezog sich die Abmahnung ausschließlich auf die Internetversion dieser Ausstellung. Die Beklagten weigerten sich dennoch, die Ausstellung vom Webserver zu nehmen und dieser "dreiste Angriff auf die Freiheit der Kunst" empörte zudem eine breitere Internetöffentlichkeit. Sofort wurden sogenannte Mirroraktionen vorbereitet, die international zur Spiegelung und Verbreitung der Seiten aufriefen, es gab erste Angebote aus aller Welt, der Ausstellung "politisches Asyl" zu gewähren. Doch so weit kam es nicht. Scheinbar hatte Lufthansa inzwischen bemerkt, dass der beabsichtige Schuss vor den Bug der "deportation class"-GegnerInnen zum Eigentor wurde: in weiteren Verhandlungen ließ Lufthansa alle Copyright-, Fälschungs- und "Deportations"vorwürfe stillschweigend fallen. Allein mit der Zusage, eines der Bilder zu entfernen, das zudem irrtümlich auf die Seite gekommen war und das die reale Ausstellung gar nicht beinhaltete, wurde eingelenkt und sämtliche Androhungen zurückgezogen.

... wann folgt

der nächste Todesflug?

Fast bedauernswert, dass Lufthansa so schnell eingeknickt ist, brachte ihr Angriff doch geradezu Schwung in die angelaufenen Internetaktivitäten. Auf www.deportation-alliance.com wurden neue Rubriken kreiert, die nun auch "Miles and more" für AktivistInnen anbieten. Gleichzeitig spornte der Ausbau dieser Seiten und die augenscheinliche Brisanz der ganzen Thematik antirassistische Gruppen in anderen europäischen Ländern an, ähnliche Kampagnen zu starten. In der Zusammenarbeit mit britischen Gruppen war im August erstmals der erwünschte "rolling effect" eingetreten: die geplante Abschiebung eines Flüchtlings aus Großbritannien nach Deutschland im Rahmen des Dubliner Abkommens musste abgebrochen werden. Zunächst sollte der Betroffene mit Lufthansa fliegen, nach gemeinsamen Protesten sagte die Fluglinie den Transport ab. British Airways sollte dann einspringen und schreckte dann ebenfalls davor zurück, die auf den Londoner Flughäfen gestarteten Proteste auf sich zu ziehen. Mit "Brutush Airways" wurde bereits eine entsprechende Eröffnungsseite auf der Webseite gestaltet und deportation-alliance.com entwickelt sich zunehmend zum Ausdruck gemeinsamer, europaweiter Antiabschiebungsaktionen. Die Kampagne gegen die holländische KLM ist hier zu finden und von Spanien aus wird die Abschiebebeteiligung von "S-Iberia" aufgegriffen. Diese Airlinekampagnen sowie die Aktionscamps an den Grenzen der Festung Europa bilden zur Zeit die beiden wesentlichen praktischen Ansätze der im noborder-Projekt vernetzten antirassistischen Gruppen.

h. AG3F, Hanau

10. Anstandsdemo am 9. November. Manifestation der "Normalität der Herrschenden". Interview mit Wolf Dieter Narr

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:13

So sieht also der "Aufstand der Anständigen" in diesem Land aus. 200.000 Menschen demonstrierten am 9. November in Berlin unter dem Motto "Wir stehen auf für Menschlichkeit und Toleranz" und versammelten sich bei einer wohlinszenierten Vorstellung vor dem Brandenburger Tor. Und da standen sie dann in der ersten Reihe: die um ihre Exporte besorgten Kapitalisten, die Repräsentanten dieses Staates, die geistigen Brandstifter und Stichwortgeber, die zaudernden Mahner und die mahnenden Zauderer - und viele, die ein ehrliches Signal geben wollten gegen den alltäglichen Nazi-Terror.

Es blieb dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, vorbehalten, Ross und Reiter zu benennen und die Front der DemokratInnen für Toleranz und Menschlichkeit in Frage zu stellen. Während Bundespräsident Johannes Rau unverbindlich davor warnte, "Ängste und Sorgen" der Bevölkerung zu "schüren", schlug Spiegel einen Bogen von der politischen Debatte der vergangenen Wochen zur Gewalt der Nazis auf der Straße: "Was soll das Gerede von der Leitkultur? Ist es etwa deutsche Leitkultur, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten?"

Während der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Friedrich Merz noch versuchte, Spiegel davon zu überzeugen, diese Textpassage bei seiner Rede auszulassen, betätigten sich Berliner Zivilpolizisten in der selben Richtung - nur auf ihre Art. Ein großes Transparent mit der Aufschrift "Nazis morden, der Staat schiebt ab - deportation is murder", gut sichtbar vor der Rednertribüne aufgebaut, wurde kurzerhand konfisziert. Nichts sollte die Inszenierung stören. Unverbindlichkeit in den Aussagen war Programm, Kritik hatte keinen Platz: Kostenlose Ersatzpolitik - so das Resümee von Wolf Dieter Narr in unserm Interview.

Die Fragen stellte Thomas Klein.

ak: Sie haben für das Komitee für Grundrechte und Demokratie in einer Pressemitteilung erklärt, die Demo am 9. November sei von offizieller Seite dazu benutzt worden, "deutsche Schuld umzulenken und Symbole zu missbrauchen" In welcher Weise ist das geschehen?

Wolf Dieter Narr: Die Kundgebung am 9. November 2000 in Berlin war darauf angelegt, im In- und besonders im Ausland zu zeigen: wir, die Mehrheit der Bundesdeutschen, vor allem die Spitzen von Politik und Gesellschaft, wir sind tolerant, wir "lieben" alle Anderen, wenigstens so lange wir demonstrieren. Wir achten Ausländerinnen und Ausländer.

Indes: dieses bundespräsidial geführte "Bündnis für Toleranz" zeichnete sich durch seine geradezu emphatische Unverbindlichkeit aus. Es wurde seichtes Einverständnis inszeniert. Eine kostenlose Toleranz, die keine ist. Schlimmer noch: das einzig verbindlich und konsequenzenreich zu erinnernde Datum, der 9. November 1938, als ein verpflichtendes Ereignis wurde aufgehoben. Es wurde ein wenig bewahrt. Als ginge dies an. Vor allem wurde es zu Gunsten der heutigen Bundesrepublik und ihrer ach so urdemokratisch menschenrechtsfüllig Herrschenden umfunktioniert. Der Dauerstachel des 9. November 1938 wurde, mit süßlicher Gegenwartswatte umwickelt, unsichtbar, unwirksam. Ein allenfalls weit zurückliegendes historisches Datum irgendwann einmal in schrecklicher bundesdeutscher Vorgeschichte ohne heutige Bedeutung. Das ist denn auch der wahre Sinn dieser Pseudo-Demonstration: die wunderbare Bundesrepublik heute zu präsentieren und den strikten Gegenwartsauftrag aus der deutschen Vergangenheit ins Leere laufen zu lassen.

Also investiert aus aller Welt in dieser wilhelminisch toleranten, keine Parteien, außer toleranten, mehr kennenden Republik. Sie ist stinknormal.

Während sich Martin Walser und die Seinen noch über die Funktionalisierung der KZs beklagten, ist die regierende BRD schon weiter. Sie verdrängt den Gegenwartsschlaf störende Symbole durch einen

Spaziergang am 9. November 2000. So schon im bundesdeutsch mitgeführten NATO-Krieg im Frühjahr 1999. Selbst die Schamgrenzen sind entschwunden.

Ist eine Kundgebung, die "von oben" mitinitiiert wird, zwangsläufig eine "entpolitisierte" oder instrumentalisierte Form des Protests?

Demonstration oder wie es in Art.8 Abs.2 GG heißt, "Versammlungen unter freiem Himmel" wurden zwar lange und werden oft bis heute in obrigkeitlicher deutscher Tradition nur als von "Führern" und "Leitern" dirigierte "Aufmärsche und Aufzüge" (miss-)verstanden: Das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit ist jedoch im Rahmen einer Demokratie nur als Recht der Bürgerinnen und Bürger sinnvoll, sich kollektiv öffentlich zu Wort zu melden. Eine andere Chance haben sie im Rahmen der übermaßig repräsentativen Demokratie ohnehin nicht.

Werden Demonstrationen, wenn nicht regierungsamtlich, so doch offiziös organisiert und arrangiert, dann werden sie zu herrschaftsinteressierten Veranstaltungen. Sie gehen ihrer (ur-)demokratischen Qualität verlustig. Als Aufmärsche und Aufzüge im Sinne des alten, weithin immer noch geltenden Versammlungsgesetzes werden sie zu Instrumenten der Legitimation etablierter Politik. Die demonstrative Kritik von unten wird dadurch an den Rand gedrängt. Obrigkeitlich erzogen trauen sich auch gegenwärtig viele Bürgerinnen und Bürger nicht, bürgerselbstbewusst zu demonstrieren. Nur unter dem Hut positionshoher politischer Repräsentanten fühlen sie sich beschützt genug, auf die dementsprechend wohlbehütete Straße zu gehen.

In welcher Weise müsste der 9. November thematisiert werden?

Das ist eine schwierige Frage. In einer Massengesellschaft mit liberaldemokratisch ausgedünnter Demokratie wirken alle offiziell vorgegebenen und arrangierten Symbole bestenfalls zwiespältig. Was bringt verordnetes Gedenken ohne aktuelle Konsequenzen? Seine politisch pädagogischen Wirkungen, im weitesten, auch Erwachsene umfassenden Sinn sind bestenfalls fragwürdig. Denkbar wäre ein "normaler" Schul- und Arbeitstag, der jedoch öffentlich und formell privat, also auch in den Betrieben, durch Momente der Erinnerung unterbrochen sein sollte. An diesen 9. November 2001, 2002 ... 2039 hätten die deutschen Novembers in Zusammensicht eine maßgebliche Rolle zu spielen: der 9.11.1919; der 9.11.1938; der 9.11.1989. Im Zentrum hätte der 9. November 1938 zu stehen zusammen mit den dauernd beunruhigenden Fragen, wie war es möglich und was folgt daraus im Umgang mit allen anderen hier und heute. Außerdem sollte die Bundesregierung jedes Jahr, rechtzeitig zum 9. November eine Dokumentation zur Lage der Minderheiten in der Bundesrepublik vorlegen, die breit publiziert werden müsste.

In wie weit ist die Diskussion um "Toleranz gegenüber Ausländern" Teil von so etwas, das z.B. in der Soziologie unter "Repressiver Toleranz" gefasst wird - also das Gegenteil von fortschrittlicher Politik?

Das "Bündnis für Toleranz" schmeckt noch schaler als "repressive Toleranz". Letztere zeichnet sich dadurch aus, dass außer toleranten Attitüden nichts zu finden ist, Attitüden, die sobald in Repression "mit aller Härte des Gesetzes" (Otto Schily), "eisenhart" umschlagen, wie bald der enge Korridor offiziöser Normalität verlassen wird. Schaler schmeckt das "Bündnis" " jenseits von links und rechts" wie ein ausgekauter Gummi, weil alle spitzenhaft mitmarschierenden, mitbündelnden Damen und Herren, die Produktionsverhältnisse und Produkte/Produktionen von Vorurteilen und Gewalt wesentlich mitzuverantworten haben, biedermännisch, biederfraulich kostümiert gehen.

Insgesamt eine Diskussion nach "dem Geschmack" der deutschen Industrie - die unter "Verwertungskriterien" und unter dem Aspekt "nationaler Interessen" geführt wird?

Die nicht mehr ganz so kruppstahldeutsche Industrie ist im Zeichen der Globalisierung und des Standortwettbewerbs nicht die einzige Interessentin, die folgenlose PR-Bündnisse aller Art inszeniert. Wehe man wollte, wie im Falle der bis zum Tod ausgebeuteten "Fremdarbeiter"/Sklavenarbeiter irgendwelche raschen, eindeutigen, den noch Überlebenden direkt helfenden Konsequenzen sehen. Ein tiefes Loch der kapital- und herrschaftsgewitzten Enttäuschung. Nein, auch das, was sich immer noch "Politik" nennt, als ob hier - öffentlich an den Kriterien der Grund- und Menschenrechte ausgerichtet - verantwortlich Aufgaben gestaltet würden, ist an primär täuschungsrelevanten "Bündnissen" äußerst interessiert.

Als eine Art kostenloser Ersatzpolitik darauf aus entsprechende Ersatzlegitimation einzuheimsen.

"Dieses bundespräsidial geführte
‚Bündnis für Toleranz`
zeichnete sich durch seine geradezu
emphatische Unverbindlichkeit aus. "
"Das ‚Bündnis für Toleranz`
schmeckt noch schaler
als ‚repressive Toleranz`."

11. Grenzen der Anständigkeit. Die Einwanderungsdebatte ist eine Schlacht mit Kampfbegriffen

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:38

Man soll die Dinge beim Namen nennen und will "unverkrampft" diskutieren. Eine "sachliche" Debatte wird eingefordert. "Frei von Denkverboten", "unbefangen", "ohne Tabus" und "vorurteilsfrei" - das sind derzeit die Lieblingsvokabeln fast aller Parteien, wenn es um das Thema Einwanderung geht. Von der CDU ist man gewohnt, dass sie "frei von Denkverboten" Politik macht - die Kritik der CDU an Paul Spiegels Rede am 9. November hat dies erneut verdeutlicht.

Auch Bündnis90/Die Grünen wissen, wie man "unverkrampft" diskutiert. Die jüngsten Äußerungen der grünen Parteivorsitzenden Renate Künast zu Integrations- und Einwanderungsfragen sind ein Beispiel dafür, was es heißt, "unbefangen" Politik zu betreiben. Ihre Verlautbarungen gegenüber der Presse geben durch die Hintertür kulturalistische Klischees zum Besten. Abgesehen davon, dass sie ökonomistische Argumente verwendet, schreckt Künast auch nicht davor zurück, ausgerechnet MigrantInnen zu belehren, nach welchen Regeln hier gelebt werden soll.

Nachdem CDU-Fraktionschef Friedrich Merz die "deutsche Leitkultur" in die Debatte geworfen hatte, erarbeitete die CDU-Einwanderungskommission ein Grundsatzpapier. Die Formulierung "Das Boot ist nicht voll" wurde wieder gestrichen, dafür - nach einem langen Hin und Her - Merzens "deutsche Leitkultur" wieder eingesetzt. Es hätte wohl gar keine Rolle mehr gespielt, ob der Kampfbegriff nun drinsteht oder nicht: Die Debatte darum hatte bereits ihren Zweck erfüllt. Obwohl der Begriff sofort ad absurdum geführt wird, sobald jemand versucht, "deutsche Leitkultur" zu konkretisieren und Beispiele dafür zu finden, wissen doch alle, was damit gemeint ist. Auch das wohl als Abmilderung gedachte - letztlich aber noch eingrenzendere - Bekenntnis zur "jüdisch-christlichen" Tradition des Bundespräsidenten Johannes Rau zeigt, wie groß die Fettnäpfe immer neuer Aus- und Abgrenzungen sind.

Nach der Debatte über die "deutsche Leitkultur" ist die CDU dann brav am 9. November zum "Aufstand der Anständigen" angetreten und musste sich dort die Schelte von Paul Spiegel anhören. Dies ließ sich die Union nicht gefallen: Nachdem der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, die CDU kritisiert hatte, indem er vor 200.000 Anständigen die Frage stellte, ob es etwa deutsche Leitkultur sei, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden und Obdachlose zu töten, schießt die CDU scharf zurück und zeigt, dass deutsche Anständigkeit ihre Grenzen hat: Als "schlichtweg unanständig" bezeichnete Günter Nooke, der Brandenburger CDU-Fraktionsvorsitzende, Spiegels Äußerungen. Mit seiner Rede habe Spiegel weder den Deutschen noch den Juden noch dem Zusammenhalt der Gesellschaft einen Dienst erwiesen und der Demokratie keinen Gefallen getan. Für Nooke hat Spiegel die Union "am Nasenring über den Pariser Platz geführt" und sein Amt missbraucht. Die CDU macht damit nicht nur eine diskriminierende Trennung von "Juden" und "Deutschen" auf, sondern kritisiert Spiegel als "unfair" und polarisierend. Dabei wäre der Zentralratsvorsitzende - liberal wie er ist - schon zufrieden, wenn die CDU die Silbe "Leit-" streichen und statt dessen von "deutscher Kultur" sprechen würde.

Die Auseinandersetzung über die "deutsche Leitkultur" verhilft den Grünen unverdienterweise zu einer Position der Guten, mit der sie sich bei den "Anständigen" profilieren können. Während die SPD schweigt und auf die Ergebnisse der Regierungs-Einwanderungskommission wartet, sah sich die Grünen-Chefin Renate Künast genötigt, auch etwas in die Runde zu werfen. Sie verabschiedete sich kurzerhand vom "Multikulturalismus". Die Bezeichnung greife zu kurz, sei zu unscharf und lasse die wesentliche Frage, nach welchen Regeln wir denn hier zusammenlebten, nicht zu. Sie plädiert für Habermas' Begriff des Verfassungspatriotismus, der in Deutschland während des Historikerstreites geboren wurde. Darüber, warum Künast die Plattheit, dass sich in Deutschland an dem deutschen Grundgesetz orientiert werden müsse, ausgerechnet in der Debatte um Einwanderung zum Besten gab, kann nur spekuliert werden. Vielleicht wollte sie nicht unbedingt auf das deutsche Blutabstammungsrecht (Jus sanguis) des Artikel 116 der Verfassung hinweisen. Vielleicht aber weiß

sie , dass ihre Rede von "den Regeln des Zusammenlebens" schon richtig verstanden wird, nämlich dass jemand den "Zugezogenen" zeigt, wo der Hammer hängt?

Nach Künasts Meinung brauchen "wir Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen" und: "Wir müssen die Frage stellen, wer muss her?" Damit liegt sie ganz im Trend. Nicht nur, dass ihre deutsche Standortlogik suggeriert, dass alle ("wir") gleichermaßen Profiteure einer möglichen erhöhten Wirtschaftsleistung seien: Die deutsche Wirtschaft - vom Mittelstand bis zu den Großunternehmen - klagt über einen Mangel an qualifizierten Fachkräften. Die Handwerkskammer Bayerns greift sogar die Abschiebepraxis des bayerischen Innenministeriums scharf an. "Wieso dürfen Computer-Spezialisten aus Indien oder sonst woher bei uns arbeiten und unsere bosnischen Mitarbeiter, die sich hervorragend in unsere Arbeitswelt und die Gesellschaft integriert haben und die unsere Betriebe dringend brauchen, nicht?", so Heinrich Traublinger, Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern, am 27.9.2000 in München.

Flüchtlinge und AsylbewerberInnen sollen den Mangel an deutschen MitarbeiterInnen ausgleichen. Nicht umsonst hat sich die Bundesregierung auf eine Aufhebung des Arbeitsverbotes für Flüchtlinge geeinigt. Aber ein bisschen muss man den Flüchtling ja schon zappeln lassen: Erst nach einem Jahr kann er sich um eine Arbeitsstelle bewerben und bekommt diese nur dann, wenn sich kein Deutscher oder EU-Ausländer dafür findet.

Während Illegalisierten und zahlreichen MigrantInnen eine medizinische Versorgung verweigert wird, sorgen sich manche um die Attraktivität des deutschen Klinik-Standortes: Deutsche Krankenhäuser sollen sich stärker um reiche Privatpatienten aus dem Ausland bemühen, um sich neue Geldquellen zu erschließen. Dies forderte der Chef des Marburger Bundes (MB), Frank Ulrich Montgomery, auf der Hauptversammlung des Klinikärzteverbandes in Berlin Anfang November. Die Kliniken müssten sich allerdings auf die ausländischen Kranken erst einstellen: "Die kranken Scheichs der Welt sollten in Deutschland gut behandelt werden."

Kosten-Nutzen-Rechnungen und das Selektieren von "nützlichen" und "unnützlichen" MigrantInnen - in diesem Orchester spielen alle Parteien mit, zumindest was die öffentliche Debatte betrifft. Trotz einiger Differenzen im Detail kommt bei dem Schlagabtausch im Wesentlichen eines rüber: "Wir" (wer auch immer das sein mag, wahrscheinlich "die Deutschen") definieren über die Konstruktion des "abweichenden Fremden" das "normale Eigene". Das "Eigene" bleibt dabei aber immer noch ein Platzhalter für beliebige Projektionen. Gleichzeitig wird deutlich gemacht: MigrantInnen muss gesagt werden, dass sie sich anpassen sollen. MigrantInnen müssen ihre Existenzberechtigung in Deutschland erst beweisen und einen Kotau machen.

Unterstellt wird - und das ist das Perfide und Gefährliche an diesem Diskurs -, dass MigrantInnen keinen Respekt vor dem Grundgesetz und der deutschen Sprache zeigen; dass Integration im wesentlichen ein Problem der MigrantInnen selbst sei. Nicht nur die CDU warnt vor "Separierungstendenzen". Auch bei den Grünen wird die Gefahr von "Parallelgesellschaften" beschworen. In der taz betonte Ralf Fücks, Chef der Heinrich-Böll-Stiftung, dass das "Leitbild multikulturelle Gesellschaft" keine "Parzellierung" der Gesellschaft bedeuten dürfe.

Nach dieser Lesart wird das Leben in Communities als Bedrohung halluziniert und die Verweigerungshaltung der Regierung und der Mehrheitsgesellschaft gegenüber MigrantInnen vergessen. Auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt werden Einwanderer benachteiligt und bei Banken, Versicherungen und Behörden entwürdigend behandelt; von der Vorenthaltung politischer Rechte ganz zu schweigen. Bei dem Schlagabtausch bleibt jedenfalls unklar, ob man für die demütigende Ehrerweisung den MigrantInnen mehr gibt als ein schäbiges Aufenthaltsrecht. Die Rede ist immer nur allgemein von "Einwanderung" (Künast) und "Daueraufenthaltsrecht" (CDU-Papier).

Was meint Künast, wenn sie davon spricht, dass "wir" uns mit den Sorgen der Menschen auseinander setzen und auf sie zugehen müssen? Sicher hatte sie bei dieser populistischen Phrase nicht daran gedacht, eine Mauer um Migrantensiedlungen zu bauen wie in Celle und in Hamburg, oder Flüchtlinge in die hinterletzten Ecken deutscher Wälder oder in tote Industriegebiete zu verfrachten, um die Deutschen vor dem Anblick dieser "Anderen" zu verschonen. Aber was dann? Sie stellt diese Forderung des "Auf- sie-Zugehens", gibt aber keine Antworten. Deshalb bleibt dabei so viel Platz, dass alle diese Leerstelle füllen können, wie sie möchten; und die vorherrschende Tendenz in diesem Land ist nun einmal eine - vorsichtig formuliert - fremdelnde Haltung gegenüber MigrantInnen und ein Wohlstandschauvinismus.

Bei der laufenden Debatte haben die Grünen eindeutig die Chance verspielt, den Nationen- und Kulturbegriff allgemein verständlich zu dechiffrieren und die eigene, deutsche Macht- und Definitionsgewalt in Frage zu stellen. Mit dem Abschied vom Multikultibegriff war nicht eine Kritik an den folkloristischen und kulturalistischen Implikationen dieses Konzeptes verbunden; im Vordergrund stand vielmehr die Anbiederung an Vorstellungen, dass es die MigrantInnen seien, die sich absonderten, und nicht die Deutschen, die sich absonderlich verhalten. Künast hat es nicht übers Herz gebracht, von der deutschen Standortlogik Abschied zu nehmen.

Anke Schwarzer

12. "Aufhören, verbal zu zündeln!" Dokumentation (Auszug) der Rede von Paul Spiegel, Vorsitzender Zentralrat der Juden in Deutschland

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Juden in der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:39

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, hat mit seiner Ansprache am 9. November die Gemüter erhitzt. In Auszügen dokumentieren wir Spiegels Rede, die er bei der Berliner Demonstration gegen Rechtsextremismus und anlässlich des Gedenkens an die Pogromnacht 1938 gehalten hatte:

"Heute vor 62 Jahren wurden in ganz Deutschland Synagogen und Gebetshäuser angezündet und geschändet, jüdische Geschäfte und Wohnungen geplündert. Es gab zahlreiche Verhaftungen, mindestens 91 Menschen wurden ermordet. Diese Nacht war das offizielle Signal zum größten und schlimmsten Völkermord in der Geschichte der Menschheit. (. . .)

Die Erinnerungen an die Geschehnisse von damals werden spontan gegenwärtig, wenn wir die Bilder der letzten Wochen und Monate sehen: Wenn Synagogen angegriffen und geschändet werden, wie etwa in Lübeck, Erfurt, in meiner Heimatstadt Düsseldorf und auch hier in Berlin. Wir sehen voll Zorn und Verbitterung die Bilder, wenn Menschen durch die Straßen gejagt werden, wenn sie öffentlich geschlagen, immer öfter auch getötet werden.

Können Sie sich vorstellen, welche Erinnerungen diese Verbrechen in uns Juden auslösen, auslösen müssen? (. . .) Können Sie sich vorstellen, was in uns vorgeht, wenn wir erleben müssen, wie schon wieder deutsche Menschen unsere Synagogen anzünden, unsere Friedhöfe schänden, uns Mord- und Bombendrohungen ins Haus schicken? (. . .)

Was wir fast täglich erleben, hat nichts mehr mit Anfängen zu tun. Wir befinden uns bereits mittendrin im Kampf gegen rechts. (. . .) Ich bin überzeugt, dass die Mehrheit im Land Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ablehnt. Aber diese Mehrheit darf nicht länger schweigen.

Machen Sie Ihre demokratisch gewählten Politiker mitverantwortlich für das, was hier geschieht. Was nützt es, in einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages nach den Attentaten auf die Synagogen in Düsseldorf und Berlin in wohlklingenden Reden den Antisemitismus zu verdammen, wenn einige Politiker am nächsten Tag Worte wählen, die missverstanden werden können? (. . .)

Was soll das Gerede um die Leitkultur? Ist es etwa deutsche Leitkultur, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten? (. . .) In Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu schützen ist die Aufgabe staatlicher Gewalt.' Die Würde des Menschen - aller Menschen ist unantastbar, nicht nur die des mitteleuropäischen Christen! (. . .)

Meine Damen und Herren Politiker: Überlegen Sie, was Sie sagen, und hören Sie auf, verbal zu zündeln! Schützen Sie die Menschen in diesem Land und schaffen Sie Rahmenbedingungen, damit wir alle gemeinsam leben können. Nur so werden Sie allen Bürgern, nicht-jüdischen und jüdischen, sich selbst und der ganzen Welt beweisen können, dass diese Deutschland im Jahr 2000 wirklich eine demokratische Zukunft hat."

13. Gabi liebt Deutschland, wen liebt die PDS?

Autor: mb., Berlin · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:41

Die Frage nach der "nationalen Identität" und die Suche nach dem, was "deutsch" ist, treibt derzeit nicht nur die Union um. Führende GenossInnen im Berliner Karl-Liebknecht-Haus, der Parteizentrale der PDS, sind aus irgendwelchen Gründen zu der Ansicht gekommen, eine solche Debatte könne ihrer Partei auch nicht schaden.

Liebe Genossinnen und Genossen! Deutschland könnte schön sein", so die neue PDS-Parteivorsitzende bei ihrer Antrittsrede auf dem Cottbusser Parteitag. "Ich liebe es und hasse zugleich die Dinge, die es arrogant, laut und hässlich machen. Ich bekämpfe nicht Deutschland, sondern weil ich es liebe, weil ich möchte, dass es ein menschliches, kulturvolles, gebildetes Land auch in den Augen anderer wird, bekämpfe ich das, was Deutschland nicht als gutes Deutschland blühen lässt ... Ganz im brechtschen Sinne" - und so das Brecht-Zitat aus der Kinderhymne aufgreifend, das die Wand hinter dem Podium schmückte.

Am Anfang konnte man noch glauben, es ist einfach der DDR-Sozialisation von Gabi Zimmer geschuldet, dass sie in ihrer Rede auf dem Cottbuser Parteitag solch patriotisch verklärte Töne anschlug. Doch zwei Wochen später legte sie in einem Interview mit der taz nach. "Ich liebe Deutschland, und zwar ganz bestimmte Dinge, und ich hasse Deutschland. Das Laute, Aggressive, Arrogante mag ich an diesem Land gar nicht." So weit also noch eine Variation ihrer Aussage auf dem Parteitag, doch dann kommt Gabi Zimmer so richtig ins Schwärmen. Begeistert erzählt sie von den "herrlichen" Landschaften wie Rhön und Thüringer Wald und berichtet uns von ihrer Liebe zu den "alten deutschen Städten", um dann bedauernd das "schwierige Verhältnis" vieler Linker zu diesem Land zu beklagen.

Die PDS habe ein "verkrampftes Verhältnis" zur Bundesrepublik, so Zimmer. Gutgläubig könnte man hier noch meinen, der PDS-Chefin ginge es um eine Auseinandersetzung mit Teilen ihrer Partei. Doch spätestens als sie vom "verkrampften Verhältnis der Linken zur Nation" spricht, wird klar, dass sie mehr damit meint. Zu guter Letzt gesteht sie noch, dass ihr durchaus "imponiert", wenn am Ende der Parteitage der Kommunistischen Partei Frankreichs "Vive la France!" gerufen wird. Immerhin - auf die Frage, ob sie auch gern "Es lebe Deutschland" rufen würde, antwortete sie mit einem kategorischen Nein. Trotzdem: Zumindest Sehnsucht nach "nationaler Identität" - so viel ist jedenfalls klar - hat die neue Parteivorsitzende der PDS.

Heimatverbundener Zuckerguss

Sind die nationalen Schwärmereien von Gabi Zimmer also nur ein Fehlgriff in den anhaltenden Auseinandersetzungen innerhalb der PDS um die Frage, wie populistisch sie als ostdeutsche Volkspartei mit linkem Selbstverständnis sein darf bzw. muss, oder mehr? Angela Marquardt gab eine eindeutige Antwort: "Mit solchen Positionen ist sie nicht meine Parteivorsitzende." (ND, 30.10.) Dietmar Bartsch hingegen konnte keine Verfehlungen feststellen und wertete den Vorwurf der Deutschtümelei als absurd. Dennoch fühlte sich die neue PDS-Chefin gemüßigt, eine Richtigstellung und Konkretisierung nachzuschieben. Es ginge ihr nicht um ein nationales Bekenntnis, sondern um einen souveränen Umgang mit der Bundesrepublik.

"Natürlich weiß ich, dass solche Worte nicht ‚nationalistisch` gemeint sind", so Winni Wolf, einer der größten Kritiker einer Rechtsverschiebung innerhalb der PDS. "Sie weisen jedoch politisch in eine falsche Richtung, die die PDS verwechselbar mit rechten Parteien macht und ihr - auch bei Wahlen - schaden muss." (SoZ, 26.10.) In die gleiche Richtung argumentiert der PDS-Bundestagsabgeordnete Carsten Hübner, der Zimmers Thesen als "missverstandenen Versuch zu einem Ankommen in der Gesellschaft" wertete. (ND, 30.10.) Roland Claus, der Gysi-Nachfolger in der Bundestagsfraktion, sieht dagegen "nichts, was Gabi Zimmer vorzuwerfen wäre." (ND, 1.11.) Doch selbst der als Oberrealo verschriene Mecklenburger Helmut Holter zeigt mehr politisches Gespür. Eine Debatte über Deutschland bringe einen in die Nähe der CDU-Debatte über die deutsche Leitkultur, so der bislang einzige PDS-Minister.

Nun kann es ja sein, dass für eine Partei wie die PDS, die im Osten Volkspartei ist, andere Anforderungen bestehen als für eine Milieupartei, wie es die Grünen oder die PDS im Westen sind. Doch auch dann gilt, dass die politische Auseinandersetzung um das "Wie" linker Politik, die sich darum bemüht, möglichst viele Menschen für sich zu gewinnen, so geführt werden muss, dass man sich dabei nicht inhaltlich und politisch nach rechts hin verliert. Wer allerdings - zumal in der gegenwärtigen Situation, in der die Union mit dem

Stichwort "deutsche Leitkultur" zum ideologischen Kampf rüstet - eine Debatte um Nation beginnt, steht in der Bringschuld zu beweisen, was das mit sozialer Gerechtigkeit oder linkssozialdemokratischer Politik zu tun hat.

Immerhin haben eine Reihe von PDS-RepräsentantInnen in ihren Kritiken genau auf diesen Punkt abgezielt. So erklärte Petra Pau beispielsweise, "dies alles ist für mich eine politische Herausforderung, keine nationale Bekenntnisfrage." (Berliner Zeitung, 31.10.) Und auch Wolfgang Gehrcke wandte sich gegen den "heimatverbundenen Zuckerguss" von Gabi Zimmer. "Eine weitergehende Gefühlsanstrengung, die Liebe oder Hass zu einem Land zum Ausdruck bringt, schließt das im Falle meiner Person nicht ein", so Gehrcke.

Und auf die eingangs aufgeworfene Frage, wer die PDS angesichts solcher Debatten liebt, gab der erst im vergangenen Jahr von der SPD zur PDS übergetretene Bundestagsabgeordnete Uwe Hiksch zumindest eine indirekte Antwort in Negation: "Eine linke Partei, die den Begriff Nation positiv besetzen will, wird große Teile der kritischen Linken verlieren." (ND, 26.10)

mb., Berlin

14. Realsatire mit ernstem Hintergrund. Der Krieg, die Justiz und der lesende Soldat

Autor: Brigitte Klaß · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:05

Als die NATO am 24. März 1999 ihre Bombenangriffe gegen Jugoslawien begann, verfasste eine Gruppe PazifistInnen einen "Aufruf an die Soldaten der Bundeswehr, die am Jugoslawien-Krieg beteiligt sind". Sie forderte die Soldaten auf, sich auf das Grundgesetz zu berufen und die Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung der Bombenangriffe zu verweigern. Der Aufruf wurde auf Demonstrationen verlesen und verteilt und am 21. April in der taz abgedruckt.

Dies rief die Berliner Staatsanwaltschaft auf den Plan. Dürfen BürgerInnen die Soldaten an ihre Verantwortung und ihre gesetzlichen Rechte erinnern und zur Befehlsverweigerung in einem grundgesetzwidrigen Krieg aufrufen? "Auf gar keinen Fall", meinte die Staatsanwaltschaft und schickte allen in der taz abgedruckten UnterzeichnerInnen einen Strafbefehl wegen Aufforderung zu einer Straftat. (vgl. u.a. ak 434)

Mit Fragen des Völkerrechts belasteten sich die staatlichen Rechtsschützer dabei wenig: "Unabhängig von der völkerrechtlichen Einordnung des Einsatzes", so die immer wieder gebrauchte Formulierung in den Schriften der Staatsanwaltschaft, hätten die Soldaten den Befehl zum Einsatz im NATO-Krieg nicht verweigern dürfen. Denn auch ein völkerrechtswidriger Befehl sei gültig, wenn er nicht kriminellem Unrecht gleichzusetzen sei. Das sei hier jedoch erkennbar nicht der Fall gewesen.

Das hätten die Menschen, denen die NATO-Bomben durch die Dächer krachten, sicher anders gesehen. Letztendlich kam es der Staatsanwaltschaft darauf jedoch gar nicht an. Denn, und dies ist im Text als zentrale Aussage dick unterstrichen: "Der Einsatz der NATO im Kosovo erfolgte jedoch unabhängig von seiner völkerrechtlichen Grundlage allein mit dem Ziel, eine völker- und menschenrechtswidrige Unterdrückung und Vertreibung der Kosovo-Albaner und damit einen Völkermord im Sinne von §220a StGB abzuwenden".

Im Klartext heißt das: Unabhängig von Völkerrecht und Grundgesetz heiligt der "gute Zweck" allemal die Mittel. Die Soldaten haben zu gehorchen, die Bürgerinnen und Bürger sollen sich raushalten, sonst drohen ihnen unangenehme Konsequenzen.

Ist die taz das Lieblingsblatt des Berufssoldaten?

Vor dem Amtsgericht kam die Staatsanwaltschaft mit dieser Position in der Mehrzahl der Fälle nicht durch. Zwar wollten die AmtsrichterInnen, mit der löblichen Ausnahme eines Richters, lieber nicht über die Frage der Rechtswidrigkeit des Kriegseinsatzes urteilen. In der Mehrheit der Verfahren erkennen sie aber immerhin an, dass diese Frage im März 1999 in der Öffentlichkeit umstritten war. Mit Hinweis darauf, dass die Meinungsfreiheit vor dem staatlichen Interesse an der Verfolgung einer Straftat Vorrang habe, sprachen sie daher 32 Angeklagte frei, sieben wurden verurteilt.

Die Staatsanwaltschaft ließ sich davon nicht beirren. Unverdrossen legte sie Berufung ein und brachte die Fälle vor das Landgericht Berlin. Es ist das Verdienst dieses Gerichtes, die einzig wahre und sowohl kulturell als auch militärpsychologisch entscheidende Dimension des Rechtsstreits aufgedeckt zu haben, die bisher verborgen geblieben war: Lesen Berufssoldaten die taz, und wenn ja, schaffen sie es bis Seite 10?

"Auf gar keinen Fall", meinten bisher zwei RichterInnen des Landgerichts und beriefen sich darauf, dass dies schließlich "allgemein bekannt" sei. Und da der Aufruf nicht auf Seite 1 der taz abgedruckt war, hätte er nicht einmal zufällig einem Berufssoldaten ins Auge stechen können. Zusätzlich attestierten sie der taz noch eine seit Jahren sinkende Auflage und einen geringen Verbreitungsgrad. Also, Adressaten verfehlt, Freispruch!

Dies konnte die Staatsanwaltschaft nicht auf sich und der taz sitzen lassen. In seiner Revisionsbegründung setzt der Oberstaatsanwalt denn auch auf den "verständigen Leser", von dem er sich wahrscheinlich mehr Durchblick erhofft als von der richterlich zitierten Allgemeinheit.

Wir wollen dem verständigen Leser und selbstverständlich auch der verständigen Leserin die oberstaatsanwaltliche Logik im Originalton nicht ersparen, schließlich könnten wir das in eigenen Worten nicht treffender formulieren, und schon gar nicht in nur zwei Sätzen:

"Dem verständigen Leser zeigt vielmehr die Auswahl der ‚tageszeitung` als Publikationsmittel, dass die Angeklagte und die übrigen Unterzeichner mit ihrem Aufruf unter anderem die an dem Kosovo-Einsatz unmittelbar und mittelbar beteiligten Bundeswehrsoldaten erreichen wollten. Gerade von der ‚tageszeitung`, die unter den überregional erscheinenden Zeitungen - wie allgemein bekannt - dem politischen Standpunkt des für die bundesdeutsche Beteiligung an dem Kosovo-Einsatz in erheblichem Maße verantwortlichen Bundesaußenministers besonders nahe steht, konnte sich ein angesichts der Begleitumstände - Einsatz ohne Mandat durch den Weltsicherheitsrat - nach Information suchender Soldat mit Recht eine kritische Auseinandersetzung und zugleich eine im Ergebnis den Einsatz befürwortende Haltung erhoffen."

Die Klärung dieser schwerwiegenden Kontroverse liegt jetzt beim Kammergericht Berlin. Dort sind weit reichende Untersuchungen im Gange. Eine Befragung der Kiosk-BetreiberInnen soll Aufschluss darüber geben, welche Zeitungen Soldaten am häufigsten kaufen: tatsächlich die taz, oder vielleicht doch eher den Playboy, den Kicker, Donald Duck oder Auto-Bild?

Und wie soll das Gericht klären, ob die Soldaten es bis Seite 10 schaffen, sollte tatsächlich die taz die Hit-Liste anführen? Fragen über Fragen, die die chronisch überlastete Justiz beuteln. Ein Ende der Prozess-Welle ist jedenfalls noch nicht absehbar. Wir warten gespannt darauf, welche neuen Grundsatzfragen die Gerichtsbarkeit noch aufwerfen wird.

Brigitte Klaß

Die Autorin ist selbst Angeklagte in den Desertions-Prozessen und Mitglied im Arbeitsausschuss des Komitees für Grundrechte und Demokratie.

15. Dayton ade. In Bosnien-Herzegowina bleiben nationalistische Kriegstreiber an der Macht

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:24

In Bosnien-Herzegowina bleiben die nationalistischen Kriegstreiber an der Macht

Auch fünf Jahre nach der Unterzeichnung des Daytoner Abkommens sind in Bosnien-Herzegowina kaum Zeichen der Entspannung zwischen den nationalistischen Kräften zu erkennen, welche die ehemalige jugoslawische Republik Anfang der 90er Jahre in den Krieg stürzten. Bei allgemeinen Wahlen am 11. November setzten sich erneut serbische und kroatische Nationalisten durch. Lediglich die muslimischen Nationalisten erlitten eine Niederlage. Die OSZE hat nun angekündigt die gewählten kroatischen und serbischen Vertreter nicht anzuerkennen. Auch die wirtschaftliche Lage in der knapp 3,5 Millionen Einwohner zählenden Republik ist unverändert schlecht. Leitende Repräsentanten der internationalen Institutionen sprechen vom Scheitern ihrer Politik und drohen mit dem Rückzug von EU und Uno aus dem kleinen Balkanstaat.

Das Daytoner Abkommen, welches Ende 1995 den drei Jahre zuvor ausgebrochenen Krieg beendete, teilt Bosnien in zwei Teile: die in sich weiter aufgesplitterte Muslimisch-Kroatische Föderation einerseits, und die Serbische Republik (RS) andererseits. Sie sind durch ein föderales Parlament, eine dreiköpfige Präsidentschaft und eine Reihe weiterer föderaler Institutionen verbunden. Über allem thront die Verwaltung der sogenannten internationalen Gemeinschaft - der Europäischen Union, der Vereinten Nationen, unter dem "Hohen Repräsentanten" Wolfgang Petrisch. Der Österreicher hat die Befugnis unbotmäßige Politiker auszuschalten und agiert als die letztlich entscheidende politische Instanz.

Mononational statt multiethnisch

Sowohl serbische als auch kroatische Nationalisten betrachten das fragile staatliche Gebilde lediglich als eine aufgezwungene Interimslösung. Sie wollen sich lieber heute als morgen dem benachbarten Kroatien beziehungsweise Serbien anschließen. Die Eigenständigkeit Bosniens als multiethnischer Staat wird dagegen hauptsächlich von der muslimischen Bevölkerungsgruppe verfolgt, welche insgesamt etwa 40 Prozent der Einwohner ausmacht. Nach dem Krieg, in dessen Verlauf etwa 200.000 Menschen ermordet und zwei Millionen vertrieben wurden, ist vom einst multiethnischen Charakter Bosniens allerdings wenig übrig geblieben.

In der Serbischen Republik setzte sich bei den Wahlen erneut die Serbische Demokratische Partei (SDS) des Bürgerkriegsführers Radovan Karadzic durch. Ihr Kandidat Mirko Sarovic gewann die absolute Mehrheit und schickt damit den bisherigen Premier Milorad Dodik in die Wüste. Dodik von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (SNSD) war erst im März 1999 an die Macht gekommen, als der damalige Hohe Repräsentant Carlos Westendorp den radikalen serbischen Nationalisten Nikola Poplasen als Präsident abgesetzt hatte. Der Sieg Sarovics über den vom Westen unterstützten Dodik ist eine klare Absage an die internationalen Institutionen in Bosnien und macht deutlich, wie wenig Akzeptanz sie bei den bosnischen Serben besitzen. Erst kürzlich hatte Richard Holbrook, US-Botschafter vor der Uno und Washingtons Balkan-Troubleshooter, gefordert die nun siegreiche SDS zu verbieten, weil sie Kriegsverbrecher mit zahlreichen Ämtern ausgestattet hätte.

Für die Wahl des SDS Kandidaten Sarovic scheint allerdings nicht nur die unverändert nationalistische Grundstimmung in der RS verantwortlich zu sein, sondern auch die korrupte und inkompetente Amtsführung des von der internationalen Gemeinschaft eingesetzten Dodiks, der in seiner kurzen Amtszeit hauptsächlich durch Skandale glänzte.

Unter der kroatischen Bevölkerung Bosniens setzte sich wieder die national-katholische Kroatische Demokratische Union (HDZ) als stärkste Kraft durch. Ihre Funktionäre drängen auf einen Bruch mit dem muslimischen Teil der Föderation. So soll ein kroatischer Ministaat innerhalb Bosniens entstehen, was die Perspektive auf die Entwicklung multiethnischer Strukturen weiter erschweren würde.

Nach dem Rückzug des Verkünders der Unabhängigkeit und ehemaligen bosnischen Präsidenten Alija Izetbegovic aus der aktiven Politik hat seine muslimisch-nationalistische Partei der Demokratischen Aktion (SDA) eine Niederlage einstecken müssen. Die Sozialdemokatische Partei (SDP) hat nach ihren Erfolgen bei den Kommunalwahlen im letzten April dagegen weiter an Einfluss gewonnen. Damit kann sich zumindest in einem Teil Bosniens eine multiethnische orientierte Kraft konsolidieren. Auf ihrem Chef Zlatko Lagumdzija ruhen nun die vielen Hoffnungen auf eine Lockerung der nationalistisch motivierten Spannungen und eine Verbesserung der sozialen Situation.

Kroaten fordern ihre Minirepublik

Doch für die meisten Bosnier sind die Aussichten alles andere als ermutigend. Noch immer leben Hunderttausende in Notunterkünften, weil sie vertrieben wurden, noch immer nicht zurückkehren können oder ihre Häuser zerstört. Ein halbes Jahrzehnt nach dem Krieg dauern die gewalttätigen nationalistischen Übergriffe an. Erst kürzlich kam es zu Straßenprotesten, als sich in Brcko serbische Schüler weigerten, mit muslimischen und kroatischen Jugendlichen zusammen in die Schule zu gehen. Dabei heizen nationalistische Politiker die Stimmung an. Letztlich können sie nur so auf ihren lukrativen Posten sitzen bleiben, denn über Konzepte zur Verbesserung der deprimierenden sozialen Situation verfügen sie nicht.

Die Arbeitslosenquote in Bosnien-Herzegowina liegt bei 50 Prozent. Ein Durchschnittslohn beträgt unter 100 Mark im Monat. Viele Beschäftigte und vor allem Rentner haben überhaupt kein Einkommen, weil Löhne und Pensionen erst mit Monaten Verspätung oder überhaupt nicht ausgezahlt werden. Die Industrieproduktion liegt bei nur 33 Prozent der Vorkriegsleistung. Und bereits in den Jahren vor dem Krieg war die Produktion auf Grund einer chronischen Wirtschaftskrise stetig zurückgegangen.

Die internationalen Rezepte scheinen Bosnien nicht kurieren zu können. Privatisierungspolitik und Integration in den Weltmarkt funktioniert selbst im Sinne der neoliberalen Ideologieprediger nur, wenn überhaupt jemand Interesse hat zu investieren. Ausländische Unternehmen wollen aber in der Region offenbar nicht aktiv werden. Nicht einmal die extrem niedrigen Löhne kann Investitionskapital in das vom Krieg zerrissene Land locken. In Bosnien selbst fehlt das notwendige Geld, um die wirtschaftliche Entwicklung wieder anzukurbeln. Erst drei Prozent der staatlichen Unternehmen wurden seit Kriegsende privatisiert. Diese sicherten sich meist Politiker, die den Privatisierungsprozess kontrollieren.

Boris Kanzleiter

16. Agonie des Fujimorismus. Fujimori zurückgetreten - Montesinos vor dem Aus

Autor: Albert Sterr · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:34

In Peru kulminierte die innenpolitische Krise im Rücktritt des Präsidenten Alberto Fujimori. Davor war der vorübergehend nach Panama ausgewichene Präsidentenberater Vladimiro Montesinos inkognito nach Peru zurückgekehrt; sein Aufenthaltsort ist offiziell unbekannt. Vor drei Wochen rebellierten in den Anden eine Hand voll Militärs unter Oberstleutnant Ollanta Humala gegen das korrupte Machtgespann aus Armeeleitung, Staatschef Alberto Fujimori und Montesinos. Vergeblich hoffte Fujimori, seine eigene Haut zu retten, schwenkte um und ließ seinen einstigen Intimus mit einer riesigen Operation der Sicherheitskräfte suchen. Diverse US-Dienste erhöhten zusätzlich den Druck auf den Präsidenten. Sie spielten den Schweizer Justizbehörden Hinweise über mehrere Konten von Montesinos zu, auf denen insgesamt 47,6 Millionen US-Dollar deponiert sein sollen.

Das Duo Fujimori/Montesinos fiel der politischen Krise Perus zum Opfer. Während sich Fujimori nach Japan absetzte, dürften sich für Montesinos, während des vergangen Jahrzehnts rechte Hand von Fujimori und de facto Chef des berüchtigten peruanischen Geheimdienstes SIN, die Alternativen auf zwei Optionen reduziert haben, wenn man ihn nicht für immer "verschwinden" lässt: Gerichtsverfahren mit langjähriger Gefängnisstrafe oder Erschießung bei Festnahme. Nach der Veröffentlichung eines kompromittierenden Videos, das ihn bei der Bestechung eines Abgeordneten zeigt, gelang es Mitte September, den Top-Agenten zunächst von den Schaltstellen der Macht ins vermeintlich sichere Exilland Panama abzudrängen. Im Einvernehmen mit Fujimori kehrte er Ende Oktober wieder nach Peru zurück. Dort hält er sich seither inkognito auf.

Wachsender Druck von Seiten der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und insbesondere von den USA veranlassten Präsident Fujimori in den letzten Wochen dazu, sich von seinem ehemaligen Alter Ego zunehmend deutlich zu distanzieren. Vorläufiger Höhepunkt war eine tagelange aufwendige Polizei- und Militäroperation in der Hauptstadt Lima und Umgebung, angeblich mit dem Ziel, Montesinos zu "lokalisieren". Wenige Tage später folgte eine Umbesetzung der Armeespitze. Allerdings stehen die nachgerückten Militärs ebenfalls Montesinos nahe. Am dritten November wurde schließlich bekannt, dass die Schweizer Justiz drei Konten mit insgesamt 47,6 Millionen US-Dollar sperren ließ, die auf den Namen des gesuchten Präsidentenberaters laufen. Montesinos wird der Geldwäscherei verdächtigt, die Dollars sollen aus dem illegalen Drogengeschäft stammen.

Zur Frage, wie die Schweizer Behörden dazu kamen, genau diese Konten zu durchleuchten, schreibt die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) in der Wochenendausgabe vom 4. November, es sei nicht auszuschließen, "dass die amerikanische Drogenbehörde DEA den Schweizern ein paar Hinweise gegeben hat". Abschließend heißt es: "Washington hatte offenbar beschlossen, den einst gestützten, früher mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA liierten Montesinos fallen zu lassen." Zu den Hintergründen deutet die spanische Tageszeitung El Pais am 30. Oktober kryptisch an, dass es "um die Waffenlieferung an die kolumbianische Guerilla" ging, bei der es "später Fragezeichen gab".

Verabschiedet man sich von der These des Mainstreams in der Berichterstattung, dass die Enthüllung des Bestechungsvideos nicht die Ursache der Krise in Peru darstellt, ergeben die einzelnen Puzzleteile durchaus ein kohärentes Bild. Eigentlicher Auslöser für die Turbulenzen der letzten Wochen war der aufgeflogene Waffendeal von Montesinos' Vertrauten in der peruanischen Armee mit der kolumbianischen FARC-Guerilla (vgl. ak 443). Fujimori muss von dieser Aktion zumindest gewusst haben. In den USA, die in der Andenregion ohnehin Befürchtungen hinsichtlich der politischen Stabilität hegen, reifte die Überzeugung heran, dass das Gespann Fujimori/Montesinos auf Grund zunehmender Unberechenbarkeit nicht länger Verbündeter der Vereinigten Staaten bleiben könne. Da die beiden jedoch in Peru selbst - nicht zuletzt dank der US-amerikanischen Hilfe - derart fest im Sattel saßen, musste ein politisch gangbarer Weg gefunden werden, um das seit zehn Jahren fest etablierte Machtdreieck, bestehend aus Fujimori, Montesinos und Armeeführung, aufzubrechen.

Das Problem: Die Funktion der Armee als dominanter Machtfaktor sollte nicht beschädigt werden. Deshalb ist davon auszugehen, dass das völlig überraschende Auftauchen des Bestechungsvideos von US-Diensten

lanciert wurde, um Montesinos loszuwerden, die Debatte auf seine Person zu konzentrieren und von den anderen Mitgliedern des herrschenden Blocks abzulenken.

Montesinos - Mann der USA in der Regierung

Montesinos stand viele Jahre lang auf der Gehaltsliste der CIA. Er war deren "direkter Draht zur peruanischen Regierung", wie es der linksoppositionelle Parlamentsabgeordnete Javier Diez Canseco formuliert. Fujimori, der anfänglich die Entschlossenheit der USA offenbar unterschätzte, nahm seinen engsten Vertrauten zunächst aus der Schusslinie und lobte ihn nach Panama weg. Dort suchten ihn allerdings US-Behörden. Montesinos musste nach Peru zurückkehren. Zunehmend wird klar, dass er zum Bauernopfer auserkoren worden war, auf dessen Rücken die Demokratisierungsfarce mit "Fujimori als Garanten einer demokratischen Transition", so US-Außenministerin Albright Ende September, durchgezogen werden sollte.

El Pais ist sogar der Meinung, dass es für Montesinos derzeit um Leben und Tod geht. Der bereits zitierte Bericht in der Ausgabe vom 30. Oktober über Lösungen der verfahrenen Situation endet mit der These, es bestehe die Möglichkeit, dass diejenigen, die mit Montesinos sprechen, "zu der Schlussfolgerung kommen könnten, dass sein Tod der sauberste Ausweg wäre". Wäre Montesinos tot, könnte er nicht mehr ausplaudern, welche Operationen er gemeinsam mit der CIA gegen die Guerillas Sendero Luminoso und MRTA, gegen die linke Opposition in Peru sowie mit der US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA gegen Drogenhändler in Peru durchführte. Allerdings hätte eine Liquidation Montesinos nur dann Sinn, wenn gewährleistet wäre, dass die kompromittierenden Unterlagen, über die Montesinos verschiedenen Presseberichten zufolge verfügt, nicht an die Öffentlichkeit gelangen.

Die zum Beweis der verbrecherischen Praktiken des ehemaligen SIN-Chefs ausgebreiteten Belege konzentrieren sich auf den Bereich Drogenkriminalität und sind eigentlich altbekannte Tatsachen, die nicht nur vom Fujimori-Regime jahrelang ignoriert, sondern auch von den maßgeblichen US-Behörden abgesegnet worden waren.

Die Aussage des Drogenhändlers Demetrio Penaherrera beispielsweise, der zugab, Montesinos seit Beginn der neunziger Jahre monatlich 50.000 US-Dollar zur Duldung einer geheimen Landepiste für Drogenflugzeuge bezahlt zu haben, stammt aus dem Jahr 1996. Damals platzte die Fortsetzung des Deals, weil Montesinos seine Forderungen auf 100.000 US-Dollar verdoppelte, was Penaherrera als geschäftsschädigend ablehnte. Prompt wurde er festgenommen, sagte vor Gericht aus, konnte jedoch seine Aussagen nicht mehr beeiden, weil er so schwer mit Elektroschocks gefoltert wurde, dass er sein Gedächtnis verlor. Mit anderen Worten: Viele Vorwürfe gegen Montesinos sind altbekannt und zum Teil auch seit Jahren dokumentiert. Das einzig Neue ist, dass sie nun auch von seinem ehemaligen Paten Nordamerika gegen ihn in Stellung gebracht wurden.

Der siamesische Zwilling

Die internationalen Medien verbreiteten derweil das Bild, Präsident Fujimori und Montesinos gehörten verschiedenen Sphären an. Dabei arbeiteten die beiden so eng zusammen, dass sie Canseco treffend als "siamesische Zwillinge" charakterisierte. Der Fujimori-Kritiker geht davon aus, dass die Trennung des Präsidenten von Montesinos definitiv war, weil sie für Fujimori die einzige Chance barg, einen organisierten Rückzug vom Präsidentenamt hinzubekommen. Aber dieser Schachzug war zu durchsichtig, um Fujimoris Sturz zu verhindern. Denn es spricht viel dafür, dass wir erst die Spitze des Eisbergs sehen.

Albert Sterr

17. Schneeschmelze in den Anden

Autor: Rolf Schröder · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:35

Politik kann so spannend wie ein Krimi sein. Der Untergang des Fujimori-Regimes gleicht allerdings eher einer schlechten Soap. Bisher fehlten nur noch die kolumbianischen Drogenkartelle. Bis sich Roberto Escobar, der Bruder des 1993 erschossenen Chefs des Medellin-Kartells, Pablo Escobar, zu Wort meldete. Escobar eröffnete der kolumbianischen Zeitung El Cambio, sein Bruder hätte im Jahre 1990 eine Million US-Dollar für die Finanzierung von Fujimoris Wahlkampf zur Verfügung gestellt. Vermittler des Deals, von dem sich das Medellin-Kartell die problemlose Landung seiner Transportflugzeuge in Peru erhoffte, war ein altbekannter Geschäftsfreund seiner Familie: Vladimiro Montesinos.

Zuvor war schon bekannt geworden, dass Montesinos auch mit der Konkurrenz rege Geschäftsbeziehungen unterhielt. Der engste Berater Fujimoris ließ sich nach Aussagen von Boris Foguel, dem in Panama einsitzenden Ex-Chef des Drogenhändlerrings Die Kamele, für jedes exportierte Kilo Kokainpaste eine Provision von 700 US-Dollar auszahlen. Wer sich weigerte, die fälligen Millionenbeträge zu überweisen, wurde laut Foguel gnadenlos von den peruanischen Behörden verfolgt. Demetrio Chávez, der für das Cali-Kartell pro Monat fünf Tonnen Paste nach Kolumbien flog, handelte mit Montesinos einen Mengenrabatt aus. Er kam mit 50.000 US-Dollar pro Monat davon. Dafür konnte er, von den Behörden unbehelligt, in Ruhe seiner Arbeit nachgehen. Bis er sich in Kolumbien schnappen ließ und nach Peru ausgeliefert wurde. Weil er es dort wagte, gegen seinen ehemaligen Beschützer Montesinos auszusagen, verschwand Chavez erst einmal in einem Marinegefängnis.

Präsident Fujimori selbst hat von den blühenden Geschäften seines Partner Montesinos natürlich nichts gewusst. Die peruanische Regierung hatte Montesinos noch nach dessen Flucht aus Peru ausdrücklich für seine "Verdienste bei der Bekämpfung des Terrorismus und des Drogenhandels" gelobt. Seit bekannt wurde, dass Montesinos rund 48 Millionen US-Dollar auf Schweizer Banken deponiert hat, ist er aber zum Bösewicht der Regierung aufgestiegen und es vergeht kein Tag, an dem nicht weitere Auslandskonten des ehemaligen Geheimdienstchef entdeckt oder neue Anklagen gegen ihn erhoben werden. Schon jetzt hätte sich Montesinos, sollte er jemals vor einem ordentlichen Gericht erscheinen, wegen Anstiftung zum Mord, Folter, Bestechung, Geldwäsche sowie illegalem Waffen- und Drogenhandel zu verantworten. Plötzlich dürfen auch Zeugen aussagen, die jahrelang eingesperrt, eingeschüchtert oder schlicht ignoriert wurden. Wie Demetrio Chávez.

Montesinos, dessen Vermögen von der spanischen Tageszeitung El Pais auf eine Milliarde US-Dollar geschätzt wird, mag derjenige gewesen sein, der sich am peruanischen System am meisten bereichert hat. Insgesamt jedoch sollen etwa 50 Funktionäre des Fujimori-Regimes kräftig abkassiert haben. So war die Führungsspitze der Sicherheitskräfte in Drogen- und Waffengeschäfte verwickelt, ließen Richter und Staatsanwälte Anklagen in Drogenprozessen fallen, wenn Millionenbeträge flossen. Sogar die Steuerbehörde SUNAT erpresste Unternehmen mit Nachforderungen in Millionenhöhe - über die bei Zahlungsunfähigkeit direkt mit Montesinos verhandelt werden konnte.

Derzeit versucht rechtzeitig seine Haut zu retten, wer nicht mit dem morschen Regime untergehen will. Die erst vor wenigen Monaten für teures Geld von Montesinos zusammengekaufte Parlamentsmehrheit ist für Fujimori nach der Fahnenflucht einer ganzen Reihe von Abgeordneten dahin. Exponierte Spitzenfunktionäre wurden durch den Druck der Öffentlichkeit zum Rückzug gezwungen: die Generalstaatsanwältin Blanca Nelida Colan zum Beispiel, deren Aufgabe es war, alle Klagen gegen Montesinos abzublocken. Oder Jose Portillo, der Chef der Wahlbehörde ONPE, der bei den letzten Wahlen mit unnachahmlichen Rechenkunststücken geglänzt hatte. Oder Alejandro Rodriguez Medrano, Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes, der Angeklagte gegen Zahlung von Millionenbeträgen von jedem Verbrechen freisprach.

Rolf Schröder

18. Zeit zum Abtreten, Kumpel! In Manila sortiert Präsident Estrada notdürftig seinen Scherbenhaufen

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:07

Ausgerechnet der frühere oberste Korruptions- und Verbrechensbekämpfer der Philippinen und jetzige Präsident verheddert sich im Korruptionsdickicht. Nicht ob, sondern wann Joseph Ejercito Estrada fällt, ist die Frage.

Und tief wird er fallen, der buchstäblich auf den Wogen einer Masseneuphorie im Sommer 1998 in den Präsidentenpalast Malacanang getragen wurde. Er, der ebenso feiste wie fesche Draufgänger, genoss im Wahlkampf die glanzvollen Massenauftritte, wie er zuvor in Billigproduktionen seine schießwütigen Pistolero-Einsätze im Namen der Geschundenen zelebriert hatte. "Erap", der Kosenamen des einst so populären Schauspielers, das rückwärts gelesen für "Pare" steht und Kumpel bedeutet, ist über Nacht zum Schimpfwort geworden.

Regieren im Spielhöllen-Stil ...

"Joseph Estrada, ein ungeeigneter Führer in diesen komplexen Zeiten", erregte sich am ersten November-Wochenende der Politikwissenschaftler Randy David in seiner Kolumne im Philippine Daily Inquirer, "wird früher oder später abtreten müssen. Das System, für das er steht, wird ebenfalls ein Ende finden. Im Interesse unserer Kinder und Enkel hoffe ich, dass wir dies früher hinkriegen." Und die Stimme seines Herrn, Manilas mächtiger Erzbischof, Jaime Kardinal Sin, rief Estrada ebenfalls zusammen mit Ex-Präsidentin Corazon Aquino zum Rücktritt auf. "Wir wollen keinen Führer", so der Kardinal vor über 50.000 Gläubigen, "der Autorität, aber keine Ehre hat. Wir wollen keinen Führer, der sich immer gut in der Öffentlichkeit in Szene setzen will, doch das Gesicht Gottes vermissen lässt." Als sei ein solches Verdikt in dem vorwiegend katholischen Land nicht schon schlimm genug, kam es für Estrada noch dicker: Unaufhörlich wenden sich enge Weggefährten von ihm ab und bröckeln die Reihen seiner im 1998er Wahlkampf so kraftvoll geschmierten Parteimaschinerie der Laban ng Masang Mamayang Pilipino - Kampf der philippinischen Massen (LAMMP).

Kein Tag vergeht in der Metropole Manila und in anderen Großstädten des Landes, an dem nicht "Erap" zum Rücktritt aufgefordert und in stets größeren Demonstrationen gegen seine Regierung Front gemacht wird. Eine Krähe, heißt es, hackt der anderen kein Auge aus. Doch eben dies geschah und brachte den Stein ins Rollen. Luis "Chavit" Singson, Gouverneur der Provinz Ilocos Sur, hatte Estrada Mitte Oktober beschuldigt, seit Sommer 1998 etwa 550 Mio. Pesos (ca. 27 Mio. DM) an Schmiergeldern aus illegalen Glücksspielen und abgezweigten Tabaksteuern in die eigene Tasche gewirtschaftet zu haben. Das Geld sei für den aufwendigen Lebensstil der Nebenfrauen des Präsidenten und für den Erwerb von Immobilien verpulvert worden. Singson will Estrada einen Teil dieser Gelder höchstpersönlich überreicht haben. Schließlich gehörte er zum Nachtschatten-Kabinett, dessen handverlesene Schar gemeinsam mit dem Präsidenten die Nächte im Präsidentenpalast oder auf dessen Yachten durchzockte.

Kabalen und Korruption sind eigentlich eine Konstante in der Geschichte der philippinischen Republik. Sämtliche Amtsvorgänger Eraps waren darin direkt oder mittelbar verstrickt oder sahen sich gezwungen, deren Auswüchse einzudämmen. Verblüffend waren im Falle Estradas die Unverblümtheit und Rasanz, mit der er seine Klientel und Familie bediente. Zweierlei kam ihm dabei zugute: Sein überwältigender, auf Populismus gestützter Wahlsieg für eine sechsjährige Amtszeit sowie aktive finanzielle und politische Schützenhilfe aus dem Dunstkreis des despotischen Marcos-Regimes. Überhaupt folgte Estrada in vielen seiner Amtshandlungen dem Skript seines einstigen Mentors. Entgegen der Mythenbildung seiner PR-Strategen war Estrada als langjähriger Bürgermeister in Manilas Stadtbezirk San Juan Teil der politischen Infrastruktur der Marcos-Diktatur. Als das Marcos-Regime im Februar 1986 zusammenbrach, stand Estrada abseits und profitierte dennoch von dem Umsturz. Unter dem einstigen Marcos-Vertrauten, Generalstabschef, Verteidigungsminister und von 1992 bis 1998 amtierenden Präsidenten Fidel V. Ramos avancierte er zum Vizepräsidenten.

Den ersten Affront gegen die zahlreichen Opfer und Gegner des einstigen Diktators leistete sich Estrada, als er dafür plädierte, dieses dunkle Kapitel der Geschichte mit der Beisetzung von Marcos' Leichnam auf dem

Heldenfriedhof von Manila zu entsorgen. Das Hofieren der Marcoses und ihrer Günstlinge um Eduardo "Danding" Cojuangco und Lucio Tan, die maßgeblich Eraps Wahlkampf finanziert hatten, ging so weit, dass Cojuangco den Löwenanteil des (zeitweilig beschlagnahmten) Aktienkapitals an dem Lebensmittelkonzern San Miguel Corporation zurückerhielt, erneut an die Spitze dieses Unternehmens rückte und ihm auch noch mehrere Hundert Hektar Land auf Negros (Zentralphilippinen) für den Anbau von Exportprodukten zugeschanzt wurden.

Noch immer warten knapp 10.000 Opfer der Marcos-Diktatur auf eine Entschädigung, die ihnen gerichtlich zuerkannt wurde. Doch auch in diesem Fall ließ sich Estrada auf einen Deal mit der Marcos-Witwe Imelda ein, wonach 150 Mio. Dollar unter die SammelklägerInnen aufgeteilt werden sollten und der Rest in die Staatssäckel fließt.

Wenn immer Marcos politisch in Bedrängnis geriet, beschwor er Feindbilder - "kommunistische Subversion" und "moslemischen Sezessionismus" - und reagierte dementsprechend. Nichts anderes tat Estrada, als er Ende Mai 1999 die Friedensverhandlungen mit der von der Kommunistischen Partei geführten Nationalen Demokratischen Front der Philippinen (NDFP) platzen ließ und sich entgegen einem früheren Votum gegen die US-Militärstützpunkte massiv für das sogenannte Visiting Forces Agreement einsetzte. Dieses gestattet es US-amerikanischen Truppenverbänden, jederzeit und auf unbestimmte Zeit philippinische Häfen anzulaufen, Flugplätze zu nutzen und eventuelle Straftaten von GIs gemäß US-amerikanischer Militärgerichtsbarkeit zu ahnden. Zwar hatten im November 1992 die letzten GIs die vormals größten außerhalb Nordamerikas befindlichen Militärstützpunkte Subic Naval Base und Clark Air Field (neben Basen in Thailand die strategisch bedeutsamsten Brückenköpfe während des Vietnamkrieges) verlassen müssen, doch bereits sieben Jahre später kehrten sie wieder durch die Hintertür auf die Inseln zurück.

... und mit Methoden des Ancien régime

Als veritables Desaster erwies sich Estradas Politik des "totalen Krieges" im Süden des Landes. Das während der Amtszeit seines Vorgängers und Ex-Generals Ramos Anfang September 1996 unterzeichnete Friedensabkommen mit der vormals größten muslimischen Widerstandsorganisation, der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF), ist heute das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben wurde. Die heute bedeutsamste, für Unabhängigkeit einstehende Moro Islamische Befreiungsfront (MILF) zu "pulverisieren", wie Estrada das seit dem Frühjahr wiederholt betonte, hat im Süden des Archipels alte Wunden aufgerissen und Entwicklungsperspektiven in dieser Region verdüstert. Die Konsequenzen: Über eine halbe Million inländischer Flüchtlinge, Verwüstung ganzer Landstriche, eine vielerorts zerstörte Infrastruktur, schwere Rückschläge im Handel und in der Tourismusbranche. Damit provozierte der Präsident in der ihm eigenen Rambo-Manier erneut einen Bürgerkrieg, der in den siebziger und achtziger Jahren weit über 120.000 Menschenleben forderte und von keiner Seite militärisch gewonnen werden kann.

Neuauflage des "Parlaments

der Straße"

In militärischen Geheimdienstberichten ist bereits von einem landesweiten Erstarken der Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) die Rede, die in der Endphase der Marcos-Herrschaft vom US-amerikanischen Außen- und Verteidigungsministerium mit annähernd 30.000 Kombattanten als "weltweit am schnellsten wachsende Guerilla" eingestuft worden war. Da ein Großteil der NPA-Einheiten auf Mindanao agiert und seit Ende letzten Jahres zwischen ihnen und den bewaffneten Formationen der MILF Abkommen taktischer Art getroffen wurden, droht erneut ein verheerender Auszehrungskrieg auf der mit Abstand höchstmilitarisierten Insel Mindanao.

Krieg statt Frieden, Militarisierung statt Entwicklung, weitere Pauperisierung der Armen und schamlose Bereicherung bis in die Spitzen der Regierung haben eine tief greifende politische und Legitimationskrise in Manila heraufbeschworen, die mittlerweile von einer schweren Wirtschaftskrise überlagert wird. Guillermo Luz, Geschäftsführer des mächtigen Makati Business Club, schätzte vor wenigen Tagen, dass 30 Prozent des Jahreshaushalts für "irreguläre Machenschaften" versickern. Internationale Rating Agencies beurteilen die Wirtschaftsaussichten des Landes negativ und sehen die Philippinen im Wettstreit mit Indonesien als "kranken Mann Südostasiens". Die Investitionsbehörde BOI spricht von einem Rückgang ausländischer Kapitalzuflüsse im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von mehr als 80 Prozent. Die Landeswährung, der Peso, sackte

zwischenzeitlich auf einen Tiefststand und büßte allein im vergangenen halben Jahr 25 Prozent seines Außenwerts ein. Estradas Wirtschaftsminister und -berater sind bereits zurückgetreten, selbst das Philippine Chamber of Commerce and Industry (PCCI) empfiehlt Estrada, den Hut zu nehmen. Wie in der Endphase der Marcos-Diktatur hat sich erneut das sogenannte "Parlament der Straße" formiert - ein breites Spektrum aus multisektoralen Organisationen, Kirchenleuten, Studenten und Professoren sowie namhaften Intellektuellen und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Der gemeinsame Nenner dieses außerparlamentarischen Bündnisses: "tama na, sobra na, palitan na" (genug ist genug, die Zeit ist reif für einen Wechsel).

Vieles spricht dafür, dass dieser Wechsel auch außerparlamentarisch durchgesetzt wird und Vizepräsidentin Gloria Macapagal-Arroyo die Nachfolge Estradas antritt. So sehr sich Estrada auch bemüht, ein eingeleitetes Amtsenthebungsverfahren durch zusätzliche Schmiergelder an ihm noch geneigte Gefolgsleute im Abgeordnetenhaus und Senat hinauszuzögern und politischen Gegnern Posten in seinem Krisenkabinett anzubieten, sie gar an Krisensitzungen des Nationalen Sicherheitsrates teilnehmen zu lassen - all das kommt zu spät für den selbst ernannten "Mann der Armen", dessen kurzlebige Amtszeit mit einem Armutszeugnis endet.

Das Militär wird dem nie gedienten "Erap" nicht bis zum bitteren Ende die Stange halten. Es gibt zahlreiche Ex-Generäle die bereits Estradas katastrophale Kriegspolitik in Mindanao harsch kritisierten und die heute mit ansehen müssen, dass ausstehender Sold die Truppen im Süden teils demoralisiert oder Soldaten desertieren lässt. Die in den USA ausgebildete Ökonomin Macapagal-Arroyo wird es schwer haben, den Scherbenhaufen ihres Vorgängers zu beseitigen. Zwar gilt sie als kosmopolitisch, selbstsicher und weitaus redegewandter als Estrada. Doch ob sie einen grundlegenden politischen Wandel einleitet, ist längst nicht ausgemacht. Ihr Vater, Diosdado Macapagal, war Präsident in der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Mit seinem Namen aufs engste verbunden ist eine Politik, die damals "Deregulierung" genannt wurde und erstmals dem IWF und der Weltbank weit reichende Handlungsspielräume in Manila einräumte. Wenn seine Tochter in diese Fußstapfen tritt und weniger schwankend als Estrada die Politiken von IWF-Weltbank-WTO durchsetzt, dürften wirtschaftspolitisch ähnliche Probleme ins Haus stehen wie im Nachbarland Indonesien.

Rainer Werning

19. Die Palästinenser haben sieben Jahre gewartet ... Interview mit Adam Keller, Gush Shalom (Friedensblock), Israel

Interview mit Adam Keller vom Israelischen Friedensblock Gush Shalom

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:03

Adam Keller, 1955 in Tel Aviv geboren, redigiert seit deren Gründung im Jahr 1983 Das andere Israel, die Zeitschrift des Israelischen Rates für einen israelisch-palästinensischen Frieden (ICIPP). Seine Aktivitäten brachten ihn mehrfach hinter Gitter: 1984, weil er sich weigerte, Militärdienst im Libanon zu leisten; 1988, weil er auf 117 Armeepanzer Parolen geschrieben hatte, die zur Kriegsdienstverweigerung in den besetzten Gebieten aufriefen; 1990 für die umfassende Verweigerung jedes weiteren Militärdienstes. 1993 beteiligte Keller sich an der Organisation des Israelischen Friedensblocks (Gush Shalom), nachdem die Regierungsübernahme durch die Labour-Meretz-Koalition dazu führte, dass die etablierten Friedensgruppen fast verstummten. Gush Shalom setzt sich insbesondere für die Anerkennung eines palästinensischen Staates neben Israel ein.

Frage: Die Vorschläge der israelischen Regierung in Camp David gingen so weit wie nie zuvor. Es schien Bewegung in den Positionen betreffend den Status von Jerusalem, die palästinensischen Flüchtlinge und die Siedlungen zu geben. Warum eskalierte dann die Situation in der Weise, die wir nun beobachten müssen?

Adam Keller: Es ist wahr, dass Barak einige Zugeständnisse gemacht hat, die bisher noch kein Premierminister machte, insbesondere was Jerusalem angeht. Aber diese Zugeständnisse waren vom palästinensischen Standpunkt aus viel zu wenig. Die Palästinenser haben gefordert, dass Ostjerusalem die Hauptstadt Palästinas und Westjerusalem die Hauptstadt Israels wird; diese Position ist ein Kompromiss, denn Westjerusalem hat viele palästinensische Viertel von vor 1948, deren Bewohner vertrieben wurden. Die Palästinenser waren bereit, die neuen israelischen Siedlungen zu akzeptieren, die in Ostjerusalem nach 1967 auf konfisziertem palästinensischen Land entstanden sind. Aber sie bestanden darauf, alle arabischen Viertel Ostjerusalems unter vollständige palästinensische Souveränität zu bekommen. Und das wollte Barak nicht zugestehen. Er war bereit, einige Viertel in Jerusalem unter palästinensische Souveränität zu geben und einigen eine Art Autonomie mit palästinensischer Verwaltung unter israelischer Oberhoheit zu gewähren. Insbesondere war er nicht bereit, die Juden und Arabern heilige Stätte - den Tempelberg bzw. Haram al Scharif - unter palästinensische Souveränität zu geben.

Und was die besetzten Gebiete angeht, war er bereit, etwa 90 Prozent des Westjordanlands zu räumen. Das klingt nach sehr viel, aber mit den 10 Prozent, die er annektieren will, würde er das Westjordanland in zwei getrennte Enklaven teilen, und es würde auch bedeuten, dass 100.000 Palästinenser von Israel annektiert würden und nicht in einem palästinensischen Staat leben könnten.

Es ist auch nicht klar, wie vielen Flüchtlingen genau er die Rückkehr nach Israel gestatten würde, aber jedenfalls sehr wenigen im Verhältnis zu dem, was die Palästinenser wollen. Er war also in allen Punkten zu Kompromissen bereit, die aber nicht ausreichten. Und er war nach dem Scheitern oder sogar noch in der letzten Etappe von Camp David nicht bereit, weiter zu verhandeln. Tatsächlich versuchte er, den Palästinensern seine Bedingungen aufzuerlegen, indem er sagte, das ist das letzte Wort, wenn ihr das nicht akzeptiert, wird nicht mehr geredet.

Ist das der Grund, warum die Gewalt nun ausgebrochen ist? Schließlich ist die Situation seit langem schwierig?

Die Situation ist eskaliert und die Spannungen wuchsen andauernd seit dem Scheitern von Camp David. Die Palästinenser hatten ursprünglich beabsichtigt, die Unabhängigkeit im Mai 1999 zu erklären. Das war zur Zeit der Wahlen in Israel, und es wurde Druck auf die Palästinenser ausgeübt, ihre Unabhängigkeitserklärung um anderthalb Jahre zu verschieben, bis September 2000. Die Europäische Union machte in der Berliner Erklärung ein sehr deutliches Versprechen: wenn dieses Datum verstreicht, ohne dass ein Übereinkommen erzielt wurde, wird die EU einen unabhängigen palästinensischen Staat anerkennen. Präsident Clinton

versprach etwa dasselbe. Aber nach dem Scheitern von Camp David nahm Clinton sein Versprechen in sehr grober Form zurück und drohte den Palästinensern sogar, wenn sie die Unabhängigkeit erklären sollten, würden die USA das nicht nur nicht anerkennen, sondern auch harte Sanktionen verhängen.

Als Arafat nach dem Scheitern von Camp David die europäischen Hauptstädte besuchte, erhielt er von den Europäern die sehr klare Botschaft, dass sie einen unabhängigen palästinensischen Staat nicht anerkennen würden. Dasselbe mit den Japanern, die wichtige finanzielle Unterstützung für die Autonomiebehörde leisten.

Die palästinensische Führung hatte das Gefühl, dass Barak sie in eine diplomatische Falle treibt. Die Palästinenser an der Basis merkten, dass die Besetzung weiter geht wie üblich. Der Siedlungsausbau dauert an, die Konfiskationen von Land, die Demütigungen von Palästinensern an den Check-Points, die Verhaftungen von Palästinensern durch israelische Spezialeinheiten mitten in der Nacht.

Die palästinensische Basis mag also aus Verzweiflung Gewaltaktionen aufgenommen haben. Hältst du es für realistisch, dass Arafat mit der Drohung einer neuen Intifada, die aus den Gewalttaten entstehen würde, Druck auf die israelische Regierung ausüben wollte und nun teilweise die Kontrolle verloren hat?

Ich weiß nicht, ob er die Kontrolle verloren hat. Ich denke, es war sicher die Provokation von Scharon auf dem Tempelberg und die Tötung von fünf palästinensischen moslemischen Gottesdienstbesuchern, das war der Auslöser, der alle Palästinenser, die unterschiedlichen Fraktionen, die Führung und die Basis vereint hat. Das war genau das, was sie mehr als alles andere vereinigen konnte.

Und ich glaube nicht, dass Arafat die Kontrolle verloren hat. Ich glaube, er hat die Situation zum größten Teil unter Kontrolle. Ich denke, er versteht sein Volk; er versteht, dass ihre Geduld, seine eigene und die seiner Leute an der Basis, zu Ende geht.

Gegen die überwältigende israelische Übermacht können die Palästinenser mit militärischen Mitteln nichts erreichen. Warum ist es also so schwierig, die Gewalt zu beenden?

Es gibt einige Dinge, die die militärische Überlegenheit ausgleichen. Ich denke, es ist normalerweise so, wenn ein unterdrücktes Volk für seine Befreiung kämpft, dann ist es klar, dass der Unterdrücker oder Eroberer die überwältigende militärische Übermacht hat. Aber es gibt immer noch einige politische Faktoren. Da ist der Fakt, dass die internationale öffentliche Meinung die Tendenz hat, mit dem underdog zu sympathisieren, in diesem Fall mit den Palästinensern; dass die Tötungen palästinensischer Kinder, die das Fernsehen in der ganzen Welt gezeigt hat, dem israelischen Image einen sehr schlechten Dienst erwiesen haben; und Israel ist ein Land, das sein Image in der internationalen öffentlichen Meinung ernst nimmt.

Da ist der Fakt, dass der palästinensische Aufstand sehr großen Eindruck auf die Massen in der arabischen Welt gemacht hat und begonnen hat, die amerikanischen Interessen zu berühren. Es gab einen direkten Angriff auf ein amerikanisches Kriegsschiff in Jemen; es gab sehr viele Demonstrationen in Ägypten, in Jordanien, in der ganzen arabischen Welt. Wenn das so weitergeht, könnte es die pro-amerikanischen Regierungen im Nahen Osten destabilisieren. Der Aufstand hat den Ölpreis beeinflusst, was wiederum die internationale Wirtschaft berührt.

Es gab also viele Faktoren, die die israelische militärische Überlegenheit ausgleichen konnten. In gewissem Maße auch die Demonstrationen der israelischen Friedensbewegung, obwohl wir bisher nicht in der Lage waren, wirkliche Großdemonstrationen zu organisieren. Aber wir versuchen, der Stimme der Unzufriedenheit in der israelischen Gesellschaft Gehör zu verschaffen.

Gush Shalom hat seit langem vorausgesagt, was passieren würde, wenn der Friedensprozess scheitert, und es scheint, dass alle Warnungen wahr wurden. Was unternehmt ihr jetzt, was könnt ihr tun?

Wir haben uns an einer Art Koalition von Friedensgruppen beteiligt, die sehr aktiv gewesen sind, seit die ganze Geschichte losgegangen ist. Wir haben wieder täglich auf der Straße demonstriert, vor dem Verteidigungsministerium in Tel Aviv, vor Baraks Haus in Jerusalem. Wie gesagt, keine Großdemonstrationen, manchmal mit Dutzenden, manchmal mit Hunderten Teilnehmern.

Es gibt eine Krise der gemäßigten Friedensgruppen in Israel. Einige von ihnen beschuldigen die Palästinenser, zu gewalttätig zu sein, und viele drücken ihre Enttäuschung aus. Wir sind der Ansicht, dass diese Leute zwar sehr aufrichtig sein mögen, aber sie haben von den Palästinensern Zustimmung zu Bedingungen erwartet,

denen die Palästinenser nicht zustimmen können. Nicht nur die Anerkennung Israels in seinen Grenzen nach 1967, sondern auch die sehr weitgehende Annexion von Land in den besetzten Gebieten.

Wir versuchen, diese Leute zu beeinflussen, sie wieder zu Aktivitäten in der Friedensbewegung zu gewinnen. Wir versuchen, die Meretz-Partei zu beeinflussen, die wichtigste Linkspartei in Israel, die nun die Tendenz gezeigt hat, ihre Beteiligung an einer Notstandsregierung zu akzeptieren, die auch Scharon und den Likud einschließt. Das wäre ein überaus harter Schlag, wenn die wichtigste jüdische Partei der israelischen Linken sich an einer Regierung mit Scharon beteiligen würde. Wir haben versucht, die radikaleren Mitglieder von Meretz dafür zu gewinnen, gegen eine solche Koalition mit der Rechten aufzutreten. Ich denke, wir hatten da einige Wirkung. Natürlich hoffen wir, dass die ganze Idee einer Notstandsregierung mit Scharon nicht wahr werden wird, falls nun die Situation in den besetzten Gebieten sich beruhigt.

Andererseits ist es ganz gut möglich, dass diese Übereinkunft von Scharm asch-Scheich einfach nicht verwirklicht wird, dann wird die Gewalt weitergehen. Denn viele Palästinenser sind überzeugt, dass Verhandlungen grundsätzlich vergeblich sind. Sie meinen, sie haben sieben Jahre gewartet, um zu einer Übereinkunft mit Israel zu kommen; und in all der Zeit hat die Besetzung angedauert, die Siedlungen sind weitergeführt worden, die Anzahl der Siedler hat sich fast verdoppelt seit der Unterzeichnung des Osloer Abkommens 1993; und sie meinen, dass sie in Verhandlungen nicht fair behandelt werden, weil die USA Israel sehr viel näher stehen als den Palästinensern und daher nicht der ehrliche Makler oder Vermittler sein können. Deswegen bemühen sich die Palästinenser, andere Vermittler zu finden, wie die Vereinten Nationen oder Europa. Wogegen die israelische Seite strikt opponiert.

Noch einmal zu Gush Shalom: Welchen Einfluss haben eure Aktionen auf die politische Klasse oder die Stimmung der Bevölkerung in Israel?

Wir sehen uns in der Funktion eines Katalysators, als eine Gruppe, welche Dinge explizit ausspricht, die andere nicht so klar sagen mögen. Wir haben einige Male den Vorreiter gespielt; schon früher zum Beispiel in der Frage, ob Israel mit der PLO verhandeln sollte. Bis vor zehn Jahren war es Israelis verboten, mit einem PLO-Mitglied zu sprechen. Später kam dann die Frage Jerusalems; wir waren recht einflussreich, indem wir das Tabu der israelischen Politik gebrochen haben, über Konzessionen in Jerusalem zu sprechen.

Wir werden auch in diesem Fall versuchen, den Leuten verständlich zu machen, wie es zu diesem Gewaltausbruch kam; warum die Palästinenser mehr fordern, als Barak ihnen zu geben bereit ist. Wir erwarten nicht, dass wir jemals zu einer Massenbewegung werden und in die Position gelangen, bestimmte Maßnahmen selber durchzusetzen. Wir arbeiten daran, dass die Dinge, die wir sagen und auf die Tagesordnung setzen, nach und nach auch von anderen akzeptiert werden.

Das hier leicht gekürzte Interview führte und übersetzte Fritz Viereck. Es wurde am 18. Oktober in "Kalaschnikov - Das Magazin für militanten Pazifismus" der DFG/VK Marburg, von Radio Unerhört Marburg gesendet.

Scharons Provokation war nur der Auslöser des palästinensischen Aufstandes.

Auch gemäßigte Friedensgruppen erwarten die Zustimmung der Palästinenser zu unannehmbaren Bedingungen.

Enttäuscht von den USA, suchen

die Palästinenser neue Vermittler.

20. Phänomen Haider. Ein Streitgespräch zwischen Franz Schandl und Heribert Schiedel

Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:06

Franz Schandl gehört dem Kritischen Kreis Wien an und ist Herausgeber der Zeitschrift Streifzüge. Ein längerer Aufsatz von ihm mit dem Titel "Das Phänomen Haider - Prototyp einer neuen Rechten in Europa" erschien in Krisis Nr. 23. Heribert Schiedel ist Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes und hat sich in zahlreichen Veröffentlichungen mit der Erfolgsgeschichte der FPÖ auseinander gesetzt. Er ist u.a. Autor im "Braunbuch Österreich", das im Herbst im Konkret-Verlag erschienen ist. Das Gespräch führte Thomas Binger vom Essener Lokalradio Neue Essener Welle.

Wo liegen die Ursachen für die scheinbar unaufhaltsame Erfolgsgeschichte der FPÖ, von der 5%-Partei zur heute zweitstärksten politischen Kraft und zur Regierungspartei?

Heribert Schiedel: Ich halte die FPÖ für den parteiförmigen Ausdruck des Rechtsextremismus in Österreich, und insofern ist der Erfolg zu einem Großteil nur erklärbar mit einem Blick auf österreichische Besonderheiten, die ich hier nur stichpunktartig nennen kann. Konkret geht es um die Kontinuitäten, weniger des Nationalsozialismus im engeren Sinn, sondern eines Traditionsstranges der viel weiter zurückreicht und auch über 1945 hinausweist, nämlich die Kontinuität des Antisemitismus. Bei der Motivation, die FPÖ zu wählen, spielt die rechtsextreme Disposition weiter Teile der österreichischen Bevölkerung eine besondere Rolle. Antisemitische, rassistische und autoritative Einstellungen sind in der Wählerschaft der FPÖ überproportional stark vertreten.

Franz Schandl: Die zentrale Frage bei der Analyse von Haider ist m.E. die, in welches Kontinuum man ihn stellt. Stellt man ihn primär in das Kontinuum einer deutsch-österreichischen Geschichte, oder begreift man ihn als typisches Krisenphänomen, wie es auch in anderen europäischen Staaten zu beobachten ist. Der zentrale Punkt der ihn von Typen wie Le Pen oder Schönhuber unterscheidet, ist seine Medienkompatibilität. Wenn man sich die meisten Zeitungen und Fernsehsendungen anschaut, dann sind die in einem gewissen Sinn tendenziell freiheitlich. Damit meine ich nicht nur die politischen Sendungen, sondern durchaus auch die Unterhaltungssendungen.

Das heißt, Haider ist ein Phänomen einer extremen Mitte. Das ewig Morgige führt das ewig Gestrige mit sich. Nur lässt sich das ewig Morgige, Zukunftgerichtete nicht primär aus der Vergangenheit ableiten. Und daher müsste die gesellschaftliche Mitte zentral in der Analyse Haiders sein. Denn es ist sicherlich nicht eine extreme Rechte die wächst, sondern eine Mitte, die sich in Krisensituationen extrem zuspitzt und ihre Werte auf den Punkt bringt.

Es geht bei den Rückbezügen der FPÖ auf den Nationalsozialismus darum, ein bestimmtes Publikum, was 100%-ig in der FPÖ aufgehoben ist, zu befriedigen. Ich sage ja nicht, dass das nicht zur FPÖ gehört. Ich sage nur, dass sich aus diesen Aspekten nicht unmittelbar auf das Wesen der FPÖ schließen lässt. Die Differenz ist ja nicht, dass ich sage, die FPÖ ist nicht antisemitisch oder rassistisch. Das wäre ein ziemlich dummes Urteil. Ich sage nur, man kann nicht aus der Geschichte des Antisemitismus und seinen Äußerungen, von den Nationalsozialisten bis zum Österreich des Jahres 2000, eine Generalthese ableiten.

Heribert Schiedel: Ich denke schon, dass man bei der Erklärung der Erfolge der FPÖ, aber auch bei dem Versuch einer Erklärung ihres Wesens, den Schwerpunkt genau auf diese Traditionen und Kontinuität legen muss. Und diesbezüglich stimmt die These von der völkischen Version des Neoliberalismus nur zur Hälfte. Die FPÖ ist nämlich wie jede rechtsextreme Bewegung enorm heterogen. Sowohl in der sozialen Zusammensetzung ihrer Funktionärinnen und Funktionäre, aber vor allen Dingen in der Zusammensetzung ihrer Wählerschaft. Diese unterschiedlichen Klientel müssen natürlich bedient werden. Das was Franz Schandl als postmoderne Flexibilität bezeichnet, ergibt sich aus der Notwendigkeit, diese unterschiedlichen Milieus zu bedienen. An das Milieu der neuen Selbstständigen, dieser Yuppie-Boutiquen-Bourgeoisie, die auch zu einem großen Teil die FPÖ wählt, an dieses Milieu der Modernisierungsgewinner richten sich die neoliberalen Versatzstücke in der Programmatik und der Regierungspolitik der FPÖ.

Aber dann gibt es in der politischen Agitation sehr wohl auch ein meiner Meinung nach dominantes "sozialistisches" Moment. Man muss es - auch wenn es Demagogie ist - Jörg Haider schon abnehmen, wenn er behauptet, er ist der Anwalt der kleinen Leute. Gerade die aktuellen Spannungen innerhalb der österreichischen Regierung verweisen auf eine gewisse Schwierigkeit, diesen Spagat zu halten. Die FPÖ hat ja die Sozialdemokratie in Wirklichkeit beerbt und die national-"sozialistischen" Versatzstücke in der Agitation und Rhetorik der FPÖ zielen genau auf dieses Klientel, dass bei der letzten Wahl mehrheitlich FPÖ gewählt hat. Konkret haben 47% der unselbstständig Beschäftigten bei der letzten Wahl der FPÖ ihre Stimme gegeben. Und dieses Klientel bedient man natürlich nicht mit Klassenkampfparolen, sondern mit diesen Versatzstücken der NS-Demagogie.

Auf welchen Mechanismen basiert der Erfolg in der populistischen Selbstinszenierung Haiders und der FPÖ?

Franz Schandl: Wenn man versucht, den Populismus zu definieren, dann ist er nichts anderes als die unmittelbare Umpolung der Volksstimmungen, während die traditionelle Politik noch darauf aus war, die Bevölkerung nach Interessen zu modeln. Aber Haider unterscheidet sich von allen anderen Politikern dahingehend, dass er das gängige Starprinzip der Gesellschaft am besten zu personalisieren verstanden hat. Es gibt keinen Politiker in Europa, der dem Medienzeitalter und der ganzen Inszenierung der Zeitgeistmagazine, der ganzen Boulevardpresse so adäquat ist, wie Jörg Haider. Es ist ganz egal, was er tut, er kommt vor, weil er mit seiner Art ankommt. Daher müsste eine Analyse Haiders diesen kulturindustriellen Aspekt der Medienkompatibilität mehr ins Zentrum rücken, als das bisher der Fall ist.

Ist Jörg Haider ein spezifisch österreichisches Phänomen? Oder ist er als Prototyp einer neuen Rechten in Europa zwar nicht beliebig kopierbar, aber doch adaptierbar, und somit auch für die Bundesrepublik vorstellbar?

Herbert Schiedel: Die Integrationsfähigkeit der bürgerlichen Parteien hält m.E. in der Bundesrepublik noch an, auch wenn das rechtsextreme Potenzial in Deutschland nicht kleiner als in Österreich ist. In Österreich funktionierte die Fähigkeit zur Integration dieses Potenzials bis 1986. Und die Entwicklung danach hängt sicherlich auch mit der Person Haiders und seiner kulturindustriellen Kompatibilität zusammen. Aber in dieser Entwicklung findet sich auch sehr viel spezifisch Österreichisches, und insofern ist das Phänomen Haider nicht universalisierbar. Den Unterschied sieht man z.B. in der Reaktion der französischen Gesellschaft auf Le Pen und den kurzfristigen Aufstieg des Front National Ende der achtziger Jahre. Vergleichbare Reaktionen hat es in Österreich nicht gegeben. Das heißt, es gibt unterschiedliche Traditionen des Politischen, der gesellschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen, die es meiner Meinung nach verbieten, das Phänomen zu universalisieren.

Im Unterschied zu Deutschland, das bis 1989 unter alliierter Kontrolle stand, und von daher gezwungen war sich - wie auch immer - mit dem Nationalsozialismus auseinander zu setzen, war in Österreich die Opferthese vorherrschend. Der Opfermythos war Staatsideologie und Alltagsreligion. Diese Opferideologie geriet Mitte der achtziger Jahre allerdings in die Krise, und darin sehe ich einen der Hauptgründe für den beginnenden Aufstieg von Haider und der FPÖ. Die österreichischen politischen Eliten mussten als Vorleistung für den EU-Beitritt ab Ende der achtziger Jahre offen von einer Schuld Österreichs sprechen. Und den Spalt, der sich auftat, zwischen der Masse der Normalverdränger und den politischen Eliten auf dem Weg in die EU, nutzte Haider. Das populistische Motiv "ich bin auf eurer Seite, gegen die da oben" wurde hier eingeübt.

Franz Schandl: Ich würde das eher unter dem Gesichtspunkt eines europäischen Paradigmas sehen. Also eher Haider als Prototyp eines neurechten Politikers verstanden wissen wollen. Insofern halte ich Österreich also nicht für ein Exotikum, sondern eher für einen Vorreiter, für eine Avantgarde möglicher Entwicklungen. Der Punkt, warum es in Deutschland keine so erfolgreiche Partei wie die Freiheitlichen gibt, ist eher darauf zurückzuführen, dass die deutsche Rechte den Schritt der Modernisierung noch nicht getan hat.

Und das zweite ist, dass die christkonservativen Parteien, die CDU und vor allem auch die CSU, eindeutig rechts von der ÖVP angesiedelt sind und sicherlich auch in diesem Spektrum mehr abdecken. Aber meine Prognose ist eigentlich, dass Haider versuchen wird, diesen Schritt nach Deutschland und vielleicht darüber hinaus nach Europa zu tun. Sprich: Europawahlen oder Gründung einer spezifischen deutschen freiheitlichen Partei.

Wie beurteilt ihr die Beendigung der sog. EU-Sanktionen gegen Österreich? Haben die EU-Maßnahmen zu einer kollektiven nationalistischen Abwehrreaktion der Mehrheit der Bevölkerung geführt und damit Haider und die FPÖ gestärkt?

Heribert Schiedel: Dies ist auch die Einschätzung der "Drei Weisen", deren Bericht dazu geführt hat, dass die sogenannten Sanktionen, um echte ökonomische oder politische Sanktionen hat es sich ja ohnehin nie gehandelt, aufgehoben wurden. Als Grund für die Aufhebung der Sanktionen nennt der Bericht genau diesen nationalistischen Schulterschluss zwischen Bevölkerung und Regierung. Nur muss man sehen, dass das nationalistische, rassistische und antisemistische Ressentiment unabhängig vom realen Verhalten der anderen existiert. Auch ohne die Sanktionen hätten es Haider und die Regierung geschafft, diese Bunkermentalität und diesen Burgfrieden durchzusetzen.

Franz Schandl: Ich denke, das Dilemma der Sanktionen war, dass man auf der einen Seite zwar etwas Richtiges angesprochen hat, nur wenn man es weitergetrieben hätte, hätte man sich selbst natürlich auch in Frage stellen müssen. Und vor der Drohung, das österreichische Volk zu den Sanktionen zu befragen, ist die EU knieweich eingegangen. Die Folge davon ist, dass die Regierung nun mehr oder weniger ein Unbedenklichkeitszertifikat hat und die Haider-Partei zumindest einen europäischen Genehmigungsschein, den sie sonst niemals bekommen hätte.

Wie ist angesichts der aktuellen Popularitätseinbrüche der FPÖ die Rolle Haiders zu sehen, der sich ja relativ geschickt in sein Kärntener Exil zurückgezogen hat?

Franz Schandl: Haider hat sich nie aus der Bundespolitik rausgezogen. Zu den Koalitionsausschusssitzungen ist der Haider immer mit seinen Leuten hingegangen. Das ist im Prinzip mehr eine Geschichte für die ausländischen Medien gewesen. Es wird außerdem jetzt schon wieder diskutiert, ob er kommen soll. Wenn man sich die Großauftritte der letzten Wochen in der Wiener Stadthalle anschaut, dann ist ganz klar, wer der Führer dieser Partei ist. Alle Versuche, die von den bürgerlichen Medien ausgehen, diese Partei zu spalten, sind völliger Unsinn.

Außerdem muss man festhalten: Das Freiheitliche Projekt in Österreich ist noch immer ein Bundesprojekt. Je weiter es nach unten geht, also auf die Landes- oder Kommunalebene, wird die Haider-Partei immer schwächer. Außer in Kärnten. Und es ist auch so: Die FPÖ hat zwar mehr Stimmen als die ÖVP, aber nur 10% der Parteimitglieder der ÖVP. Die Massen, die die FPÖ wählen, sind also nicht die Aufmarsch- und Mitmachmassen, sondern eher so eine Art Fernsehmeute, die Haider immer wieder zu mobilisieren versteht. Das ist auch der Unterschied zwischen einem primären Populismus, wie er in den zwanziger und dreißiger Jahren en vogue war, und einem sekundären Populismus, der sehr am Fernsehen und an der Kulturindustrie hängt.

Heribert Schiedel: Ich sehe auch diesen Rücktritt vom Parteivorsitz als eine, wie wir sagen, Schmäh. In der Realität hat Haider in der Partei das Sagen. Aber ganz umsonst ist das nicht passiert, und es hat insofern eine Bedeutung, als Haider jetzt folgendes praktiziert: Er spielt als Kärntener Landeshauptmann und als einfaches Parteimitglied, wie er sich selbst gerne bezeichnet, Ein-Mann-Opposition. Auf der einen Seite gegen die eigene Regierung, der er Verrat an den Interessen der kleinen Leute vorwirft, und dadurch, und das halte ich für besonders gefährlich, dass er das Oppositionsspiel, das die FPÖ in den letzten fünfzehn Jahren gespielt hat, nach außen trägt. Früher hieß es immer: die kleinen und anständigen Inländer, gegen die bösen Bonzen und Bürokraten, und gegen die Arbeiterverräter in der Gewerkschaft. Und jetzt wird das übertragen auf ganz Österreich: wir, die kleinen Österreicher, gegen die böse Brüsseler Bürokratie, gegen das deutsch-französische Direktorium der großen Länder. Es gelingt ihm also, diesen Mechanismus auf eine höhere Ebene zu heben und weiterhin, obwohl er schon in der Regierung ist, auf Opposition zu machen. Und das sehe ich auch als Voraussetzung für seinen nächsten Erfolg. Und ich bin mir sicher, dass er spätestens 2003 ganz unbefleckt und quasi wieder aus dem Nichts, ohne durch Maßnahmen der Regierung wie Studiengebühren oder Sozialabbau beeinträchtigt zu sein, vom Oppositionsführer zum Kanzlerkandidaten mutieren wird.

Schiedel: "Konkret geht es um einen Traditionsstrang der viel weiter zurückreicht, nämlich die Kontinuität des Antisemitismus."

Schandl: "Haider ist ein Phänomen

der extremen Mitte."

Schiedel: "Den Spalt der sich auftat, zwischen der Masse der Normalverdränger und den politischen Eliten auf dem Weg in die EU, nutzte Haider."

Schandl: "Die Massen, die die FPÖ wählen, sind also nicht die Aufmarsch- und Mitmachmassen, sondern eher so eine Art Fernsehmeute, die Haider immer wieder zu mobilisieren versteht."

21. Schwarzes Gift des Dschungels. Ölverschmutzung verseucht Urwalddörfer in Guatemala

Autor: Andreas Boueke · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:29

In Guatemala galten Umweltfragen bis vor wenigen Jahren als nachgeordnetes Thema. Nach 36 Jahren Bürgerkrieg hatte man andere Sorgen. Doch seit einiger Zeit werden vor allem die Erdölbohrungen im tropischen Regenwald zunehmend kontrovers diskutiert, fördern Journalisten und Umweltaktivisten Beweise über illegale Förderpraktiken und ökologische Katastrophen zu Tage. Im Oktober recherchierte ak-Autor Andreas Boueke in eigener Regie umfangreiches Material über die Aktivitäten der US-Firma Basic Resources in den guatemaltekischen Urwaldregionen Peten und Alta Verapaz. Nun ist der Erdölkonzern stark um sein Image besorgt. Es mehren sich obskure Zwischenfälle. Kürzlich wurde die Leiche eines Kontrolleurs des Energieministeriums am Ufer des Flusses Chixoy (Alta Verapaz) gefunden worden. Boueke fürchtet seitdem um seine eigene Sicherheit und die seiner Informanten. Die folgende Reportage entstand während Bouekes Recherchearbeiten.

Das Flugzeug landet auf einer Rasenpiste mitten im Urwald. Neben mir in der Maschine sitzen mehrere Mitarbeiter des Energiekonzerns Basic Resources, ein Subunternehmen des US-amerikanischen Multis Union Pacific Resources. Basic ist eines der einflussreichsten Unternehmen in Guatemala.

Endlich kann ich die Ölförderstation Xan betreten. Es hat mehrere Wochen gedauert, bevor der Präsident von Basic, Rodolfo Sosa, meinem Ersuchen nach einem Interview stattgegeben hat. Schließlich bot er eine Reise in den Urwald an: "Sie sollen selbst sehen, welches unsere vorrangigen Ziele sind. Zuerst kommt die Sicherheit des Personals und der Gemeinden in der Umgebung. Die höchste Priorität hat jedoch der Umweltschutz."

Wir betreten die Büroräume der Förderstation. Der Verantwortliche für industrielle Sicherheit, Italo Maroquin, kommt auf mich zu und führt mich auf einen Gang über die Anlage. Was ich nicht zu sehen bekomme, ist Öl. Die schwarze Flüssigkeit verbirgt sich in sauberen Silos. Lächelnd erklärt mir Maroquin: "Basic muss internationale Gesetze befolgen, die von uns sehr streng gehandhabt werden. Außerdem begutachten uns mehrere Institutionen. Doch bisher hatten wir noch keine Probleme."

Auf dem Weg zurück in die Büroräume treffen wir Aroldo Ortiz, einen Kontrolleur des Energieministeriums. Ihm gefällt die Arbeit im Regenwald: "Wir vom Ministerium achten darauf, dass die Umwelt nicht geschädigt wird. Außerdem hat das Unternehmen ein sehr gutes Naturschutzprogramm durchgesetzt."

Am nächsten Tag besuchen wir die Bohrlöcher. Italo Maroquin zeigt mir mehrere Stellen, an denen bis zu sechshundert Meter tief gebohrt wurde, um das Öl aus der Erde zu pumpen. Während der Bohrphase mussten zahlreiche Wege geschlagen und Bäume gefällt werden. Das Bemühen des Unternehmens um Wiederaufforstung ist offensichtlich. Mireya Achila, die Verantwortliche für das Umweltprogramm von Basic und ehemalige Direktorin der staatlichen Umweltbehörde CONAMA ist zufrieden mit der geleisteten Arbeit: "Ich trage meinen Teil dazu bei, dass sich diese Industrie im Rahmen von Umweltschutzauflagen entwickelt, die von der Gesellschaft akzeptiert werden."

Nach zwei Tagen verlasse ich die Bohrstation Xan. Ich entscheide mich jedoch, eine weitere Förderanlage zu besuchen, diesmal ohne Begleitung der Basic-Leute. Die Station Rubelsanto im Norden des guatemaltekischen Bundesstaats Alta Verapaz ist älter als die in Xan und schwierig zu erreichen. Ich fahre viele Kilometer über schlammige Wege, entlang der Ölpipeline von Basic, die zumeist oberirdisch durch den Dschungel führt. Ich erreiche Rubelsanto im Dunkeln. Die von Scheinwerfern hell erleuchtete Station von Basic aber ist schon von weitem zu sehen.

Die einzige Herberge in dem Gebiet befindet sich in Playitas, einem Dorf wenige Kilometer entfernt von Rubelsanto. Am Morgen suche ich nach Interviewpartnern: der Gemeindevorsteher, Mitglieder des Dorfrats, Personen auf der Straße. Offenbar spricht niemand gern mit Fremden über "la compania" - so nennen sie den Konzern Basic Resources.

Vor dem Eingang zum Wohnblock der Angestellten von Basic sitzen zwei Männer auf einer einfachen Holzbank. Als ich sie anspreche, bieten sie mir einen Platz an. Sie warten darauf, von dem Unternehmen als

Tagelöhner angeheuert zu werden. Als ich von meinen Beobachtungen berichte, wie sehr sich der Konzern um den Umweltschutz bemüht, reagiert einer der beiden Männer, Cristobal Perez, verärgert: "In der Nähe vom Bohrloch 102 gibt es einen überschwemmten Brunnen. Er liegt versteckt im Wald. Die Chefs aus der Hauptstadt kommen nie dorthin. Während der Regenzeit wird das Öl überall hingespült und das Flusswasser verseucht. Leute, die flussabwärts wohnen, trinken dieses Wasser. Aber die vom Umweltschutzprogramm kümmern sich nicht darum." Ich bin überrascht: "Sie sagen, hier in der Nähe sei eine ölverschmutzte Stelle?" Cristobal Perez bestätigt: "Ja, keine zwei Kilometer entfernt. Aber der Zugang ist schwierig."

Ein Pfad führt von der Straße bis zu dem Bohrloch 102. Es gibt dort weder einen Zaun, noch ein Schild, das den Zugang verbietet. Der Platz sieht genauso aus wie die Bohrlöcher in Xan: alles sauber, viele kleine Bäumchen. Man muss bis zum Ende des Parks gehen, wo der Weg aufhört. Danach geht es weiter durch den dichten Dschungel. Doch plötzlich tauchen schwarze Flecken auf dem Waldboden auf. Schilfblätter voller Öl ragen meterhoch. Das Wasser der vier Tümpel und des kleinen Sees ist schwarz. Mindestens zwei Hektar sind bedeckt mit schwarzem Gift.

Ich mache Fotos von einer ölverschmierten Bucht, von scheußlichen Flecken auf den Bäumen und von schwarzem Gras. Ich entscheide mich, sofort in die Hauptstadt zurückzukehren, um die Fotos in Sicherheit zu bringen. Zwei Tage später bin ich wieder in Rubelsanto. Die Stimmung hat sich verändert. Die Verwalter der Förderstation haben von meinen Recherchen erfahren. Ein Wachposten steht am Eingang des Bohrlochs 102. Autos fahren hin und her. Offenbar haben sie begonnen, die Verschmutzung zu säubern. Das wird einige Tage lang dauern. Jedenfalls kann ich nicht mehr zurück zu den Tümpeln.

Mir ist schwindelig, ein wenig Fieber. Ich gehe zur Gesundheitsstation. Ein Arzt mit grimmigem Blick öffnet mir. Wir sprechen über die Krankheiten in der Region. Er will seinen Namen nicht sagen und schon gar kein Interview vor der Kamera geben. Stattdessen beginnt er, mich auszufragen: "Wie heißen Sie?" "Für wen arbeiten Sie?" Ich nenne ihm meinen Namen und sage, dass ich ein selbstständiger Journalist aus Deutschland bin. Plötzlich tauchen zwei Herrn von der Unternehmensverwaltung auf. Auch sie möchten ihre Namen nicht nennen. Aber sie bieten mir ihre Unterstützung an, weil es besser sei, wenn ich mit ihnen direkt spreche, anstatt "dritte Personen" zu interviewen. Wir vereinbaren, dass ich sie am nächsten Morgen aufsuchen werde.

Die Leute in der Siedlung wissen inzwischen, dass mir Cristobal Perez von der Verschmutzung berichtet hat. Einer seiner besten Freunde ist wütend, weil Cristobal seiner Meinung nach "la compania" verraten habe. Die Verantwortlichen von Basic haben mehreren Personen Arbeit gegeben, mit der Auflage, dass sie mit niemandem über die Säuberungsaktion sprechen.

Ich bin auf dem Weg zur Herberge in Playitas. Plötzlich überholt mich ein Wagen von Basic und versperrt mir den Weg. Ein Mann steigt aus. Er lacht mich an: "Ein Freund möchte mit Ihnen sprechen." Er reicht mir ein Telefon. Am anderen Ende der Leitung spricht Rodolfo Sosa, der Präsident von Basic Resources selbst. Das letzte Mal musste ich rund zwanzig Mal anrufen, um ein Interview mit ihm zu bekommen. Diesmal scheint er nervös zu ein. Er möchte mir "einige Dinge erklären". Er sagt, die Station von Rubelsanto sei älter als die von Xan. Früher hätten andere Unternehmen hier gearbeitet. Jetzt bemüht sich seine Firma darum, die Verschmutzung zu säubern, die die anderen zurückgelassen haben.

Der Mitarbeiter von Basic bietet mir eine Unterkunft in den Wohnblöcken der Förderstation an. Ich willige ein, aber zuerst fahre ich nach Playitas. An den Holzwänden der Hütten ist deutlich zu sehen, dass das Hochwasser während der Regenzeit das ganze Dorf versenkt hat. Das Wasser ist bis zu den Dächern gestiegen. Jedes Jahr müssen die Bewohner ein paar Tage lang anderswo unterkommen, während sich das Öl der verschmutzten Bohrlöcher über ein riesiges Gebiet ausbreitet.

Es wird dunkel. Ich besuche das schäbige Bordell vor den Wohntrakten von Basic. Die Frauen wissen bereits, wer ich bin. Wir sprechen über das Unternehmen. Sie sagen, sie seien in den Urwald gekommen, weil sie in ihrem Gewerbe gut an den Männern von Basic verdienen. Der Doktor kontrolliert die Tür. Er stellt sicher, dass an diesem Abend keiner der Angestellten des Konzerns in die Spelunke kommt. Niemand soll mit mir sprechen.

Ein kleiner Junge kommt zu mir an die Bar. Er sagt, dass vor der Tür ein Mann auf mich wartet. In der Dunkelheit erkenne ich eine dunkelhäutige, muskulöse Gestalt - Typ Leibwächter. Er nennt keinen Namen,

sagt mir aber, dass er in Rubelsanto lebt. Er erwähnt weitere verschmutzte Stellen und erklärt, er sei froh über meinen Besuch. Wir verlassen die Straße und unterhalten uns an einem geschützten Ort. Jetzt berichtet er: "Es hat Sitzungen gegeben, in denen über sie gesprochen wurde. Man will mit ihnen reden, um zu sehen, ob sich eine Lösung finden lässt. Das ist immer so. Wenn jemand kommt und eine Untersuchung macht, dann kaufen sie ihn." Er erklärt mir den Weg zu einer anderen verschmutzten Stelle.

Am nächsten Morgen stehe ich vor Morgengrauen auf. Der Wachposten am Eingangstor lässt mich hinaus. Ich fahre den beschriebenen Weg bis in die Nähe vom Bohrloch 101. Der verseuchte Tümpel befindet sich nicht weit entfernt von der Straße. Der Waldboden in der Umgebung ist bedeckt von einer dicken schwarzen Schicht. Es stinkt nach Benzin. Nur wenige Meter entfernt führt eine Pipeline an dem Tümpel vorbei. Nach einigen Minuten habe ich genug gesehen. Ich gehe zu dem Haus des dunkelhäutigen Mannes, um ihm zu danken. Danach möchte ich sofort abfahren. Er besteht darauf, mich zu begleiten: "Die Chefs sind wütend. Sie sind sehr böse darüber, dass du das Öl gesehen hast. Du musst auf dich aufpassen. Es ist gefährlich."

Die Leute im Ort haben erfahren, dass er mit mir gesprochen hat. Er möchte, dass ich seinen Namen in meinem Artikel nenne, damit ihm die Öffentlichkeit einen gewissen Schutz bietet. Alfredo Ramirez fährt mit mir mit, bis wir das Gebiet verlassen haben, das von "la compania" kontrolliert wird. Dann verabschieden wir uns.

Auf der Fahrt in die Hauptstadt denke ich über das Geschehene nach. Ich habe die Verschmutzung nahe der Bohrlöcher 101 und 102 von Rubelsanto gesehen. Offenbar gibt es noch mehr. Des weiteren habe ich erfahren, dass Basic in einigen alten Bohrlöchern einen zweiten Brunnen gebohrt haben soll. Die Rohre sind unterirdisch umgeleitet worden, so dass es schwierig ist, den zweiten Brunnen zu entdecken. So kann der Konzern Öl fördern, für das er keine Steuern zahlt.

Ich bin besorgt um das Wohlergehen meiner Informanten und ihrer Familien und auch um meine eigene Sicherheit, nicht zuletzt, weil im vergangenen Jahr ein befreundeter Journalist in der Wohnung direkt unter mir ermordet wurde. Der Fall wurde ebenso wenig wie der des Mitarbeiters des Energieministeriums bisher noch nicht aufgeklärt.

Andreas Boueke, Guatemala-Stadt

"Jedes Jahr müssen die Bewohner ein paar

Tage lang woanders unterkommen, während

sich das Öl über ein riesiges Gebiet ausweitet"

"Die Chefs sind wütend. Sie sind sehr böse

darüber, dass du das Öl gesehen hast.

Du musst auf dich aufpassen"

22. Das tödliche Element Plutonium. Die "schadlose Verwertung" als Entsorgungsnachweis

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Regierungspolitik zu AKWs · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:17

Die USA und Russland werden in den nächsten Jahren insgesamt 68 Tonnen des hochgefährlichen Plutoniums aus ihren Raketensprengköpfen entfernen (vgl. ak 442). In Sachen ziviler Atomenergie erzeugt die Bundesrepublik mit ihren 19 Reaktoren bis zum Ende der Wiederaufarbeitung in Frankreich und England über 50 Tonnen dieses Stoffs. Doch was geschieht mit dem radioaktiven Schwermetall, dessen Giftigkeit und militärische Eigenschaften derart gravierend sind, dass es für mehrere zehntausend Jahre vollkommen sicher von der Umwelt abgekapselt werden muss, sollen ökologische und militärische Katastrophen verhindert werden.

Als Bestandteil der Entsorgung der Atommeiler geht die Atomwirtschaft den Weg über sogenannte MOX-Brennelemente. Das in der WAA gewonnene Plutonium wird zu MOX verarbeitet, geht dann in die Reaktoren zurück und soll dann - in einem Lager das es bis heute weltweit nicht gibt - endgelagert werden. Im Atomgesetz nennt sich das Ganze verharmlosend "schadlose Verwertung". Im folgenden wird aufgezeigt, auf Grund welcher Entscheidungen der zivile Plutoniumberg entstanden ist, wie er beseitigt werden soll, welche Anlagen bei der Abarbeitung eine Rolle spielen und welche Probleme es dabei gibt.

Schon seit Jahrzehnten ist die Wiederaufarbeitung der durch den Betrieb der Reaktoren anfallenden hochradioaktiven Brennelemente heftig umstritten. Die AKW-Betreiber und die damals noch von einem Bundeskanzler Helmut Schmidt geführte sozial-liberale Bundesregierung hatte die Wiederaufarbeitung als Notlösung erfunden, nachdem in den (juristischen) Auseinandersetzungen um den Bau des AKW Brokdorf die Gerichte Regelungen zur Entsorgung des Atommülls gefordert hatten, denn ein Endlager war Ende der 70er Jahre im Grunde kein Thema.

Sozial-liberale Entsorgung

Aus dieser Notlage heraus entwickelte die Bundesregierung in Absprache mit den Ministerpräsidenten der Länder und der Atomwirtschaft die Lösung in Form der Wiederaufarbeitung. Den AKW-Betreibern wurde auferlegt, jeweils für die nächsten sechs Jahre den Verbleib der radioaktiven Abfälle nachzuweisen. Der sogenannte Entsorgungsvorsorgenachweis war erfunden. Dieser war ab 1980 zwingende Voraussetzung für den Betrieb eines AKW. Die Wiederaufarbeitung wurde fortan als "schadlose Verwertung" bezeichnet und später ins Atomgesetz geschrieben. Zusätzlich wurde der Entsorgungsvorsorgenachweis um den Punkt erweitert, dass es bei der Forschung und Errichtung eines Endlagers "Fortschritte" geben müsse. Konnten die AKW-Betreiber entsprechende WAA-Verträge nachweisen, war die Sache geregelt. Konkrete Regelungen oder Vorschriften, wie denn die Schadlosigkeit und die Verwertung nachzuweisen wären, gab es nicht. In der Praxis führte dass dazu, dass die Aufsichtsbehörden damit zufrieden waren, wenn der Nachweis über den Aufenthaltsort des Materials erbracht werden konnte. Ob die Betreiber das Plutonium (bzw. das spaltbare Uran) auch tatsächlich verwertete interessierte faktisch nicht. Diese Konstruktion ist bis heute geltendes Recht (siehe nebenstehenden Artikel).

An Kritik an diesen Regelungen mangelte es nie. Zunächst wiesen zahlreiche Umweltorganisationen auf die ökologischen und militärischen Gefahren der Wiederaufarbeitung hin. Waffenfähiges Plutonium im industriellen Maßstab wurde tonnenweise hergestellt und öffnete Tür und Tor für den militärischen (Miss)Brauch. Enorm hohe radioaktive Emissionen in die Umgebung der Anlagen, ebenso wie die Einleitung radioaktiver Flüssigkeiten in die Nordsee führten zu extremen radioaktiven Belastungen. Von Schadlosigkeit keine Spur. Darüber hinaus vergrößerte die WAA die Menge des insgesamt anfallenden Atommülls um ein Vielfaches und verschärfte dadurch das Problem der ungelösten Entsorgung zusätzlich. Immer wieder machten Ökonomen darauf aufmerksam, dass der Umweg über die WAA unter ökonomischen Gesichtspunkten blanker Wahnsinn sei. Sowohl die WAA selbst, als auch die anschließend erforderliche Verarbeitung des angefallenen Plutoniums führten gegenüber der sogenannten "direkten Endlagerung" (d.h. zunächst in Zwischenlagern wie Gorleben und Ahaus) zu Mehrkosten des vier- bis zehnfachen.

Mitte der 90er Jahre, in verschiedenen Bundesländern waren inzwischen rot-grüne oder atomkritische SPD-Regierungen im Amt, legten Landesregierungen diverse Studien vor, die nachwiesen, dass die Wiederaufarbeitung in Frankreich und England nach bundesdeutschen Strahlenschutzmaßstäben rechtswidrig und nicht genehmigungsfähig wäre. Ausdrücklich hatten die Gutachter festgestellt, dass für die schadlose Verwertung deutsches (Strahlenschutz-)Recht anzuwenden sei.

Weder schadlos noch verwertet

Doch nicht allein die Frage der Schadlosigkeit wurde kritisiert. Ab Anfang der 90er Jahre geriet auch die Verwertung immer mehr in den Blickwinkel, nicht zuletzt auf Grund der Auseinandersetzungen um die Hanauer Plutoniumfabrik (vgl. ak 442 und 421).

In der WAA wird zunächst lediglich das Plutonium und das spaltbare Uran aus den abgebrannten Brennelementen rausgelöst und separiert. Das aber ist noch keine Verwertung. Die erfolgt erst dann, wenn das Plutonium und das Uran wieder in die Brennstoffspirale eingespeist werden. Das Plutonium sollte in der Form von sogenannten Mischoxid-Brennelementen (MOX) erneut in die Reaktoren. Damit war aber lediglich eine technische Lösung für das Plutonium in Sicht. Für das in erheblich größeren Mengen anfallende WAA-Uran bestanden erhebliche technische Probleme, da dieses Material mit Verunreinigungen behaftet war, die eine Kernspaltung enorm erschwerten.

Da aber entgegen den damaligen Erwartungen die Preise für Natururan nicht nur konstant blieben, sondern sogar leicht sanken (u.a. weil immer neue Vorkommen entdeckt wurden), wäre die erforderliche Reinigung dieses WAA-Urans wirtschaftlich blanker Unsinn gewesen. Die Atomwirtschaft legte das Zeug - geduldet von der Bundesregierung - einfach auf Halde. Eine Verwertung dieses Urans findet bis heute faktisch nicht statt.

Die MOX-Brennelemente waren auf Grund der für die Verarbeitungsanlagen erforderlichen hohen Sicherheitsmaßnahmen gegenüber herkömmlichen Natururan-Brennelementen deutlich teurer. In diversen Studien wurde ein Kostenunterschied um den Faktor 10 errechnet. Daher beantragten nur wenige AKW-Betreiber Genehmigungen für deren Einsatz. Bis heute wird lediglich in neun der insgesamt 19 in Betrieb befindlichen bundesdeutschen Reaktoren MOX eingesetzt. Einige AKWs haben den Einsatz zwar beantragt, verfolgen real aber damit keine Genehmigung. Allein das Verfahren für das AKW Brunsbüttel läuft nun schon seit über 10 Jahren. Für AKWs wie Stade oder das inzwischen stillgelegte Würgassen wurde von Anfang an sogar auf den MOX-Einsatz verzichtet, obwohl diese Anlagen munter ihren Müll nach Frankreich schickten und daher rechtlich zur schadlosen Verwertung verpflichtet gewesen wären.

Durch den nur schleppenden MOX-Einsatz hat sich inzwischen ein Plutoniumüberhang entwickelt. Jährlich wird mehr Plutonium separiert, als in den AKWs verheizt wird.

Die Bundesregierung unter den UmweltministerInnen Töpfer und Merkel (beide CDU) scherte sich darum jedoch wenig. Als die rot-grüne Landesregierung in Hessen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre von RWE als Betreiber des AKW Biblis einen konkreten Nachweis über die Verwertung einfordern wollte, ging Merkel dazwischen und wies das von den Grünen geführte Umweltministerium an, derartige Stichelein zu unterlassen. An diesen Auseinandersetzungen war vor allem Rainer Baake, heutiger Staatsekretär im Bundesumweltministerium und einer der Grünen Chefverhandler beim Atomkonsens, maßgeblich beteiligt.

Nachdem die Herstellung von MOX-Brennelementen in Hanau Mitte der 90er Jahre endgültig vom Tisch war und Siemens den Standort Hanau aufgab, verlegten die Betreiber die MOX-Fertigung ins Ausland. Mit Frankreich vereinbarte man die Produktion von MOX in der Anlage in Cadarache, die jährlich rund 35 Tonnen Brennstoff herstellt. Noch rund 260 Tonnen MOX sollen in den nächsten Jahren an deutsche AKWs ausgeliefert werden.

Zusätzlich vereinbarte man mit der belgischen Anlage in Dessel Lieferverträge. Fast 150 Tonnen MOX-Brennstoff sollen dort noch für hiesige Reaktoren gefertigt werden. Die Anlage ist auf 40 Jahrestonnen MOX ausgelegt.

Und Ende der 90er Jahre stellte die britische BNFL am Standort der WAA Sellafield eine neue MOX-Anlage fertig, die über eine Verarbeitungskapazität von 120 Jahrestonnen verfügt. Insgesamt 34 Tonnen MOX sollen hier für bundesdeutsche Abnehmer gefertigt werden. Die MOX-Anlage der BNFL ist jedoch faktisch nicht verfügbar, nachdem Ende des letzten Jahres bekannt wurde, dass die Betreiber die erforderlichen

Qualitätskontrollen bei den Brennelementen nicht sonderlich ernst genommen haben. Ganze Serien wurden einfach mit gefälschten Nachweisen ausgeliefert. Japan, Deutschland und die Schweiz setzten darauf die bestehenden Verträge einstweilen außer kraft. Der MOX-Weg aus Endland ist bis heute dicht.

Neben der ausschließlich für deutsche Abnehmer laufenden Anlage in Cadarache verfügt Frankreich über eine weitere MOX-Anlage in Marcoule (MELOX), die jedoch vor allem für die französischen und japanischen Reaktoren arbeitet. Hier werden zur Zeit rund 100 Tonnen des MOX-Brennstoffes pro Jahr hergestellt. Die Betreiber planen die Ausweitung auf eine Menge von 250 Jahrestonnen. Diese Erweiterung ist derzeit jedoch auf Grund einer Regierungsvereinbarung blockiert. Mit dem Einstieg der französischen Grünen in die Regierung einigte man sich darauf, den Ausbau der MELOX-Anlage nicht zu genehmigen.

So hängt der größte Teil der sogenannten Plutoniumverwertung an der Anlage in Cadarache. Und um diese Anlage verschärft sich in Frankreich der Streit.

DSe

Weitere Artikel zu Plutonium in ak 420, 421 sowie ak 442

23. Schließt Frankreich die Plutoniumfabrik Cadarache?

Autor: DSe · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:20

Neben den Wiederaufarbeitungsanlagen in La Hague und Sellafield hängt der Entsorgungsvorsorgenachweis von der Verarbeitung des anfallenden Plutoniums in der MOX-Anlage in Cadarache ab. Doch in Frankreich wird um die Sicherheit dieser Anlage heftig gestritten. Im September 2000 forderte die französische Umweltministerin Dominique Voynet (Grüne) schließlich den zuständigen Wirtschaftsminister auf, die MOX-Anlage in Cadarache endgültig stillzulegen. Für die deutschen Atomversorger könnte das ärgerlich werden.

Die für die atomare Sicherheit in Frankreich zuständige Behörde, das DSIN, hatte schon Mitte der 90er Jahre massiv auf die Erdbebengefährdung der Anlage hingewiesen und von den Betreibern (CEA, Cogéma, s.u.) einen Maßnahmenkatalog gefordert, in dem aufgezeigt werden solle, wie die Freisetzung von Plutonium in Folge eines Erdbebens verhindert werden kann. Ohne derartige Maßnahmen müsste die Anlage in Cadarache nach dem Jahr 2000 stillgelegt werden, so forderte das DSIN. Darüber, dass die Anlage in einem überaus gefährdeten Erdbebengebiet liegt und gegen schwere Beben nicht ausreichend ausgelegt ist, gibt es im Kern keine großen Auseinandersetzungen, denn diese Gefährdung wurde von der ebenfalls staatlichen IPSN gutachterlich festgestellt. In Cadarache werden seit 1999 rund 40 Tonnen MOX-Brennstoff jährlich hergestellt. Das bedeutet eine jährliche Durchsatzmenge von um die 2 Tonnen des in Pulverform vorliegenden Plutoniums. Täglich werden also im Durchschnitt 5,5 Kilogramm reines Plutonium verarbeitet. Sollte die Anlage also tatsächlich von einem Erdbeben betroffen sein, so können enorm große Mengen des extrem giftigen Materials an die Umwelt gelangen. Eine Horrorvorstellung.

Dennoch verzögerten die Betreiber die Vorlage eines Maßnahmenkatalogs immer wieder. Immerhin sind in den vergangenen Jahren erhebliche Beträge in den Ausbau der MOX-Fertigung geflossen. Und die erforderlichen Nachrüstungen zur Erhöhung der Erdbebensicherheit sind extrem teuer. Cogéma und die CEA/Cadarache weisen in einem Schreiben (1997) darauf hin, dass "eine Verstärkung der existierenden Strukturen (Nachrüstung von Anlagenkomponenten, Anmerk. des Autors) extrem kompliziert" zu realisieren sei. (Briefing vom 21.8.2000, ATPu (Atelier de Technologie du Plutonium) in Cadarache, WISE-Paris).

Schließlich teilen Cogéma und CEA aber mit, dass Studien die Machbarkeit von Nachrüstungen bestätigt hätten und versprechen für Herbst 1999 eine Entscheidung über die tatsächliche Umsetzung dieser Maßnahmen. Doch beim Chef des DSIN bleiben erhebliche Zweifel. Im Februar 1998 schreibt er an die CEA, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen mit "Ungewissheiten behaftet" sind und diese "nicht seinen Wünschen entsprechen". Er fordert die Überarbeitung der Maßnahmen und verlangt, dass auch für die Stilllegung der Anlage "kurz nach 2000" Konzepte vorgelegt werden sollen. Sollte das nicht geschehen, kündigt der DSIN-Chef an, "die erforderlichen Maßnahmen zur Bereinigung der Situation einzuleiten".

Bis heute ist dieser Vorgang jedoch nicht abgeschlossen. Weder haben die Betreiber der MOX-Anlage in Cadarache entsprechende Maßnahmen entwickelt, geschweige denn umgesetzt. Noch hat DSIN seine Drohungen wahr gemacht. Mit der Stilllegungsforderung von Umweltministerin Voynet dürfte nun jedoch eine weitere Runde gegen Cadarache eröffnet worden sein.

Stellungnahmen oder Einmischungen der deutschen Bundesregierung oder des Umweltministeriums zu diesen Vorgängen sind derzeit öffentlich nicht bekannt. So wie sich Frankreich derzeit weigert, deutschen Atommüll aus den AKWs anzunehmen, bevor nicht der in La Hague abfahrbereit stehende Müll vertragsgemäß von Deutschland zurückgenommen wurde, so ließen sich ja Fragen hinsichtlich der Sicherheit der Anlage in Cadarache stellen. Dabei könnten vor allem die Grünen diese Situation für ein verschärftes Vorgehen in Sachen sofortiger Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung nutzen und erheblich weit reichender die Frage des Nachweises der schadlosen Verwertung und damit des Betriebs der Atomanlagen auf die Tagesordnung setzen. Denn auch in dem derzeitigen Entwurf für die Novellierung des Atomgesetzes bleibt die Wiederaufarbeitung an den Nachweis der schadlosen Verwertung gekoppelt. Darauf hat Jürgen Trittin erst vor kurzem noch mal hingewiesen (vgl. ak 442). Intern ist zu vernehmen, dass im Hause des

Bundesumweltministeriums an den Anforderungen für den Entsorgungsvorsorgenachweis in Sachen WAA gearbeitet werde. Doch genaues weiß man nicht.

Doch noch in einem weiteren Punkt steht die Anlage in Cadarache vor erheblichen Problemen, die das Aus bedeuten könnten. Die Frage ist, ob der Betrieb der Anlage, so wie sie heute dort steht, überhaupt genehmigt ist bzw. wer eigentlich der Betreiber ist.

Der MOX-Teil läuft unter dem Namen ATPu (s.o.) und ist 1961 als Forschungs- und Entwicklungslabor gegründet worden. Dieser Teil bildet mit dem Laboratoire du Purification Chemique (LPC, Labor für chemische Reinigung) gemeinsam den Complexe de Frabricacion de combustible au Plutonium de Cadarache, kurz CFCa. Diese wiederum unterstanden und unterstehen der CEA Cadarache. Die CEA wiederum besitzt die Genehmigung. Seitdem (1961) sind die Anlagen jedoch immer wieder aufgerüstet und verändert worden. Aus einem Forschungslabor ist ein Betrieb für die kommerzielle Herstellung von Plutoniumbrennstoff vor allem für deutsche Reaktoren geworden. Etwa seit 1991 hat die Cogéma nach eigenem Bekunden der CEA das CFCa übernommen. Doch die Cogéma ist offenbar nicht Genehmigungsinhaber. Das WISE-Paris verweist auf entsprechende Genehmigungsrichtlinien, in denen geregelt ist, dass eine neue Genehmigung für die Plutoniumanlage zu beantragen ist, wenn der Betreiber wechselt. Faktisch hat die Cogéma die Anlage in Cadarache übernommen. Eine neue Genehmigung wurde jedoch nie beantragt, so dass die CEA - obwohl praktisch raus aus dem Geschäft - immer noch für die Sicherheit der Anlage verantwortlich ist.

Sollte sich in Frankreich - unterstützt durch Interventionen und Nachfragen einer deutschen Bundesregierung - der Konflikt um die MOX-Fertigung in Cadarache verschärfen, dann droht dem Entsorgungsvorsorgenachweis über diesen Pfad das Aus. Die britische MOX-Anlage liegt still, in Belgien gibt es keine Kapazität für Produktionssteigerungen und die MELOX-Anlage in Frankreich soll auf Grund von Regierungsabsprachen (das hatten die französischen Grünen durchgesetzt) nicht erweitert werden (obwohl die Betreiber dies verlangen). Damit wäre die Verwertungskette für das deutsche Plutonium aus der Wiederaufarbeitung zerrissen und die Bundesregierung könnte den Export von deutschem Atommüll umgehend stoppen. Die AKW-Betreiber hätten ein fettes Problem. Aber vielleicht ist genau deshalb von der Bundesregierung in dieser Sache bislang nichts zu hören.

DSe

Besten Dank an das WISE-Paris (31-33 rue de la Colonie, F - 75013 Paris, Tel.: +33 1 45 65 47 93, Fax: +33 1 45 80 48 58, Email: secretariat@wise-paris.org) für die Überlassung des ins deutsche übersetzten Briefings. Weitere Infos gibt es unter www.pu-investigation.org

24. Bundesregierung erzwingt MOX-Einsatz

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Regierungspolitik zu AKWs · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:22

Derzeit bereitet die Bundesregierung die Novellierung des Atomgesetzes vor, in der die mit der Atomwirtschaft im Sommer verabredeten Rahmenbedingungen aus dem Konsens rechtlich umgesetzt werden sollen. In dem Entwurf aus dem September 2000 sollen die AKW-Betreiber im Rahmen der Entsorgungsvorsorge rechtlich zwingend verpflichtet werden, das aus der WAA stammende Plutonium als MOX-Brennelemente erneut in den Atommeilern einzusetzen. Bestehende rechtliche Unklarheiten über die auch heute schon im Atomgesetz enthaltene "schadlose Verwertung" sollen so präzisiert werden. Auf den ersten Blick könnte das eine sinnvolle Maßnahme sein. Denn die Plutoniumenge steigt weiter an und nur neun der 19 in Betrieb befindlichen Reaktoren betreiben den MOX-Einsatz. Aber natürlich gibt es da einige Haken.

Im Absatz 4 des Paragrafen 9 d des neuen Atomgesetz-Entwurfs will die Bundesregierung den MOX-Einsatz nun zwingend vorschreiben: "So weit die Aufarbeitung bestrahlter Brennelemente zulässig und tatsächlich vorgesehen ist, haben die Betreiber von Anlagen zur Spaltung von Kernbrennstoffen im Rahmen des Absatzes 1 Satz 3 nachzuweisen, dass der schadlose Wiedereinsatz des aus der Aufarbeitung gewonnenen (zurückzunehmenden) Plutoniums nach 2 Abs. 1 Nr.1 Buchstabe a in Anlagen zur Spaltung von Kernbrennstoffen zur Erzeugung von Elektrizität gewährleistet ist." Entsprechend wird in der Begründung klargestellt, "dass die Betreiber von Atomkraftwerken für die Anerkennung ausreichender Entsorgungsvorsorge den Nachweis zu erbringen haben, dass der schadlose Wiedereinsatz des aus der Aufarbeitung gewonnenen Plutoniums, das der Verfügungsmacht der EVU unterliegt, in Atomkraftwerken gewährleistet ist." (Punkt 3 d: Gesetzliche Regelung des Entsorgungsvorsorgenachweises, Entwurf September 2000).

Nach den Berechnungen von Bundesregierung und Atomwirtschaft würden die vereinbarten Restlaufzeiten der AKWs ausreichen, um die gesamte Menge der zu fertigenden MOX-Brennelemente auch tatsächlich erneut zu bestrahlen. Dann wäre das Plutonium in einer extrem radioaktiven Umgebung verpackt und ließe sich nur mit erheblichem technischen Aufwand (erneute WAA) wieder abtrennen. Die hohe Strahlung und die anschließende Verbringung in ein Endlager (über den Weg einer ca. 40 jährigen oberirdischen Zwischenlagerung) sollen dann den Zugriff für militärische Zwecke erheblich erschweren.

Atomgesetz erzwingt MOX-Einsatz

Mal ganz abgesehen davon, dass der Abbau des separierten Plutoniums in Form von MOX zwingend auf den Betrieb von Atomkraftwerken angewiesen ist. Sollte es bei der Herstellung von MOX-Brennelementen in den nächsten Jahren zu Verzögerungen kommen (beispielsweise durch eine Schließung der MOX-Anlage in Cadarache, vgl. nebenstehenden Artikel), dann wäre eine solche Beseitigung im Rahmen der vereinbarten Restlaufzeiten nicht mehr möglich. Dann müsste darüber entschieden werden, ob nicht zumindest einige Reaktoren allein zu dem Zweck, das Plutonium zu verstrahlen, länger am Netz bleiben müssten.

Mit der Festschreibung des MOX-Einsatzes in der AtG-Novelle verabschieden sich die Grünen offenbar von ihren bisherigen Bemühungen, alternative Behandlungsmöglichkeiten für die Plutoniumbeseitigung zu entwickeln, die nicht mehr auf einen Reaktoreinsatz angewiesen sein sollten.

In Arbeitsteilung mit dem Grünen Bundesumweltminister hatte z. B. die grüne Hamburger Umweltbehörde vor knapp zwei Jahren beim Öko-Institut Darmstadt eine Studie in Auftrag gegeben, die alternative Szenarien zur Plutoniumbeseitigung aufzeigen und untersuchen sollte.

Da der MOX-Einsatz zwingend auf den Betrieb von Atomkraftwerken angewiesen ist, wurden Möglichkeiten gesucht, das Plutonium auf andere Weise zu verpacken, um es vor dem militärischen Missbrauch zu "schützen". Das könnte erreicht werden, wenn das Plutonium mit hochradioaktiven Flüssigkeiten vermischt und dann entweder mit Glas oder mit Keramik verschmolzen wird. Grundsätzlich könnte die Verglasung oder Keramisierung nach einigen Umbauten in den WAAs La Hague und Sellafield geschehen. Doch beide Anlagenbetreiber, deren Geschäft ja vor allem die Abtrennung des Plutonium ist, haben daran bislang keinerlei Interesse gezeigt. Entsprechende Anlagen an anderen Orten neu zu errichten, bringt allerdings große Probleme mit sich. Abgesehen von vermutlich heftigen Bürgerprotesten, müssten flüssige Abfälle aus

Frankreich oder England dann antransportiert werden. Das birgt derart hohe Transportrisiken, dass man das ernsthaft nicht in Erwägung ziehen sollte. Hinzu kommt, dass es im Grunde keine verlässlichen Aussagen über das Verhalten von Glas und Keramik bei der Langzeitlangerung gibt. Ein Einwand, mit dem die Anti-Atom-Gruppen bereits die Rücktransporte aus La Hague nach Gorleben heftig kritisiert hatten. Denn der Atommüll aus La Hague wird in Glas gegossen und in Castorbehältern nach Gorleben gebracht.

Geben Grüne Anti-MOX-

Haltung auf

Neben einer langfristigen Verwahrung in einem von der IAEO überwachten internationalen Lager käme als weitere Lösung die sogenannte Brennstablagerung in Betracht. Die wird derzeit bei der Stilllegung der Hanauer MOX-Anlage mit den dortigen Restbeständen an Plutonium praktiziert und könnte ohne größere technische Probleme ausgeweitet werden. Aus dem Plutonium werden möglichst hoch angereicherte MOX-Stäbe gefertigt, die dann in einer heißen Zelle in bestrahlten Uran-Brennelemente eingebaut werden. Dadurch werden die MOX-Stäbe verstrahlt und in einer extrem schwer zugänglichen Matrix eingeschlossen.

Verschärft werden die Probleme bei der Suche nach Alternativen dadurch, dass einerseits die Atomwirtschaft voll und ganz auf den MOX-Einsatz setzt und an anderen Varianten keinerlei Interesse zeigt. Andererseits sind die Alternativen mindestens ebenso teuer wie die MOX-Fertigung.

Die Probleme der Plutoniumbeseitigung ohne Reaktoreinsatz sind ohne Frage extrem schwierig zu lösen. Das ist aber noch lange kein Argument, die Suche danach einzustellen.

DSe

25. Waffen-Plutonium für deutsche Reaktoren

Autor: DSe · Rubrik: Regierungspolitik zu AKWs; Russland · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:18

Jetzt liegt es auf dem Tisch: Das russische Atomministerium Minatom hat den bundesdeutschen Energiekonzernen MOX-Brennelemente für den Einsatz in ihren Atomreaktoren zum Kauf angeboten. Außerdem sichert Minatom die Rücknahme dieser plutoniumhaltigen Brennelemente zu. Im Klartext: Die deutschen Energieversorger brauchen sich um die Entsorgung des Atommülls keine Gedankem mehr zu machen.

Im Rahmen der atomaren Abrüstungsverhandlungen hatten sich Russland und die USA darauf verständigt, jeweils 34 Tonnen Plutonium aus ihren Atomraketen abzubauen (vgl. ak 442). Russland hatte erklärt, dieses Plutonium zu MOX-Brennelementen zu verarbeiten und diese weltweit zum Kauf anzubieten. Damit das funktioniert, sollte die Siemens AG die stillgelegte MOX-Anlage am Standort Hanau abbauen und in Russland wieder aufbauen. Die rot-grüne Bundesregierung hatte zwar erklärt, für diesen Transfer keine Bürgschaften zur Verfügung zu stellen, wollte sich aber dem Export nicht in den Weg stellen. Inzwischen soll das für die Ausfuhrgenehmigung zuständige Bundesamt in Eschborn seine Zustimmung erteilt haben. In einem Schreiben, das nach Angaben der Berliner Zeitung bereits im Mai verfasst worden ist, hat die Außenhandelsorganisation des Atomministeriums Minatom, die Techsnabexport, den hiesigen Unternehmen E.on, EnBW und RWE den Kauf von MOX-Brennelementen angeboten und zugesichert, die abgebrannten Brennelemente nach ihren Einsatz im Reaktor wieder zurückzunehmen. Hintergrund dieses Vorgehens dürfte wohl sein, die Finanzierung der rund 100 Millionen DM teuren MOX-Anlage der Siemens AG durch entsprechende MOX-Lieferverträge abzusichern. Der Verkauf der MOX-Brennelemente ins Ausland würde für Russland Deviseneinnahmen in Milliardenhöhe bedeuten.

Russlands Präsident Putin plant nach den Angaben der Berliner Zeitung eine internationale Arbeitsgruppe zur nuklearen Abrüstung, an der neben Vertretern aus den G-8-Staaten, NGOs und Wissenschaftsinstitutionen auch Industrievertreter beteiligt werden sollen. Das Schreiben der Techsnabexport soll die Vorstände der drei genannten Unternehmen zur Teilnahme an dieser Arbeitsgruppe eingeladen haben.

Als Reaktion auf die Veröffentlichung dieses Schreibens hat der stellvertretende Fraktionschef der SPD im Bundestag, Michael Müller, betont, dass ein solcher Vorschlag "umweltpolitisch abzulehnen" ist. Auch Umweltverbände wie der BUND hatten bereits darauf hingewiesen, dass mit dem von Russland geplanten Export von Plutonium enorme Risiken für die Umwelt, aber auch was Diebstahl und Missbrauch des Plutonium betrifft, ausgehen. Statt dessen sollte Russland das hochgefährliche Material lieber im eigenen Land endlagern. Müller musste aber auch einräumen, dass es unter den Sicherheitspolitikern der SPD durchaus Sympathien für einen solchen MOX-Deal gäbe.

Die hiesigen Energieversorger jedenfalls haben ein derartiges Geschäft nicht rundheraus abgelehnt. Diplomatisch stellte eine Sprecherin von RWE gegenüber der Presse klar, dass ein derartiges Geschäft eine politische Willensbildung in Berlin voraussetze und die Unternehmen "letzte in der Entscheidungskette" wären. Das ist ohne Frage richtig. Doch werden sie sich sicherlich nicht einfach hinsetzten und abwarten. Denn das russische MOX könnten sie - wie schon in der vorletzten ak-Ausgabe vermutet - durchaus nutzen, um den Betrieb ihrer Atommeiler nun auch noch mit abrüstungspolitischen Argumenten zu untermauern. In friedlicher internationaler Zusammenarbeit und Solidarität ließe sich doch begründen, dass es besser sei, das gefährliche Plutonium in den sichersten Atomkraftwerken der Welt zu verheizen, als es in den maroden Reaktoren Russlands einzusetzen. Und irgendwo muss das Plutonium ja schließlich hin.

Für die Grünen ist das ganze eine ziemlich dumme Sache. Rechtlich kann ihr Außenminister Fischer, der ja wesentlich für die Stilllegung der MOX-Anlage in Hanau verantwortlich war, gegen den Verkauf nach Russland angeblich nichts machen. Seine Zusage an die Fraktion, dass er sich dafür einsetzen wolle, dass Russland zumindest Teile des Plutoniums nicht zu MOX verarbeitet, sondern in Glaskokillen endlagert, ist ohnehin dürftig. Berücksichtig man außerdem, dass der MOX-Einsatz in bundesdeutschen Atommeilern im Rahmen der anstehenden Atomgesetznovellierung rechtlich eindeutig festgeschrieben werden soll, dann dürfte es wenig Argumente gegen einen solchen Deal geben. Immerhin stammen die MOX-Brennelemente, die derzeit in hiesigen Reaktoren eingesetzt werden, auch aus dem Ausland, nämlich aus Belgien und Frankreich.

Lediglich die Rücknahme des MOX-Atommülls dürfte für die Grünen noch ein halbwegs einfaches Mittel sein, gegen derartige Geschäfte vorzugehen. Aber vielleicht machen die ja wieder einen Konsens?

DSe

26. Demonstrationsrecht auf badische Art. In Philippsburg legte die Polizei die Infrastruktur der Anti-AKW-AktivistInnen still (Daniel

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:14

Max Streibls Rede von der "bayrischen Art" machte 1992 die Runde, als er nachträglich den brutalen Polizeieinsatz gegen die Proteste während des Weltwirtschaft-Gipfels in München zu erklären versuchte. In den Tagen um den 18. Oktober 2000 durfte die Anti-AKW-Bewegung nun im Schnelllehrgang die "badische Art" polizeilicher Repression kennen lernen.

Bereits im Vorfeld der anstehenden Aktionen gegen die Wiederaufnahme der Atomtransporte von Philippsburg nach Frankreich wurde SchülerInnen abgeraten, an Demonstrationen teilzunehmen, weil dies ihre Chancen auf dem Ausbildungsmarkt gefährde. Der Bürgermeister der Stadt Philippsburg richtete gar einen Brief an alle BürgerInnen, in dem er sie bat, den DemonstrantInnen "im Interesse des Rechtsfriedens und zur Abwendung von Nachteilen für unsere Stadt keinen Platz für die Errichtung von Campingplätzen oder ‚Hüttendörfern' zu überlassen".

Schon vor Beginn der Auftaktkundgebung am 15. Oktober ließen die flächendeckenden Fahrzeugkontrollen erahnen, dass die "badische Art" mit Widerstand umzugehen, sich noch weniger an die Vorgaben des Demonstrationsrechtes und der Versammlungsfreiheit orientieren würde, als dies bereits in Gorleben und Ahaus der Fall war. Im Frühjahr dieses Jahres hatte das baden-württembergische Innenministerium verlauten lassen, dass im Zuge der anstehenden Transporte keine Camps geduldet würden. Die Demonstrationsverbote in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen erstreckten sich in der Regel auf einen Streifen von 50 bis 500 Meter entlang der Transportstrecke, in Baden-Württemberg wurde nun ein Campverbot für den gesamten Landkreis Karlsruhe erlassen.

Um die Räumung des Camps Oberhausen/Rheinhausen, das über 7 km von der Transportstrecke entfernt lag, zu begründen, mussten diverse Flugblätter gewaltfreier Gruppen herhalten, um eine Gefahr für "die öffentliche Sicherheit und Ordnung" abzuleiten. Wegen dieser "Bedrohung" von gewaltfreien Aktionsgruppen wurde das Camp Oberhausen/Rheinhausen nicht nur geräumt, sondern auch die beiden Großküchen Rampenplan (Niederlande) und Maulwurf (Freiburg), Mobiltoiletten und alle der Polizei bekannten Depots der AtomkraftgegnerInnen beschlagnahmt. Während der zahlreichen Fahrzeugkontrollen konfiszierte die Polizei auch systematisch private Zelte, Kochausrüstung und Isomatten, um den DemonstrantInnen einen Aufenthalt in der Region unmöglich zu machen. Nicht nur Wolf Dieter Narr vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, auch den Betroffenen bleibt nur festzuhalten, das in Baden-Württemberg "nicht einmal versucht wird, das Grundgesetz und in ihm die Versammlungsfreiheit zu buchstabieren."

Michael Friedrich von X-Tausend Mal Quer erzählte wütend von einem Vorfall am 17. Oktober: Die Polizei beschlagnahmte ein Megafon mit dem schlichten Hinweis, es sei zur Verwendung auf einer Demonstration gedacht. Pikanterweise handelte es sich bei der mutmaßlichen Demonstration um eine Veranstaltung des Komitees für Grundrechte und Demokratie zum Thema "Demonstrationsrecht", welche unter freiem Himmel stattfinden musste, da der zugesagte Saal kurzfristig gekündigt wurde. Die Krone badischer Beschlagnahmungswut stellte allerdings die Konfiszierung des gesamten X-Tausend Mal Quer Depots einen Tag nach Absage des Transportes dar. Aus dem Beschluss des Amtsgerichtes Philippsburg vom 19. Oktober zur Durchsuchung der Lagerhallen geht Folgendes hervor: Jochen Stay sei "Hauptinitiator" der Anti-AKW-Bewegung. Seine Aufforderung zum gewaltfreien, zivilen Ungehorsam am Tag X wird herangezogen, um ihn für Anschläge gegen die Deutsche Bahn AG, sowie eine Aktion von Greenpeace, im Zuge derer die Tore des AKW Philippsburg zugeschweißt wurden, verantwortlich zu machen. Dieser Konstruktion zu Folge handelt es sich bei X-Tausend Mal Quer also nicht um die Organisation einer gewaltfreien Sitzblockade, sondern um eine Struktur, welche die komplette Anti-AKW-Bewegung bundesweit und kontinuierlich koordiniert. Folglich könnte X-Tausend Mal Quer auch für alle Aktivitäten der Bewegung zur Verantwortung gezogen werden. Als logische Konsequenz beschlagnahmt die Polizei - nachdem der Transport bereits verschoben war - "dauerhaft" die gesamte Infrastruktur der Organisation; und dies ist nicht gerade

wenig: Unter den konfiszierten Gegenständen finden sich neben den beiden Großküchen auch sechs Notstromaggregate, mehrere Computer samt Drucker und Monitore, 15 Handys, Megafone, mehrere Kisten mit Werkzeug und nicht zuletzt 4.000 DM Bargeld.

Nachdem sogenannte "gewaltbereite Chaoten" in Gorleben 1996 und 1997 herhalten mussten, um die brutalen und teuren Polizeieinsätze in der Öffentlichkeit zu vermitteln, zeichnet sich nun ein neues Feindbild am polizeilichen Horizont ab: X-Tausend Mal Quer wird zur kriminellen, "schlagkräftigen" bundesweiten Organisation stilisiert. In den Badischen Neuesten Nachrichten vom 26. Oktober bezeichnet der Polizeieinsatzleiter Holger Trunk X-Tausend Mal Quer als "eine bundesweit arbeitende Organisation, perfekt aufgebaut und mit einer Infrastruktur, die jeden Generalstab vor Neid erblassen lassen könnte. Die Anführer sind hervorragend geschulte Leute".

Ob es der Polizei gelingt, mit diesem Feindbild weite Teile der Philippsburger Bevölkerung hinter sich zu bringen, und weitere derartige Polizeieinsätze zu rechtfertigen, darf bezweifelt werden. Nicht nur bei AtomkraftgegnerInnen stieß vor allem die Beschlagnahmung der Küchen und Toiletten auf großen Unmut. Die Empörung ließ sich nicht zuletzt an den zahlreichen Essensspenden ablesen. X-Tausend Mal Quer und das Kollektiv Rampenplan gehen juristisch gegen die "badische Art" polizeilicher Repression vor. Auf politischer Ebene wollen sich die zumeist aus umliegenden Städten "zugereisten" AtomkraftgegnerInnen in den nächsten Monaten stärker mit den Initiativen vor Ort zu vernetzen und die Bevölkerung zu sensibilisieren.

Einen ersten Vorgeschmack darauf, wie schnell sich die Verhältnisse ändern können, bekamen Beamte des Bundesamtes für Strahlenschutz Anfang November während einer Anhörung zur Errichtung eines Zwischenlagers am AKW Philippsburg. Eingerahmt von Transparenten mit der Aufschrift "Wir wollen nicht euren atomaren Mist" luden Mitglieder der neuen, nach den Transporttagen gegründeten BürgerInnen-Initiative Säcke voller Mist am Eingang des Veranstaltungsortes ab.

Daniel K. Manwire

27. Staatlich organisiertes Lohndumping. Sondertarife bei Hamburger Beschäftigungsgesellschaft

Autor: dk. · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:15

Mit 1.600 Beschäftigten ist die kommunale Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft (HAB) mit Abstand der größte Beschäftigungsträger für erwerbslose SozialhilfeempfängerInnen in Hamburg. Ende August hat die Geschäftsführung der HAB mit der ÖTV einen Tarifvertrag abgeschlossen, der es in sich hat und den öffentlichen Beschäftigungssektor in Hamburg mächtig durcheinander wirbelt.

Im Rahmen der Tarifrunde 1999 hat die HAB den bis dahin gültigen Tarifvertrag nicht weiter verlängert und auf diese Weise faktisch einen tariflosen Zustand hergestellt. Dieser ist nun mit dem neuen Vertrag beendet, ein Umstand den die ÖTV bereits an sich als Erfolg feiert. Das Schlimmste sei verhindert worden, die Arbeitsbedingungen bei der HAB sind wieder tarifiert.

Bis heute ist der Tarifvertrag weder von der HAB noch von der ÖTV veröffentlicht worden. Selbst ÖTV-Mitglieder haben ihn bisher auf Anfrage nicht zu Gesicht bekommen. Der Vertrag wird vom Hamburger ÖTV-Chef Wolfgang Rose streng unter Verschluss gehalten. Dennoch sind inzwischen einige wichtige Details bekannt:

- Für alle ab Oktober 2000 neu eingestellten SozialhilfeempfängerInnen gilt eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden ohne jeden Lohnausgleich und damit eine massive Senkung der Monatslöhne.

- Die Beschäftigten erhalten eine Monatskarte für den öffentlichen Personennahverkehr, wobei die ÖTV betont, dass diese Karte zur Hälfte vom Arbeitgeber bezahlt wird und daher "sozialpolitisch richtig und vertretbar" sei. Bei Lichte gesehen eine dreiste Lüge. Der sogenannte Arbeitgeberanteil wird nämlich zum einen aus der Einmalzahlung der diesjährigen Tarifrunde des öffentlichen Dienstes bezahlt. Statt 400 DM erhalten die HAB-Beschäftigten nur 200 DM. Zum anderen werden die Lohnerhöhungen der nächsten Tarifrunde zur Finanzierung herangezogen. Das "Job-Ticket" müssen die Beschäftigten also in voller Höhe selbst berappen.

- Ein Urlaubstag wird gestrichen.

- Firmen, die HAB-Beschäftigte im Rahmen von Kooperationsverträgen entleihen, können deren Arbeitszeiten auf bis zu 40 Stunden in der Woche ausweiten, ohne dafür auch nur einen Pfennig zusätzlichen Lohn zu zahlen. Hier sind sage und schreibe bis zu fünf Stunden unbezahlte Mehrarbeit möglich.

Der besondere Clou des HAB-Tarifs betrifft allerdings sogenannte Jungerwachsene zwischen 18 und 25 Jahren. Für sie wird mit Billigung der ÖTV ein regelrechter Sondertarif geschaffen. Zusätzlich zu den vorgenannten Verschlechterungen werden sie unabhängig von der konkreten Tätigkeit in die niedrigste Lohngruppe eingestuft. Darüber hinaus erhalten sie die ansonsten übliche Leistungs- bzw. "Bewährungszulage" von 200 DM nicht mehr. Und schließlich werden bei dieser Beschäftigtengruppe die obligatorischen Qualifizierungsanteile an der Gesamtarbeitszeit nur noch zur Hälfte bezahlt. Das entspricht einer Lohnkürzung von 22,5%. Diese Lohnkürzung gilt auch für diejenigen, die überhaupt nicht qualifiziert werden. Der Vertrag spricht hier von "fiktiven Qualifizierungsanteilen", um die der Lohn rigoros gekürzt wird. Jungerwachsene kommen bei der HAB somit in Zukunft nur noch auf einen Monatsbruttolohn von 1.900 bis 2.090 DM, und selbst die ÖTV räumt in ihrer Pressemitteilung ein, sich damit an der untersten Grenze der Tariflöhne zu bewegen. In Zukunft kann also nicht mehr ausgeschlossen werden, dass HAB-Beschäftigte für Reallöhne unterhalb des Sozialhilfesatzes arbeiten müssen.

Kürzung streng nach Tarif

Dieser Tarifvertrag gilt nur für die befristet bei der HAB beschäftigten SozialhilfeempfängerInnen, also für das "Klientel". Die "Stammbeschäftigten", etwa unbefristet beschäftigte AnleiterInnen, SozialarbeiterInnen etc. werden weiterhin nach dem gültigen BAT des öffentlichen Dienstes bezahlt. Besonders pikant ist der Umstand, dass die eigentlich Betroffenen an den Tarifverhandlungen überhaupt nicht beteiligt waren. Die Aushandlung des Vertrages war im wesentlichen eine Zwei-Personen-Angelegenheit zwischen HAB-Geschäftsführer Detlev Scheele, SPD, und ÖTV-Chef und HAB-Aufsichtsratsmitglied Wolfgang Rose, ebenfalls SPD. Die sogenannte

Tarifkommission, die das Verhandlungsergebnis lediglich abzunicken hatte, bestand ausschließlich aus VertreterInnen der ÖTV-Betriebsgruppe, alles Stammbeschäftigte.

Als "tarifpolitischen und sozialpolitischen Skandal" bezeichnete die linksoppositionelle Bürgerschaftsgruppe REGENBOGEN diesen Abschluss, eine Einschätzung, die aus mehreren Gründen zutreffend ist. Unter tarifpolitischen Gesichtspunkten hat die ÖTV in erster Linie einem faktischen Sondertarif für Jungerwachsene zugestimmt und damit das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" in Frage gestellt. Über das Geld am Ende des Monats entscheidet bei der HAB nun trotz gleicher Arbeit das Geburtsdatum.

Gleichzeitig beteiligt sich die ÖTV mit diesem Abschluss an der Zerschlagung des bisher im öffentlichen Beschäftigungssektors Hamburgs gültigen Tarifvertrags. Die anderen Beschäftigungsträger in der Hansestadt hatten 1997 den bisher gültigen HAB-Tarif in geringfügigen Modifikationen übernommen, teilweise bereits mit deutlichen Bauchschmerzen zumindest auf Seiten der fortschrittlicheren Träger. Wenn die ÖTV jetzt behauptet, der neue Abschluss gelte nur für die HAB, so ist das in hohem Maße lächerlich. Die Tinte unter dem Abschluss war noch nicht trocken, da forderte die Sozialbehörde bereits "Gespräche" mit den anderen Trägern mit der Stoßrichtung, die dort gezahlten Löhne auf das jetzige HAB-Niveau abzusenken. Und da die Einrichtungen von den Geldern der Behörde abhängig sind, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis sie auf breiter Front einknicken werden.

Mit diesem Tarifabschluss wird eine Strategie umgesetzt, die sozialdemokratische ArbeitsmarktpolitikerInnen bereits seit 1994 umtreibt. Seitdem ist die Rede davon, dass die Löhne im Zweiten Arbeitsmarkt zu hoch seien, dass sich eine Nische gebildet habe, die es insbesondere Jugendlichen wenig attraktiv erscheinen lässt, sich in die Knochenmühle des Niedriglohnsektors zu begeben. Repressive Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne sollten "eine freiwillige Lebensplanung in und mit den Instrumenten des Zweiten Arbeitsmarktes unattraktiv" machen. Im Frühjahr letzten Jahres hatte HAB-Geschäftsführer Scheele unmissverständlich mit den erzieherischen Vorteilen marktüblicher Niedriglöhne bei der "Nachsozialisation" von Jugendlichen geworben (vgl. ak 428). Eine "motivationsfördernde Arbeitsmarktpolitik", die bei Jugendlichen "Haltungsfragen vermitteln" und "Fehlsozialisationen vermeiden" will, müsse sich von der Vorstellung existenzsichernder Löhne verabschieden, ließ Scheele damals verlauten.

Pädagogik

der Arbeit

1997 hatten GAL und SPD im Koalitionsvertrag einen Niedriglohn-Tarif für Jugendliche bei der HAB dem Prinzip nach bereits beschlossen, die konkrete Ausgestaltung aber den Tarifparteien überlassen. Diesen Job haben HAB und ÖTV nunmehr erledigt. Die Arbeitsmarktpolitik nicht nur in Hamburg wird mit solchen Tarifen zur bloßen Drehscheibe zwischen Erwerbslosigkeit, Sozialhilfebezug und befristeten Billigjobs. Und genau darin liegt auch ihr tieferer Sinn bzw. die Perspektive eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors unter den Bedingungen des aktivierenden Sozialstaates: Erwerbslosen, insbesondere Jugendlichen soll eingebläut werden, dass sie sich bei Zeiten an eine unsichere Existenz in schlechten und schlecht bezahlten Billig-Jobs zu gewöhnen haben. Bei dieser Art schwarzer Pädagogik hat die ÖTV kräftig mitgeholfen.

dk.

28. Geld oder Leben. Das Buch zur Existenzgeld-Diskussion

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Sozialbewegung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:36

Bedenklich kurz sind sie, die Halbwertszeiten linksradikaler Polit-Themen. Ein Jahr lang sah es so aus, als würde von dieser Seite "die soziale Frage" neu entdeckt werden. Hitzige Diskussionen um die Forderung nach einem "Existenzgeld" wurden geführt, um nach dem April 1999 wieder sang- und klanglos zu verschwinden. Per Buch soll die Debatte jetzt wiederbelebt werden.

Existenzgeld. Kontroversen und Positionen" heißt der im Spätsommer diesen Jahres erschienene und von Hans-Peter Krebs und Harald Rein herausgegebene Sammelband. Unmittelbarer Anlass für dieses Projekt war die Konferenz "Für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Zur Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft", die im März 1999 auf Initiative der Gruppe FelS in Berlin stattfand. Mit dieser Konferenz (vgl. ak 424, 425) fand die neue innerlinke Debatte um Arbeit, Nicht-Arbeit, Produktion und Reproduktion ihren Höhepunkt und gleichzeitig ihr Ende. Das neue "Existenzgeld"-Buch verfolgt zwei Ziele. Zum einen sollen die damalige Debatte nachgezeichnet und die Ergebnisse der Konferenz ansatzweise dokumentiert werden. Zum anderen soll der seitdem abgerissene Diskussionsfaden neu aufgenommen und weitergesponnen werden.

Nach einer ausführlichen Einleitung von Harald Rein zur Geschichte der Existenzgeld-Forderung versammelt das Buch in einem ersten Teil (teilweise neu überarbeitete) Beiträge, die anlässlich der "Existenzgeld"-Konferenz vom März 1999 entstanden oder dort als Referate gehalten worden sind. Neben positiven Bezugnahmen auf die Existenzgeld-Forderung wie die Beiträge von Raul Zelik, Frieder Dittmar oder der FelS Sozial-AG finden sich auch kritische bis offen ablehnende Texte, etwa die von Christian Brütt, Martin Rheinländer, der Frauengruppe "Glanz der Metropole" oder der Wildcat.

Im zweiten Teil werden neuere Texte aus dem unmittelbaren Zusammenhang der Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen dokumentiert. Den dritten Teil des Buches bilden zwei Beiträge von Joachim Hirsch und André Gorz sowie ein Interview mit Michael Opielka, die zur damaligen Konferenz keinen unmittelbaren Bezug haben. Diese Auswahl scheint etwas willkürlich und ist wohl eher dem Frankfurter Lokalkolorit bzw. den Vorlieben der Herausgeber geschuldet. Im Fall des Opielka-Interviews ist das insofern ärgerlich, als Opielka für die linke und linksradikale Diskussion um Existenzrecht und Existenzgeld nie irgendeine Rolle gespielt hat. Sein Tummelplatz war die pragmatische und zunehmend realpolitisch geprägte Grundsicherungsdebatte bei den Grünen.

In dem ausführlichen vierten und letzten Teil haben die Herausgeber Statements zum Thema aus dem europäischen Ausland versammelt. Dies ist verdienstvoll, da über entsprechende Debatten außerhalb von Insider-Kreisen kaum etwas bekannt ist. Hilfreich wäre es allerdings gewesen, wenn der Entstehungshintergrund bzw. die Relevanz der Beiträge in der jeweiligen Diskussion nachvollziehbar gemacht worden wäre. Problematisch wird das insbesondere bei den französischen Texten. Sie stammen alle aus einer einzigen Strömung bei AC, die unter sehr starkem Bezug auf die bundesdeutsche Existenzgeld-Forderung einerseits und die Debatte um immaterielle Arbeit andererseits ein Existenzgeld als gesellschaftliche Einkommensforderung propagiert. Eine Position, die innerhalb von AC nicht unumstritten ist. Gerade für die hiesige Debatte wäre es fruchtbar gewesen, den französischen Diskussionsstand nachzuzeichnen, zumal die Debatte auch deutschen LeserInnen zugänglich ist (vgl. ak 420).

Heute, über eineinhalb Jahre nach der Berliner Konferenz, wirkt das "Existenzgeld"-Buch merkwürdig deplatziert, nennenswerte Diskussionen zum Thema finden nicht mehr statt. Krebs und Rein machen dafür den Kosovo-Krieg verantwortlich, der die damalige Debatte abrupt beendet habe. Mit dieser Sichtweise mogeln sich die Herausgeber jedoch um die strukturellen Schwächen der damaligen Debatte herum.

Von Beginn an war die Diskussion mit Politisierungs- und Organisierungsansprüchen überfrachtet, der sie niemals auch nur im Ansatz gerecht werden konnte. Bis auf ganz wenige Ausnahmen haben die meisten der in Berlin tagenden Gruppen und Einzelpersonen nach dem Konferenz-Event die Themen der Konferenz nicht weiter politisch verfolgt. Auch unabhängig vom Krieg entpuppte sich die Existenzgeld-Diskussion als

Eintagsfliege, deren agitatorisches und politisches Potenzial bereits im Juni 1999, zum Zeitpunkt des ersten und einzigen bundesweiten Nachbereitungstreffens, aufgebraucht war. Der offenkundige Widerspruch zwischen politischen Ansprüchen und der realen Geschichte der Existenzgeld-Debatte der letzten beiden Jahre wird im Rahmen des "Existenzgeld"-Buches an keiner Stelle kritisch reflektiert.

Im Vorwort beschwören die Herausgeber das Existenzgeld als "Politikansatz", aber um welchen Ansatz und welche Politik es gehen soll, wird nicht verraten. Das Existenzgeld bzw. die Forderung danach "sollte", "könnte", "muss" alles mögliche: auseinander driftende Bewegungen vereinheitlichen, Zugang zur "sozialen Frage" eröffnen, die sozialrevolutionäre Linke wieder handlungsfähig machen, aus der Marginalisierung herausführen etc. So der Tenor der meisten Beiträge zur Konferenz. Die Frage, warum das alles nicht passiert, ist vor und während der März-Konferenz nicht gestellt worden. Das jetzt vorliegende Buch tut dies auch nicht. Es spiegelt vielmehr die Schwäche einer Diskussion, die über Existenzgeld als politische Strategie im Sinne einer Trockenübung spricht, ohne über den realen Stand sozialer Bewegungen und die eigene Verankerung in den sozialen Prozessen zu reflektieren.

Auch die Einleitung von Harald Rein hebt dieses Manko nicht auf. Seine Geschichte der Existenzgeld-Forderung kommt arg linear und schematisch daher, als kontinuierliche Ausarbeitung eines Konzepts; Brüche sind kaum wahrnehmbar. Dabei spielte das Existenzgeld / garantierte Einkommen in den 80er Jahren bei einer aktiven und politisch-praktischen Aneignungsbewegung lediglich als Parole eine Rolle, nicht aber als konkrete Modellvorstellung oder gar als Inhalt einer Kampagne. Dass der Wandel von der Parole zum ausgearbeiteten Modell und zur Überhöhung zu "der" strategischen Orientierung einherging mit dem Niedergang der Bewegung, hätte zumindest zur Kenntnis genommen werden können.

Nahezu unisono sind sich alle Beiträge des "Existenzgeld"-Buches darin einig, dass der qualitative Sprung eines Existenzgeldes gegenüber allen anderen Formen sozialer (Grund-)Sicherung der Bruch mit der Arbeitsverpflichtung ist, der Bruch mit der Vorstellung, das Recht auf Existenz müsse sich durch Arbeit verdient werden. Wer nun aber die Erwartung verbindet, diese implizite Kritik an der Arbeit würde in der Diskussion zum expliziten Thema gemacht, sieht sich arg getäuscht. Die Debatte kommt ohne jegliche Diskussion der real existierenden bezahlten und unbezahlten Arbeit aus. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Konferenz in Berlin immerhin zur "Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft" aufgerufen hatte.

Diese Schieflage hat erhebliche Konsequenzen, die sich auch im "Existenzgeld"-Buch wiederfinden. Es zeigt sich die deutliche Tendenz, das Existenzgeld als reine Verteilungs- bzw. Reproduktionsfrage zu diskutieren. Ausnahmen - mit jeweils unterschiedlichem Blickwinkel - sind lediglich die Beiträge von Rheinländer, Wildcat, Glanz der Metropole und Seibert/Atzert.

Selbst in den radikaleren Varianten verliert die Diskussion damit viel von ihrem emanzipatorischen oder gar utopischen Gehalt. Von gerechterer Verteilung ist viel die Rede, auch von gesellschaftlicher Teilhabe unabhängig von Arbeit; weniger aber davon, wie diese Arbeit aussieht, von Ausbeutung und der Befreiung von Ausbeutung. Statt dessen ist in mehreren Beiträgen (etwa bei den Herausgebern oder den Texten aus Spanien und Italien) die sog. "Krise der Arbeitsgesellschaft" der Ausgangspunkt. Angesichts von Massenerwerbslosigkeit und Ausschluss von Konsummöglichkeiten erscheint das Existenzgeld/garantierte Einkommen als sozialpolitisches Instrument, das die Reproduktion der Ausgeschlossenen sichert.

Fatal ist dabei der Umstand, dass von einer "Krise der Arbeitsgesellschaft" gesprochen wird zu einem Zeitpunkt, wo "die Arbeit" als hegemoniales Prinzip unangreifbarer als je zuvor scheint. Bei genauerer Betrachtung ist nicht fehlende Vollbeschäftigung das Problem, sondern der Umstand, dass der aktivierende Sozialstaat tendenziell Vollbeschäftigung schafft! Der Arbeitszwang auf Sozial- und Arbeitsämtern hat dramatisch angezogen, mit aller Gewalt - und mit zunehmendem Erfolg - werden Menschen aus der Erwerbslosigkeit "in Arbeit" getrieben: in Billigjobs, zu Sklavenhändlern, in die Selbstständigkeit oder in unentlohnte Arbeitsformen. Und auch die alte Parole von der "Entkoppelung von Arbeit/Produktivität und Einkommen" wird gerade auf breiter Front umgesetzt, wenn auch nicht in der Form, wie die Linke sich das vorgestellt hat: Löhne und Gehälter haben zunehmend weniger mit der tatsächlichen Produktivität, mit Arbeitszeit und Arbeitsintensität zu tun.

Diese realen Produktions- und Reproduktionsbedingungen werden in der Existenzgeld-Debatte weder inhaltlich noch politisch-praktisch diskutiert. Doch eine gesellschaftliche Befreiungsperspektive, die nicht eine

Kritik der Arbeit und der Produktion beinhaltet, springt meilenweit zu kurz. Die gesellschaftliche Utopie des Existenzgeldes verkümmert damit faktisch zu einer Mindestsicherung bei gleichzeitiger Ein- und Unterordnung unter kapitalistische Produktions- und Reproduktionsverhältnisse.

Martin Rheinländer hat in seiner Kritik zu Recht darauf hingewiesen, wie eine derart eingeschränkte Diskussion der realen Neuformierung des Sozialstaats nichts entgegenzusetzen hat. Ähnlich, wie unter der Parole der Arbeitszeitverkürzung eine ungeheure Flexibilisierung und Intensivierung der Arbeit und der Ausbeutung umgesetzt wurde, so droht heute unter der Parole garantiertes Einkommen/Grundsicherung die Umstellung der sozialen Sicherungssysteme auf eine minimale Sockelung bei gleichzeitiger Verschärfung des Arbeitszwangs. Und wie in den 80er Jahren die Betriebslinke, so würde dann heute die Jobber- und Erwerbslosenbewegung ihr Waterloo erleben. Der Hinweis, so etwas habe man ja nicht gewollt, die Existenzgeld-Forderung sehe doch ganz anders aus, nützt dann wenig.

Ohne eine auch praktische Kritik der real existierenden Arbeit hat die Existenzgeld-Debatte hier auf Dauer eine offene Flanke. Dies gilt erst recht für die Beiträge, die sich an dem Konzept der immateriellen Arbeit orientieren (Seibert/Atzert, AC, Fumagalli). Denn an die Stelle der Kritik tritt dort im Kern eine positive Bezugnahme auf die "neue", postfordistische Arbeit mit ihren neuen Formen von Produktivität, Autonomie und Selbstständigkeit.

Diese "Arbeitskraftunternehmer" - mit einem erstaunlich hohen Anteil von Linken und Ex-Linken - können schnell zu den Motoren praktizierter Grundsicherungsmodelle werden. Für sie ist eine Sockelung in der sozialen Sicherung plus selbstbestimmte flexible Verausgabung der eigenen Arbeitskraft tatsächlich eine attraktive Alternative. Für das Gros der prekär beschäftigten BilliglöhnerInnen - von den VerkäuferInnen in den Supermärkten, über die ArbeiterInnen der Leiharbeitsfirmen bis zu den Beschäftigten der "New-Economy"-Klitschen hat ein solches Modell proletarischer Reproduktion aber wohl wenig utopische Ausstrahlung.

Bei aller Kritik: "Existenzgeld. Kontroversen und Positionen" bietet einen guten Überblick über den jetzigen Stand der linken Existenzgeld-Diskussion, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Allerdings bildet das Buch damit auch die gesamte Widersprüchlichkeit und nicht zu letzt das Elend dieser Debatte ab. Die Hoffnung, an abgerissene Debattenstränge wieder anknüpfen zu können, werden sich damit nicht erfüllen. Ein großer Verlust wäre das nicht. Das heißt nicht, dass es nichts zu diskutieren gäbe. Wie wäre es z.B. mit einem kompletten Neuanfang: "Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft" - ohne Verengung aufs Existenzgeld.

Dirk Hauer

Hans-Peter Krebs/Harald Rein (Hrsg.): "Existenzgeld. Kontroversen und Positionen", Münster 2000 (Westfälisches Dampfboot), 255 Seiten, 34 DM

29. Shaft - noch Fragen? Die Bewältigung des schwarzen Aufstands im Film

Autor: Oliver Demny · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:10

"Last time he was nice, this time he will be icccce", so der Trailer zu Shaft, einer der ersten von rund 200 Blaxploitation-Filmen in den USA Anfang der 70er Jahre. Seit Oktober läuft hier zu Lande das Remake Shaft 2000. John Singleton hat ein neues Abenteuer des schwarzen Bullen aus New York gedreht. Diesmal ist Shaft schöner, umgänglicher und puritanischer als der alte. Die Story ist schlicht, und Shaft wird zurückgeworfen auf das Klischee des Schwarz-Seins: Körper, diesmal in Armani-Verpackung.

Der frühe Shaft, unter der Regie von Gordon Parks Sr. ist die Geschichte eines "black private dick who's a sex machine to all the chicks", wie es der oscarprämierte Titelsong von Isaac Hayes ertönen lässt. Der schwarze Privatdetektiv John Shaft wird vom schwarzen Unterweltboss Harlems, Bumby Jonas, engagiert, um dessen entführte Tochter Marcy zu finden und zu retten. Bumby verdächtigt den schwarzen Revolutionär Ben Buford, genannt Lumumba. Shaft findet jedoch heraus, dass die Mafia hinter der Tat steckt, um die schwarze Konkurrenz aus dem Drogenmarkt in Harlem zu verdrängen. Der erste Versuch, das Mädchen zu retten, scheitert. Shaft wird verwundet. Beim nächsten Mal helfen ihm die schwarzen Revolutionäre und es kommt zum Showdown. Natürlich kann Shaft das Mädchen retten und die Mafia-Killer besiegen.

Gordon Parks Sr. war der erste schwarze Regisseur, der für ein Mayor Studio arbeiten konnte. Bekannt geworden als LIFE-Fotograf, durfte er den autobiografischen Film The Learning Tree (Hass, 1968) drehen. Shaft war so erfolgreich, dass er die ökonomisch ins Wanken geratene Produktionsfirma MGM am Leben erhielt. Nicht nur, dass die finanzielle Bedeutung eines schwarzen Publikums nun beachtet wurde, auch Weiße schauten sich die schwarze (Leinwand-)Welt begierig an. Zwei weitere Spielfilme und eine siebenteilige Fernsehserie über die Abenteuer von Shaft, weiterhin von Richard Roundtree gespielt, folgten.

Angefangen hatte die schwarze Leinwandpräsenz mit Melvin van Peebles Sweet Sweetback's Baadasssss Song (1971). Von ihm geschrieben, ohne Hollywood produziert und unter seiner Regie gedreht, spielte der 500.000 Dollar teure Film 14 Millionen Dollar ein. Erzählt wird die Geschichte von Sweetback. Ein Schwarzer, aufgewachsenen in einem Hurenhaus und zum Zuhälter geworden, tötet einen Weißen. Sodann, von der Polizei verfolgt, rennt er und rennt und rennt... "Dedicated to all the Brothers and Sisters who have had enough of the Man", galt er radikalen schwarzen politischen Führern als "a great revolutionary document".

Sex und Gewalt waren eine Seite des Films. Gedreht mit Zoomaufnahmen, Mehrfachbelichtungen und Farbverfremdungen wird ihm eine neue schwarze Filmästhetik zugesprochen. Blaxploitation was born. Mit diesen Filmen war die Mode und die Musik der 60er auf die Leinwand eingezogen, zudem Sex in seiner stereotypen Form des schwarzen Körpers als sexy, lustbetont und potent. Action und Gewalt schwarzer Protagonisten, verwoben mit einer Portion Trash, flimmerte aus den Projektoren. Neu war das zwar in seiner Verquickung, nicht jedoch in seinen einzelnen Bestandteilen. Schon zuvor waren Sidney Poitier als erster schwarzer Polizeidetektiv in In the Heat of the Night (In der Hitze der Nacht, 1966) und Sammy Davis Jr. als Pivatdetektiv in The Pigeon (Das Geheimnis der Puppe, 1969) zu sehen gewesen. In Cotton comes to Harlem (Wenn es Nacht wird in Manhattan, 1969) handelt die Kriminal-Story in einer schwarzen Umgebung.

Das Innovative an diesen Filmen - blaxploitation - lässt sich nur holprig übersetzen: Ein Teil des Wortes stammt von exploitation, also Ausbeutung, und bedeutet in der Kombination mit blax = black nicht die Ausbeutung Schwarzer im und durch den Film, sondern die Ausbeutung einer Situation von Schwarzen. Die realen Lebensbedingungen Schwarzer mit den damit verbundenen Zuschreibungen werden zur Grundlage des Films gemacht. Das Leben im Getto ist die Ausgangssituation der Geschichte und die Weißen bleiben Randfiguren.

Ein Abbild Martin Luther Kings

Zum Zeitpunkt des ersten Shaft hatte die Bürgerrechtsbewegung in den USA, die eng mit der Person Martin Luther Kings betrachtet wird, mit gewaltfreien Aktionen Verbesserungen für die Schwarzen erreicht - zumindest auf der legislativen Ebene. Die Umsetzung der neuen Gesetze haperte jedoch, vor allem in den

Südstaaten. Abgesehen davon, dass Schwarze oft gewalttätigen Übergriffen seitens der Weißen ausgesetzt waren, verbesserten die Gesetze nicht die schlechte ökonomische Lage des Großteils der Schwarzen. Riots in den Sommermonaten 1964 bis 1967 konnten nur mit Hilfe der Nationalgarde in den Griff bekommen werden, was den Geruch von Bürgerkrieg mit sich führte. Ab Mitte der 60er radikalisierte sich ein Teil der Bewegung. Immer mehr militante Organisationen schossen aus dem Boden. Die Black Panther Party trat für Selbstverteidigung ein und patrouillierte bewaffnet in den Straßen - ihr verfassungsmäßiges Recht. Für J. Edgar Hoover, den Chef des FBI, galten die Panther als die größte Bedrohung für die innere Sicherheit des Landes.

Das Zittern des weißen Amerikas hielt noch Anfang der 70er an, obwohl die Bewegung bereits am Ende war, untergegangen wegen der großen Repression der Polizei, innerer Zerrissenheit und mangelnder Analyse der Verhältnisse. Dieses Zittern musste auch medial bewältigt werden. Marx hatte einmal, Hegel benutzend, behauptet, weltgeschichtliche Tatsachen würden sich zwei Mal ereignen, das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce. Vielleicht ereignen sie sich heute das zweite Mal medial und dienen damit kollektiver Bewältigung.

Das Zittern des weißen Amerikas

Das personifizierte Böse des weißen Amerikas war ein schwarz gekleideter Schwarzer mit einem Gewehr in der Hand, voller Hass auf alles Weiße; ein Kommunist, der die bestehende Ordnung mit Gewalt beseitigen wollte; einer, der nicht der bestehenden Rationalität verhaftet war, männlich, körperlich, potent. Indem unterwürfige Schwarze in nicht-selbstständigen Positionen in Filmen gezeigt wurden, ließ sich so ein Typ nicht (mehr) bezwingen. Also musste ein akzeptables Äquivalent her, das der Angst-Personifizierung entsprach: ein gutgebauter Schwarzer, kräftig, mit Schießeisen, tough, der sich von nichts und niemandem etwas gefallen ließ; ein Ausdruck des neuen Selbstbewusstseins der black community.

Andererseits war die Person Shaft aber Ausdruck der amerikanischen Idee: Du kannst es schaffen, wenn du es nur selbst anpackst, ehrlich zu dir selbst und anderen bist. Shaft kritisierte nicht die bestehende Ordnung an sich, sondern nur ihre vermeintlichen Abweichungen: Verbrechen, Korrumpiertheit und Rassismus. Ein struktureller Zusammenhang zwischen Ordnung und Abweichung wurde nicht aufgezeigt. Shaft war damit ein Abbild des zumindest unter Liberalen akzeptierten jungen Martin Luther Kings. Shaft hasst nicht die Weißen, sondern die Bösen. Er stellt die Ordnung nicht in Frage und er ist nicht irrational.

And now: Shaft is back on the screen. John Singleton drehte das Remake mit Samuel L. Jackson in der Hauptrolle. Der Film war bei seinem Start in den USA am 16. Juni sogleich der Blockbuster. Am ersten Wochenende spielte er 21,1 Millionen Dollar ein.

Nachdem der Film hier zu Lande bereits am 26. Oktober seinen Start hatte, lässt sich nun machen, was anständige Filmkritik vermeiden sollte: den Inhalt erzählen. Auch aus einem anderen Grund ist dies legitim: Die Story ist dünn und vorhersagbar. Shaft ist im Remake ein New Yorker Polizeibeamter, der gerufen wird, weil ein junger Schwarzer vor einem Restaurant zu Tode geprügelt wurde. Der Verdacht fällt auf einen weißen Yuppie, der zuvor im Restaurant eine Auseinandersetzung mit rassistischen Mustern mit dem Opfer hatte. Der Yuppie wird angeklagt, kann dank seines steinreichen Vaters die Kaution von 200.000 Dollar bezahlen, und setzt sich in die Schweiz ab. Ebenso verschwindet eine mögliche Augenzeugin.

Schießeisen und schwarze Lederjacke

Cut. Zwei Jahre später. Der Yuppie kehrt in die USA zurück, wird von Shaft noch am Flughafen verhaftet, wird wiederum gegen Kaution, diesmal eine Million Dollar, auf freien Fuß gesetzt und beide jagen die Augenzeugin. Ganz klassisch werden noch ein lateinamerikanischer Drogenboss und Gettokönig mit ins Spiel genommen, sowie zwei korrupte Polizisten und eine Frau an Shafts Seite, eine Kollegin, die ihn unterstützt.

Seit den 70er Jahren hatte die Bürgerrechtsbewegung die formale rechtliche Gleichstellung der Schwarzen erreicht. Trotz Präsenz von Schwarzen auf allen Ebenen staatlicher Hierarchie und der Herausbildung einer schwarzen Mittelschicht lebt jedoch die Masse von ihnen in den innerstädtischen Gettos in Armut und Elend. Oder im Knast. Das öffentliche Bild von ihnen ist das des Drogendealers und Kriminellen oder der allein erziehenden, Wohlfahrtsgelder verschwendenden Mutter.

Dagegen ist der neue John Shaft die Verkörperung der neuen, sich selbst bewussten und stolzen schwarzen Mittelschicht. Er ist schicker geworden als in den 70ern: Er trägt nun Armani. Umgänglicher ist er geworden: Er flucht nicht mehr. Puritanischer ist er geworden: kein Sex, weder mit weißen noch mit schwarzen Frauen. Trotzdem verfügt er über eine unglaubliche Leinwandpräsenz. Er ist schön. Aber er begehrt nicht. Er ist zurückgeworfen auf das, was als Stereotyp seit alters her Schwarz-Sein bedeutet: Körper.

Was ihm geblieben ist, ist seine Coolness und Gewalttätigkeit. Und die ist zielgenau ausgerichtet gegen Feinde des american way of life. Damals wie heute ist die Botschaft von Shaft: Last time he was ice, this time he will be nice.

Oliver Demny

30. Zivilisation und Barbarei. Enzo Traversos Aufsätze über Auschwitz und die Defizite des Marxismus

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:01

Worin besteht die Singularität von Auschwitz? In der Verbindung eines "modernen Rassismus" mit der "destruktiven Technik einer industriell entwickelten Gesellschaft", schrieb der 1995 verstorbene Marxist Ernest Mandel. Enzo Traverso greift diese Antwort auf: "Bis jetzt hat sich solch eine fatale Verbindung aus Rassenhass und industrieller Modernität nur in Deutschland ergeben, im Ausnahmerahmen des Nationalsozialismus und des Krieges, doch nichts beweist, dass sie sich nicht eines Tages anderswo wiederholen kann."

In Enzo Traversos Aufsatzsammlung "Nach Auschwitz" geht es ausdrücklich um "die Linke und die Aufarbeitung des NS-Völkermordes", so der Untertitel. Der Autor - 1957 in Norditalien geboren, seit Jahren Politologe in Paris - macht schon im Vorwort deutlich, dass sein Thema unbewältigt ist - nicht nur hinsichtlich der aus "Auschwitz" zu ziehenden Lehren; auch die bisher gegebenen Erklärungen für den Mord an den europäischen Juden hält er für unzureichend - gerade die von AutorInnen, die sich in den "geistigen Traditionen des Marxismus" bewegen. Zu diesen gehört Traverso selbst auch; sein Buch hat er Ernest Mandel gewidmet, "dem revolutionären Intellektuellen, dem ‚nicht-jüdischen Juden`, dessen Leben und Werk mich gelehrt haben, was Internationalismus ist."

Einzigartig bedeutet nicht unvergleichlich

Am Marxismus kritisiert Traverso die "Unfähigkeit ..., den Völkermord an den Juden überhaupt wahrzunehmen und dann zu denken"; das lasse "erhebliche Zweifel an der Relevanz seiner Antworten auf die Herausforderungen des 20. und 21. Jahrhunderts aufkommen". Es geht Traverso also auch um die Zukunftsfähigkeit marxistischen Denkens und sozialistischer Politik: "Kein Projekt menschlicher Emanzipation kann das Tageslicht erblicken, ohne die Unmenschlichkeiten des 20. Jahrhunderts zu begreifen und ohne die Lektionen von Auschwitz zu lernen." Auschwitz ist der Völkermord, "bei dem der Rassenhass praktisch das einzige und ausschließliche Motiv darstellte". Seine Verwirklichung aber implizierte "administrative, technische und industrielle Strukturen, also eine für den modernen Kapitalismus typische ‚Rationalität`". Zu den Bedingungen, die Auschwitz möglich machten, gehört für Traverso die moderne "Zivilisation", die auch nach dem Ende des NS-Regimes fortbesteht. Die Grundlagen dieser "Zivilisation" wurden aber vom traditionellen Marxismus nie in Frage gestellt - im Gegenteil: Die marxistische Kritik am Kapitalismus basiert auf der These, dass dieser die Entfaltung der Produktivkräfte behindert, "irrational" wird und daher im Interesse der ökonomischen Entwicklung überwunden werden müsse. Auch diejenigen Marxisten, die, wie Lenin, an der Revolution fest hielten, wollten mit dem Aufbau des Sozialismus "die bürgerliche Zivilisation keineswegs umwerfen, sondern sie vielmehr vollenden und ‚überholen`".

In der hier notwendigerweise verkürzten Darstellung könnte es scheinen, als wolle Traverso die früher beliebte Parole "Kapitalismus führt zum Faschismus" durch den Slogan "Zivilisation führt zum Völkermord" ersetzen. Nicht ist falscher als dieser Eindruck. Denn auch der Völkermord an den europäischen Juden war nicht unausweichlich, sondern an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft. Dass er ein singuläres Ereignis war, bedarf aus Traversos Sicht eingehender Begründung. Um die zu liefern, vergleicht er ihn mit anderen Völkermorden des 20. Jahrhunderts - "einzigartig" bedeutet nicht "unvergleichlich". Den wesentlichen Unterschied zwischen der Shoah und dem Massenmord in den sowjetischen Lagern definiert er so: "Auschwitz bedeutet die durch ein ideologisch geprägtes Konzept begründete Vernichtung, die mit industriellen und bürokratischen Methoden geplant, überwacht und ausgeführt wurde." Dagegen war der "Gulag ... eine Form der Vernichtung ohne Theorie, die sogar im Widerspruch zu den Prinzipien des Regimes, das ihn praktizierte, stand." Knapper kann man es nicht auf den Punkt bringen.

Was die historische Einzigartigkeit von Auschwitz angeht, schließt Traverso sich der unter den Historikern dominierenden Meinung an: "Der Völkermord an den Juden war ... der einzige, bei dem die Vernichtung der Opfer kein Mittel, sondern Selbstzweck war." Aus dieser Einsicht dürfe aber keine Hierarchisierung der Opfer abgeleitet werden; zwar müsse der Historiker das kollektive "jüdische Gedächtnis" respektieren und verstehen

lernen, er dürfe sich diesem aber nicht unterwerfen. Was damit gemeint ist, fasst Traverso noch einmal im Schlussabsatz des Abschnitts über die Einzigartigkeit von Auschwitz zusammen: "Die beste Art und Weise, die Erinnerung an einen Völkermord im Gedächtnis zu bewahren, besteht sicher weder darin, die anderen Völkermorde zu leugnen, noch die Shoah religiös zu verklären. Die Shoah hat heute ihre Dogmen - ihre Unvergleichlichkeit und ihre Unerklärlichkeit, die zu normativen Prinzipien erhoben werden - und ihre gefürchteten Tempelwächter. Die Einzigartigkeit von Auschwitz anzuerkennen kann nur einen Sinn haben, wenn die Anerkennung dazu beiträgt, eine fruchtbare Dialektik zwischen der Erinnerung an die Vergangenheit und der Kritik an der Gegenwart in Gang zu setzen mit dem Ziel, die vielfältigen Verbindungslinien zu erhellen, die unsere Gegenwart mit der noch nicht weit zurückliegenden Welt verknüpfen, in der dieses Verbrechen begangen wurde."

Rassenwahn

und Rationalität

Diese Aussage soll provozieren. Insbesondere der Seitenhieb gegen die "Tempelwächter" ist geeignet, dem Autor Beifall von der falschen Seite einzubringen - von denen, die, wie Martin Walser, jüdischen Repräsentanten die "Instrumentalisierung von Auschwitz zu gegenwärtigen Zwecken" vorwerfen und das Ende der deutschen "Unterwerfungsrituale" fordern. Unbedingt richtig scheint mir Traversos Forderung, bei der Auseinandersetzung um die Vergangenheit, dem Bemühen um "Verstehen" die Gegenwart nicht aus den Augen zu verlieren: Historische Singularität von Auschwitz bedeutet ja nicht Unwiederholbarkeit. Auch sollte das kalkulierte Geschwätz der Herren Fischer und Scharping uns nicht dazu verleiten, tatsächliche Völkermorde zu bagatellisieren, weil sie, gemessen an der Shoah, "minderschwere Fälle" sind.

Dass eine Wiederholung nicht auszuschließen ist, haben große Intellektuelle schon frühzeitig erkannt. Primo Levi, der Auschwitz überlebte, kleidet seine Warnung und die Botschaft der mit ihm Geretteten in die schlichten Worte: "Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen: Darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben." (Schlusswort zu "Die Untergegangenen und die Geretteten", Turin 1986) Theodor W. Adorno hat in seinem berühmten Vortrag "Erziehung nach Auschwitz" (1966 für den Rundfunk geschrieben) ebenfalls die Möglichkeit der Wiederholung eingeräumt: "Morgen kann eine andere Gruppe drankommen als die Juden, etwa die Alten, die ja im Dritten Reich gerade eben noch verschont wurden, oder die Intellektuellen oder einfach abweichende Gruppen." Ausdrücklich weist er auch auf die Gefahr hin, dass die "Zivilisation", welche die Atombombe hervor gebracht hat, die zynisch so genannte "Bevölkerungsexplosion" mit wirklichen "Gegenexplosionen" einzudämmen versuchen könnte. Schon damals hob Adorno hervor, dass "die Grundstrukturen der Gesellschaft und damit ihrer Angehörigen, die es dahin (nach Auschwitz) gebracht haben, heute die gleichen sind."

Traverso, der an Adorno anknüpft, muss daher auch Goldhagen widersprechen, dessen eindimensionale Erklärung der Shoah eine Wiederholungsgefahr ausschließt: "Da die Deutschen heute aber - wie er (Goldhagen) uns im Vorwort seines Buches erklärt - mit ihren Vorfahren vor 1945 (wegen der von der amerikanischen Besatzungsmacht seit 1945 durchgeführten demokratischen Umerziehung, so sagt er) nichts mehr gemein haben, brauchen wir uns wegen des Aufschwungs des Rassismus am Ende des 20. Jahrhunderts nicht zu sorgen. Nachdem das deutsche Genozid-Syndrom einmal geheilt ist, ist Europa vor einer Wiederholung (in anderen Formen, unter anderen Umständen, mit anderen Opfern) einer Katastrophe wie während des Zweiten Weltkriegs sicher." In seiner wohl begründeten Ablehnung von Goldhagens These geht Traverso allerdings zu weit, wenn er schreibt: "Auschwitz war kein Ausbruch einer bestialischen und primitiven Gewalt, sondern eine dank eines geplanten industriellen Systems ‚ohne Hass` vorgenommene Massentötung." Richtig scheint mir vielmehr, was Traverso einige Seiten davor, in Anknüpfung an Ian Kershaw, so formuliert: "Der Weg, der nach Auschwitz führte, ... war sicherlich ein Produkt des Hasses, vor allem aber war er ‚mit Gleichgültigkeit gepflastert`."

Eine ethische Neudefinition

des Sozialismus

Insgesamt ist Traversos Buch nicht frei von Fragwürdigkeiten und Fehlern. So behauptet er etwa, der Antisemitismus hätte "im Programm der Nazis in den frühen zwanziger Jahren ... keinen wichtigen Platz eingenommen." Wie ein Blick in das NSDAP-Programm von 1920 zeigt, ist das Gegenteil richtig. "Kein Jude

kann daher Volksgenosse sein", heißt es unter Punkt 4; "Wucherer" und "Schieber" - eine Chiffre für Juden - seien "mit dem Tode zu bestrafen" (Punkt 18); das Judentum verstoße gegen "das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse", und die Partei bekämpfe "den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns" (Punkt 24). Richtig ist allerdings auch, dass die NSDAP zeitweilig ihren Antisemitismus zu Gunsten sozialer Demagogie zurückstellte - etwa um in Wahlkämpfen proletarische Schichten anzusprechen. Traversos Aussage bezieht sich aber nicht auf die Realpolitik, sondern auf das Programm. Ebenso fragwürdig ist, dass er den sog. "Madagaskar-Plan" für bare Münze nimmt und behauptet, dass Hitler in der französischen Kolonie "vier Millionen Juden ansiedeln wollte." Dass dieses Projekt "von Anfang an nur Tarnung und Spielmaterial war", wurde in dieser Zeitung ausführlich begründet. (vgl. ak 405)

Ungeachtet solcher Schwächen ist Traversos Buch äußerst anregend, weil wesentliche Fragen dort wirklich diskutiert und nicht einfach als "längst geklärt" abgehakt werden. Das gilt auch für den Aufsatz "Sozialismus und Ethik", aus dem ein Abschnitt in ak 443 dokumentiert wurde, und für das kurze Schlusswort. Die von Traverso geforderte "ethische Neudefinition des Sozialismus" bleibt dabei notgedrungen thesenhaft. Der Sozialismus könne nicht länger als "historische Notwendigkeit" verstanden werden. Er ist vielmehr eine "moralische Notwendigkeit" - schon für Walter Benjamin, den Traverso zitiert, war die Revolution nicht die "Lokomotive der Weltgeschichte", sondern vielmehr "der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse".

Von Benjamin übernimmt Traverso auch einen weiteren Gedanken, der im Widerspruch zum traditionellen marxistischen Fortschrittsglauben steht: "Der Wille, zu kämpfen und Opfer zu bringen, ‚nährt sich an dem Bild der geknechteten Vorfahren, nicht am Ideal der befreiten Enkel`". Die von Rosa Luxemburg formulierte Alternative "Sozialismus oder Barbarei" stelle sich heute anders als 1918: "Dieses Jahrhundert hat die moderne Barbarei kennen gelernt: Sie ist nicht nur möglich, sondern unauflöslich mit einer Zivilisation verbunden, die die unsere ist." Diesen Zusammenhang herauszuarbeiten, definiert Enzo Traverso als Aufgabe eines "Marxismus nach Auschwitz".

Js.

Enzo Traverso: Nach Auschwitz.

Die Linke und die Aufarbeitung des

NS-Völkermordes; Köln (ISP) 2000,

220 Seiten, 29,80 DM

Nachlesenswertes zum Thema

Auschwitz - kein "anderer Planet" (ak 374)

Warum Auschwitz? (ak 375)

Ökonomie und Politik

der "Endlösung" (ak 405)

Marxisten und "jüdische Frage"

(ak 380)

Von Enzo Traverso: Die Juden und die Russische Revolution (ak 377)

Creation date: 11-20-2000-

Modification date: 11-20-2000-

31. Das Verhältnis von Begriff und Gegenstand. Zur Kritik an der Postmoderne

Autor: Michael Zander · Rubrik: Diskussion; Philosophie · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:33

In der letzten ak-Ausgabe hatten VerteidigerInnen der Philosophie der Postmoderne das Wort. Wenn ich mich im folgenden fast ausschließlich auf deren Aussagen beziehe, bin ich hoffentlich davor geschützt, mich "in erster Linie durch betrübliche Unkenntnis" meines "Gegenstandes" (S. Gräfe) auszuzeichnen.

Ich will zunächst auf das Verhältnis von Begriff und Gegenstand eingehen, weil der ganze Ehrgeiz der Postmodernen, wie mir scheint, darauf abzielt, den darin enthaltenen Unterschied zu verwischen.

Begriff und Ding sind verschieden. Das Ding, natürlich oder von Menschen veränderte Natur, ist vor allem Mittel unserer Bedürfnisbefriedigung und als solche eine der Grundvoraussetzungen dafür, dass es uns gibt (die andere Voraussetzung ist, dass uns andere Menschen gemacht und "aufgezogen", d.h. uns versorgt haben). Insofern haben die Dinge für uns unvermeidlich praktische Bedeutung. Unsere Begriffe bilden die Welt nicht einfach ab, sondern heben an ihr immer bestimmte Aspekte hervor und vernachlässigen andere; sie sind unvermeidlich in verschiedenem Maße abstrakt. In den Begriffen steckt daher potenziell nicht nur Kenntnis, sondern auch Unkenntnis über den Zusammenhang zwischen natürlicher bzw. gesellschaftlicher Welt und menschlicher Praxis.

In ihrem Beitrag (Die Grenzen des Selbstverständlichen oder warum man Derrida gelesen haben wird) reduziert Stefanie Gräfe den Begriff der "Bedeutung" auf den Bereich der Sprache; demnach sind nur Worte bedeutsam. Es gebe, schreibt sie, keinen "inneren Zusammenhang" zwischen Begriff und Gegenstand. "Baum heißt nicht Baum, weil Baum so baumig klingt..." Natürlich nicht, die hölzernen Gesellinnen und Gesellen müssen ja gar nicht Baum heißen, manche Leute bezeichnen sie als tree, andere wieder nennen sie Arbol.

Von Bäumen, Brennholz und Kohlköpfen

Aus dem bekannten Umstand, dass "Baum ... nicht Traum, nicht Saum und nicht Raum ist", zieht die Autorin den m.E. falschen Schluss, Bedeutungen hätten "nirgends einen gesicherten Bezugspunkt in der ‚Realität`" Bedeutungen verändern sich mit unserer Einsicht über den bedeutsamen Gegenstand; es ist ja keineswegs selbstverständlich, dass nicht nur tote Bäume als Brennholz gut sind, sondern dass lebende Bäume Sauerstoff erzeugen, von dem wir leben. So weit wir mit einem Gegenstand unser Leben erhalten, muss in der Bedeutung, die wir ihm beilegen, zumindest ein reales Element enthalten sein. Die weitgehende "Dekonstruktion" wirklicher Bäume wird uns das in Erinnerung rufen.

Gräfe plädiert indirekt dafür "ahistorische ‚Gegebenheiten` wie Wahrheit, Vernunft... zurückzuholen in die Geschichte." Als Begriffe sind Wahrheit und Vernunft historisch; aber in dem, was mit ihnen bezeichnet worden ist, stecken auch Elemente, die wahrscheinlich keiner historischen Entwicklung unterliegen: Falls man unter Vernunft - ursprünglich die deutsche Übersetzung des lateinischen "intellectus" - u.a. die mehr oder weniger oberflächliche Einsicht in physikalische Wirkzusammenhänge oder menschliche Handlungsgründe versteht, dann muss es sie schon in allen menschlichen Gesellschaften gegeben haben; immerhin war die Menschheit bis jetzt in der Lage, sich durch Verarbeitung der Natur am Leben zu erhalten. Es ist natürlich möglich, eine ganz bestimmte Auffassung von der Vernunft zu kritisieren (z.B. diejenige Kants), aber davon ist in den Dossier-Texten nicht die Rede.

Begriffe, so die Autorin, könnten unterschiedlich verwendet werden, so sei z.B. ‚Krüppel` eine Diffamierung oder ein Kampfbegriff - "je nachdem" - aber nach was? Offensichtlich hängt die Verwendung von meinem Interesse ab, das von meiner gesellschaftlichen Position zwar nicht determiniert wird, diese aber doch unvermeidlich zur Voraussetzung hat.

Gräfe argumentiert, Begriffe seien nicht schlicht Abbild der Realität, sondern "auch" die "Herstellung von Realität - und zwar so: Sag ich zu meinem Kollegen, ‚bitte unterlasse das Rauchen`, dann hört er hoffentlich auf, mich Vollzuquarzen. Äußert ein Richter den Satz, ‚ich verurteile dich`dann ist das Urteil vollzogen" Nein. Der Richter urteilt. Ob das Urteil in Kraft tritt und umgesetzt wird, hängt z.B. davon ab, 1. ob einer wirklich Richter ist, 2. ob der Richter sich auf ein gesellschaftlich durchgesetztes Recht (Stichwort "Klassenjustiz")

stützt, d.h. 3. ob die Exekutive tatsächlich den Urteilen des Richters folgt. All dies ist offensichtlich an vielfältige materielle Voraussetzungen gebunden, die mit dem "Sprechakt" des Richters unmittelbar nichts zu tun haben.

"Derrida denkt einen Diskurs als Sprechweise, die zumindest in der westlichen Denktradition unerlässlich auf ein ‚Außen` angewiesen ist." Dennoch basiere "dieses ‚Außen` immer" (!) auf einem "gewaltsamen Ausschluss des Abweichenden" Nicht Sprechweisen, sondern die Sprechenden sind angewiesen auf eine materielle Außenwelt und auf eine gemeinsame Verständigung über diese - egal, ob mit westlicher Denktradition oder ohne. Diese Angewiesenheit schließt keineswegs aus, dass auch immaterielle Aspekte der Welt versprachlicht werden können bzw. müssen. Und da menschliche Wahrnehmung und Sprache unvermeidlich auf Hervorhebung und Abstraktion angewiesen sind, ist es m.E. starke Übertreibung, zu schreiben, das "Außen" beruhe immer auf einem gewaltsamen Ausschluss. Oder polemisch gefragt: Wenn ich z.B. einen Kohlkopf als profanes Ding der banalen Außenwelt auffasse, ihn als "essbar" identifiziere, um damit meinen Hunger zu befriedigen, muss ich deswegen andere Aspekte des Kohls "gewaltsam" ausschließen - z.B. dass man damit auch Fußball spielen könnte oder dass er mit Pestiziden vergiftet wurde?

Die wesentliche politische Schlussfolgerung, welche die Autorin aus ihren Überlegungen zur Postmoderne zieht, ist diese: "Worum es geht, ist..., gesellschaftliche Macht konsequent als Bedeutungsmacht denken zu können." Zuvor hieß es, Bedeutungen hätten keinen gesicherten Bezug zur Realität, folglich sagt sie nun, dies gelte auch für gesellschaftliche Macht - was ich allerdings entschieden bestreite.

Der Beitrag von ef. (Das Eine und das Viele. Zum Hintergrund postmoderner Kritik) beginnt damit, die Philosophie der Aufklärung - restlos? - "säkulare(n) Religionen" zuzuschlagen, die die Stelle der Theologie eingenommen hätten. "Das Eine", was früher Gott gewesen sei, habe sich in der "Vorstellung einer objektiven, säkularen Wahrheit und Vernunft kristallisiert". Damit verdeckt ef. die entscheidende Differenz, dass die Vernunft - zumindest dem Anspruch nach - an Einsicht, Nachvollziehbarkeit und praktische Erfahrung gebunden ist, während die Religion sich im Extremfall auf Autoritäten und Dogmen zurückziehen muss. Galileis Nachweis, dass die Gestirne nicht, wie die kirchliche Lehre besagte, an ‚Kristallschalen` befestigt sind, war bereits Frühaufklärung. Sein Mittel war der Zweifel. Verwirft man die Vernunft, d.h. unter anderem die Annahme der zumindest potenziellen menschlichen Einsichtsfähigkeit, dann verwirft man Mittel und Maßstab des Zweifels. (Übrigens hat Brecht in seinem Galilei-Stück gezeigt, dass der Erkenntnisprozess der Frühaufklärung als gesellschaftlicher untrennbar mit den Kämpfen von Sozial- und Geschlechtsklassen verbunden ist.)

ef. nennt es eine "Tatsache" - mit welchen Mitteln wird die festgestellt? -, dass die Vernunft sich nicht vernünftig begründen lasse. Allerdings ist es fraglich, ob eine solche Begründung überhaupt nötig ist. Vernünftiges Handeln in dem Sinne, dass damit Glaubenssätze angezweifelt und überprüft werden, bewährt sich m.E. durch die darin enthaltenen praktischen und emanzipatorischen Möglichkeiten.

Die "meisten Marxisten", die "Linkshegelianer", so ef., hätten im Proletariat den "Träger der substanziellen Sittlichkeit" gesehen. Ich würde eher sagen, sie begriffen die verschiedenen moralischen Vorstellungen als Ergebnis eines gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses, will aber nicht bestreiten, dass es evtl. durchaus platte Positionen gegeben hat, die dem Proletariat - d.h. uns Lohnabhängigen - unübertreffbare "Sittlichkeit" bescheinigt haben.

Im Anschluss an die Linkshegelianer-Kritik schreibt ef., "auch" der Sozialdarwinismus beanspruche "Einsicht in die Entwicklungsgesetze der Menschheit". Dass diese angeblichen "Gesetze" mit den von Marx so genannten nur den Namen gemeinsam haben, wird nicht berücksichtigt. Die Marxschen Analysen sind gegen eine naturalisierte Auffassung des Produktionsprozesses und der Gesellschaft und damit implizit gegen den Sozialdarwinismus gerichtet.

Von Aufklärung, Sittlichkeit und Wahrheitsanspruch

ef. stellt es so dar, als führe ein Wahrheitsanspruch unvermeidlich zu Terror und Unterdrückung und blendet dabei aus, dass Leute, bekannte und unbekannte, die einen bestimmten Aspekt der Wahrheit gegen die Lüge verteidigen, oft genug Opfer der Repression waren und sind. Übrigens meine ich beobachten zu können, dass die gewöhnlichen Wissenschaftler mehr und mehr auf einen Wahrheitsanspruch verzichten und statt dessen, im Sog der Kürzungspolitik, die "Anwendbarkeit" und Käuflichkeit ihres Handelns betonen.

Um dem Vorwurf zu begegnen, die Postmoderne sei unpolitisch oder konservativ, weist ef. auf Derridas linkes Engagement hin. Abgesehen davon, dass die Beachtung der politischen Tätigkeit eines Philosophen nicht ausreicht, um die politischen Konsequenzen seiner Philosophie auszuloten, lässt sich auch mehr als ein Gegenbeispiel zu Derridas Aktivitäten finden. Nehmen wir Baudrillard. "In New York findet man Baudrillards Vergleich von AIDS mit einer ‚viralen Karthasis` nicht sehr amüsant. Er hält diese Karthasis... für ‚ein Mittel gegen die totale sexuelle Befreiung, die mitunter gefährlicher ist als eine Epidemie.` (...) Sie entsinnen sich sicher noch, wie uns der Prophet... verkündet hatte: ‚Der Golfkrieg findet nicht statt.` Ein paar Monate später präsentierte (er) uns dann eine Sammlung seiner jüngeren Aufsätze unter dem Titel Der Golfkrieg hat nicht stattgefunden. (...) Als ihn Der Spiegel fragte, ob er den Vorschlag annehme, sich das Schlachtfeld im Irak anzusehen, antwortete er: ‚Ich ernähre mich vom Virtuellen.`" (Bourdieu & Haake: Freier Austausch, S. 43ff)

Auf Thomas Seiberts Artikel (Keine Angst vor Jacques Derrida. Annäherungen an einen linken Radikalismus nach dem Ende der Utopie) will ich nur kurz eingehen. An dessen Schluss werden die praktischen Konsequenzen auch der postmodernen Philosophie betont. Aber damit landet Seibert wieder bei der Frage nach den Mitteln des Handelns. Und da genügt es keineswegs, die "Bejahung" des "bewaffneten Kampfes" als "ideologische Figur" und als zu den "dunkelsten Traditionen der Linken" gehörend abzuqualifizieren. Seibert unterstellt dem "utopischen" und dem "wissenschaftlichen" Sozialismus, die er beide als "Quellen" der "Verachtung des Rechts" bezeichnet, sie hätten Rechts- und Gerechtigkeitsfragen auf Machtfragen reduziert bzw. das Recht "im Namen unendlicher Gerechtigkeit" unterworfen. Vielleicht: Aber das eigentliche Problem, das sich allen sozialistischen Bewegungen stellt, verschweigt Seibert. Es ist das Problem, dass Macht nur mit Gegenmacht gestürzt werden kann, dass also einerseits herrschendes Recht gebrochen werden muss und andererseits für das neue Recht noch nicht unbedingt garantiert werden kann und die Gefahr besteht, dass die ursprüngliche Gegenmacht sich gegen die Aufständischen und deren humane Anliegen selbst wendet.

Von Gerechtigkeit, Recht und Macht

Indem die Postmoderne Gesellschaftskritik weitgehend auf Sprachkritik reduziert, restauriert sie den Glauben an die Allmacht der Begriffe. Ironisch haben Marx und Engels im Jahr 1846 eine z.T. ähnliche Auffassung charakterisiert. "Die Menschen haben sich bisher stets falsche Vorstellungen über sich selbst gemacht, von dem, was sie sind oder sein sollen. (...) Rebellieren wir gegen diese Herrschaft der Gedanken. Lehren wir sie ..., sich kritisch" zu den Begriffen "zu verhalten ..., sie sich aus dem Kopf zu schlagen ..., und - die bestehende Wirklichkeit wird zusammenbrechen" (MEW 3, 13). Bei Gräfe heißt es bescheidener: "Man gräbt das Ausgeschlossene aus dem Diskurs heraus und konfrontiert diesen dann damit, bis die jeweilige Ordnung des Diskurses ... zusammenkracht." Und dann?

Möglicherweise enthält die Postmoderne auch wichtige Einsichten, aber die findet man nicht heraus, indem man diese Philosophie verteidigt.

Michael Zander

32. "Schätze unter der Haut." Die Inwertsetzung von Gewebezellen und Genen. Interview mit Erika Feyerabend

Rubrik: Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:28

Im Sommer dieses Jahres verkündeten die privatwirtschaftliche amerikanische Firma Celera Genomics und das internationale staatliche Human Genom Project (HUGO) zeitgleich die weitgehende Entschlüsselung des menschlichen Genoms. Über die Nutzungsoptionen gen- und medizin-technischer Entwicklungen und deren gesellschaftspolitischen Auswirkungen haben wir ein Interview mit Erika Feyerabend (Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften/Bio-Skop e.V.) geführt.

Welche Konsequenzen hat die Entschlüsselung der chemischen Struktur des menschlichen Erbgutes? Ist damit wirklich der gefeierte epochale Sprung auf dem Weg ins biotechnologische Zeitalter gelungen? Wird die Biotechnologie damit endgültig zur Leittechnologie des 21. Jahrhunderts?

Die Leittechnologie des 21. Jahrhunderts ist sie ohnehin. Der qualitative Sprung liegt allerdings nicht auf der Ebene der Erkennung der genetischen Ursachen von allerlei Erkrankungen und Einschränkungen. Die Darstellung und sogenannte Entschlüsselung der chemischen Bestandteile des Erbmoleküls beinhaltet nur eine geringe Aussage. Aus der Auflistung der chemischen Bestandteile via Sequenziercomputer kann man überhaupt keine Schlüsse ziehen, wo irgendeine Erkrankung auf diesem Erbmolekül zu verorten ist.

Der qualitative Schritt ist die gemeinschaftliche Darstellung eines epochalen Sprungs von Seiten des Human Genom Projects - eines internationalen staatlichen Konsortiums von Forschern - und dem privatwirtschaftlichen Unternehmen Celera Genomics von Craig Venter. Qualitativ ist der Sprung insofern, als er wirtschaftliche Potenziale freisetzt. Nach der Pressekonferenz der beiden Konsortien hat Herr Catenhusen, der im Bundestag für diese Fragen zuständig ist und der SPD angehört, eine 70-prozentige Erhöhung des Forschungsetats für solche Unternehmen in der Bundesrepublik verkündet. Auch in den USA werden in erhöhtem Maße öffentliche Gelder in diesen Bereich gepumpt. Auf der anderen Seite fließt natürlich auch das Kapital via Börse und Aktienmarkt in solche privaten Firmen wie Celera. Das Kapitalaufkommen hat sich meines Wissens fast verdoppelt.

Aber sind nicht jetzt schon ganz konkrete soziale und politische Konsequenzen der Humangenetik absehbar? Wird z.B. ein Genzeugnis in Zukunft nicht zur Einstellungsvoraussetzung bei Firmen in gesundheitssensiblen Produktionsbereichen oder die genetische Risikoanalyse zur Bedingung beim Abschluss einer Lebensversicherung?

Die Tendenzen, an die molekulargenetische Analyse soziale Ausschlussverfahren zu koppeln, gibt es bereits. Die sind aber nicht unmittelbar mit der sog. epochalen Entschlüsselung des menschlichen Genoms verknüpft, sondern diese Forschungsprojekte zur Entwicklung solcher gendiagnostischen oder Gentests genannten Verfahren laufen weltweit. Der Hauptpunkt dieser ganzen Forschung ist, dass Technologien geschaffen werden, die Risiken schaffen und am Individuum festmachen. Diese genetisch belasteten Individuen werden dann im Rahmen von Versicherungen, Arbeitsverträgen usw. möglicherweise unter schlechteren Konditionen versichert und abgesichert werden.

Nachdem die britische Regierung im September grünes Licht für das sog. therapeutische Klonen gegeben hat, ist auch in der Bundesrepublik eine lebhafte Debatte über Chancen und Risiken dieser Verfahren entbrannt. Können in Zukunft Organe und Körperteile als menschliches Ersatzteillager künstlich hergestellt werden?

Das ist eine parallele Logik zur Entschlüsselung des menschlichen Genoms. Da geht man davon aus, mit der genetischen Ursachenklärung von Erkrankungen perspektivisch alle möglichen Zivilisationskrankheiten bewältigen zu können. Nach dem Motto: wenn wir nur die Ursache kennen, dann wird es auch eine Therapie geben. Parallel ist dieses Projekt des "therapeutischen Klonens" zu sehen. Auch da wird, um zu legitimieren was man für Forschungsgelder verbraucht, eine Heilungsperspektive in unbekannter Zukunft in Aussicht gestellt.

Dass tatsächlich ganze Organe nachgezüchtet werden könnten, ist eine Allmachtsfantasie der Wissenschaftler, die gerade mit embryonalem Gewebe und Stammzellen experimentieren. Über die Stammzellen selber weis man an sich recht wenig. Allein die Behauptung, dass sich eine solche Heilungsperspektive ergibt, verkündet von Seiten der biowissenschaftlichen Experten, scheint ja schon auszureichen, um jede Form von Kritik und Bedenken von der gesellschaftlichen Agenda zu verbannen.

Was gemacht werden wird, ist die Fabrikation von Gewebe. Das Entscheidende ist dabei nicht, dass solche Substanzen im Labor entstehen können und dann im Menschenversuch an Schwerstkranken verpflanzt werden müssen. Das Entscheidende ist, dass der Embryo zu einer Art biomedizinischen Produktionsmittel erklärt wird. Dass sozusagen dieser Embryo zu einer Substanz wird, die von Wert ist. Das ist der epochale Sprung, der damit verbunden ist.

In der Bundesrepublik läuft im Moment eine heiße Debatte um die gesetzliche Regulierung dieser neuen Methoden. Bisher hat die Bundesrepublik für sich immer reklamiert, dass sie eine sehr restriktive Gesetzgebung hat. Das Embryonenschutzgesetz z.B. verbietet ja noch immer die Herstellung von Embryonen zu anderen Zwecken als der Fortpflanzung. Werden durch den Druck, der jetzt durch die neuen Verfahren und durch die damit verbundenen Gewinnaussichten aufgebaut wird, diese restriktiven Bestimmungen absehbar fallen?

Ich bin davon überzeugt, dass sich das Embryonenschutzgesetz, das 1990 verabschiedet worden ist, nicht halten lässt. Einfach weil die technologische und wissenschaftliche Entwicklung vorangeschritten ist. Wobei anzumerken ist, dass gesetzliche Barrieren für die Forschung als solche dabei nicht aufgestellt worden sind. Das was aber 1990 technisch noch gar nicht möglich war, nämlich z.B. die Forschung rund um die Klonierung und die Stammzelle, wird sich als Verbot nicht aufrecht erhalten lassen. Und wir haben schon die ersten Anzeichen, dass das im europäischen Vergleich relativ restriktive Embryonenschutzgesetz aufgeweicht werden wird.

Es gibt eine schon recht konkrete Initiative zu einem sog. Fortpflanzungsmedizingesetz. Bei diesem Fortpflanzungsmedizingesetz geht es u.a. um die Frage, können embryonale Stammzellen für die Gewebeproduktion genutzt werden. Es geht um die Zulässigkeit bestimmter genetischer Diagnoseverfahren an diesem außerkörperlich hergestellten Embryo. Und es geht um die Frage der Zugangsvoraussetzungen, um solche Verfahren in Anspruch zu nehmen. Dies sind alles Punkte, die im Embryonenschutzgesetz restriktiv geregelt sind und im neuen Fortpflanzungsmedizingesetz zugelassen werden sollen. Zwar nicht ganz offen und ohne Reglementierung, aber unter einem sog. Arzt- oder Wissenschaftlervorbehalt.

In deinen Vorträgen und Publikationen ist häufig von der politischen Ökonomie des genetischen Codes die Rede. Wie funktioniert die Inwertsetzung des menschlichen Körpers? Welche besonderen Wertschöpfungspotenziale siehst du auf diesem Gebiet? Und welche Rolle spielt in diesem Kontext die Frage des Eigentumsrechtes und der Patentierbarkeit menschlicher Körpersubstanzen?

Die Wertschöpfung wird sozusagen an der Körpersubstanz, an Blut und Gewebe, organisiert. Das ist unbedingte Voraussetzung, um überhaupt so etwas wie genetische Information herstellen zu können. Das besondere an dieser Wertschöpfung am Körper ist, dass der Körper selber den Rohstoff und das Produktionsmittel abgibt, und dass über die Auseinandersetzung mit diesen neuen Wertschöpfungsmöglichkeiten alle Welt erfährt, "welche Schätze unter der Haut liegen." So die Formulierung eines Juristen, der sich gerade mit dieser Thematik beschäftigt. Die Fragen sind: Wann sind die Voraussetzungen gegeben solche Gewebe- und Blutsubstanzen zu entnehmen, um damit später natürlich privat Profite erwirtschaften zu können? Und wem gehört die genetische Information? Die liegt ja nicht eigentlich in der Zelle vor, sondern sie muss durch die Isolation dieser Gene und das Belegen dieser Substanzen mit einer wissenschaftlichen Bedeutung, erst hergestellt werden.

Und damit kommen wir zu den Patentierungsverfahren. Das Patentrecht sagt, nicht das Gen als solches ist eigentumsfähig, kann also in den Besitz einer Firma oder eines einzelnen Forschers übergehen. Erst wenn ich bestimmte Verfahren der Isolation habe und wenn ich bestimmte Bedeutungen auf dieses Gen übertragen kann, dann bin ich Besitzer dieser Information, weil ich sie selbst hergestellt habe. Das hat zum einen den Effekt, dass nur Wissenschaftler und Firmen in der Lage sind, Eigentümer dieser Information zu werden und nie der/diejeniege, der/die sozusagen die Substanz geliefert hat. Die Person ist per se von den Gewinnen und

vom Profit ausgeschlossen. Das einzige was interessant ist an diesem Individuum oder auch an ganzen Gruppen, die Blut oder Gewebe abgegeben sollen, ist, dass sie das freiwillig tun und das sie vorher über die Möglichkeiten der wissenschaftlichen Forschung wie auch der ökonomischen Inwertsetzung informiert werden.

In der öffentlichen Diskussion um die ethische Dimension der Humangenetik scheint es oft so, als wenn linke GentechnikkritikerInnen in einer Front stehen mit konservativen Politikern und christlichen Lebensschützern. Wie unterscheidet sich eine fortschrittliche Technologiekritik von den Argumenten der Lebensschützer?

Das ist jetzt eine ganz schwierige Frage, weil die Frage davon ausgeht, dass sich die Argumentation der "linken Gentechnikkritiker" substanziell von den Argumenten, die von der eher lebensschützerischen Fraktion kommen, unterscheidet. Da bin ich mir gar nicht so sicher. Und ich finde eine große Gemeinsamkeit dieser unterschiedlich motivierten Kritiker ist genau der Punkt der Ethik. Ich bin der Meinung, dass sich mit der sog. Entschlüsselung des menschlichen Genoms, mit den entsprechenden Produkten, die sich daran anschließen - nämlich vor allem gendiagnostische Verfahren -, dass sich damit eine Politik an der Bevölkerung organisieren lässt. Eine Politik, die auf Zuschreibung biologischer Merkmale hinausläuft und daran bestimmte soziale Ausschlussverfahren anschließt. Und diese biologisch begründete Politik stellt das Problem dar.

Es müsste derzeit eher darum gehen zu beschreiben, wie sehr die Biologie die sozialen Verhältnisse verändern wird. Dies wird meiner Meinung nach in der Öffentlichkeit zu wenig unterstrichen. Statt dessen geht es mehr um die Frage, darf man den Embryo zum Zwecke der Gewebeproduktion und nicht der Reproduktion benutzen. Das entscheidende ist hier auch wieder nicht die einzelne Handlung, sondern dass sich eine Ökonomie, bestimmte bürokratische und politische Institutionen rund um den Embryo bilden, und dass sich Märkte sozusagen an dem Körper von Frauen organisieren lassen. Und das ist keine Frage der Ethik, sondern eine Frage der Politik und Ökonomie.

Führen die neuen biotechnologischen Entwicklungen auch zu einer neuen Form der "sauberen" kommerziellen und kundenorientierten Eugenik, wie es z.B. der bekannte US-Wissenschaftskritiker Jeremy Rifkin prophezeit? Entsteht durch diese Entwicklung eine neue Art der Zwei-Klassen-Gesellschaft, die sich in reiche genoptimierte und arme, quasi natürliche Exemplare spaltet?

Ich denke schon, dass wir bereits in der Gegenwart eine neue Eugenik haben. Und zwar eine Eugenik, die weder staatlich zwangsverordnet ist noch auf die Frage der Aufwertung einer "Rasse" oder eines "Volkskörpers" zielt. Sondern es geht tatsächlich um so etwas wie eine "kundenorientierte Eugenik", die darauf zuläuft zu sagen, sie haben die Möglichkeit ein Kind mit weniger Einschränkungen, mit besseren biologischen oder genetischen Voraussetzungen zu bekommen; wollen Sie das, oder wollen Sie das nicht?

Insgesamt geht es nicht um die bessere "Rasse", sondern es geht hier um eine kostengünstigere Solidargemeinschaft, die weniger Ressourcen in Sachen Krankenversorgung, Pflege usw. in Anspruch nimmt. Das ist etwas ganz anderes als die "alte Eugenik". Das setzt sich mit den Mitteln der heute schon etablierten vorgeburtlichen Medizin durch.

Was Jeremy Rifkin an die Wand malt, dass wir eine Zwei-Klassen-Gesellschaft haben werden, diejenigen, die in der Lage sind sich genetisch aufwerten zu lassen, und diejenigen, die sozusagen Naturexemplare sind, ist eine totale Übersteigerung der Möglichkeiten, die in der Genomforschung liegen. So funktioniert die Aufbesserung nicht! Sie funktioniert eher leise und eher in etablierten, anerkannten Strukturen des Gesundheitswesens. Sie bezieht sich hauptsächlich darauf, "Nicht-Normales" auszuschließen. Und nicht in dem Sinne ein Individuum aufzubessern, das kann diese Wissenschaft nicht.

Das Interview führte Tom B.

33. Fanatische Horden. Der palästinensische Aufstand und der Rassismus deutscher Linker

Autor: Js. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:30

Seit Karl May weiß der deutsche Spießer Bescheid über die Araber: Fanatisch in ihrem Glauben, gewalttätig, hinterhältig und stets bereit, den Märtyrertod zu sterben - die gängige Typisierung erlebt anlässlich des palästinensischen Aufstands eine neue Blüte, leider auch in der linken Presse. In der November-Ausgabe von konkret nimmt sich Hermann L. Gremliza des Themas an. Nach einer Abgrenzung von den religiösen "Aberglaubensgemeinschaften", die seiner Ansicht nach allesamt "zu verbieten" wären, kommt er zur Sache:

"Wie, beispielsweise, der Islam, zu dessen besonderen Features es gehört, jedem seiner zur Keuschheit verpflichteten jungen Gläubigen als Lohn für ein Attentat, bei dem er außer einer größeren Menge Juden auch sich selber in die Luft sprengt, im Paradies ein Dutzend Privatjungfrauen, ficks und fertig, bereitzulegen. Und so mussten, heißt es, in wenigen Tagen hundert Palästinenser und zwanzig Israeli sterben, weil ein israelischer Politiker auf dem Tempelberg in Jerusalem einen Rundgang gemacht hat, wie ihn täglich ungezählte Touristen machen. Weil der Politiker aber Jude ist und der Tempelberg eine ‚heilige Stätte` der Muslime, war der Rundgang eine Provokation, die nur mit Blut gesühnt werden konnte."

Dass Scharons "Rundgang" im Schutz von 1.200 "Sicherheitskräften" eigentlich nur Antisemiten empören kann, lesen wir auch in der Jungle World (18.10.). Dort schreibt Deniz Yücel: "Ist ein einzelner Jude erst zum Abschuss freigegeben, so kann sich das antisemitische Ressentiment entladen, ohne sich verdächtig zu machen... Wenn man die Kommentare um den Namen Scharon kürzt, wird der antisemitische Subtext erkennbar: Den meisten Palästinensern gilt die Existenz Israels

als Provokation, die Juden haben auf dem Tempelberg nichts verloren,

sie sind Terroristen und treten herrisch auf."

Dass in Wahrheit die rebellierenden PalästinenserInnen die Schuldigen sind, teilen uns in derselben Ausgabe Thomas von der Osten-Sacken und Thomas Uwer mit: "Aufgeputschte Massen und vermummte Gestalten" lieferten vertraute Fernsehbilder: "Sie waren kaum zu unterscheiden von den Bildern rassistischer Hetzjagden in deutschen Städten." Wer es Israel verwehre, den "Terrorismus" zu bekämpfen, mache sich letztlich zum Komplizen der Kriegstreiber. Deniz Yücel sieht eine bemerkenswerte Parallele: "Als Jugoslawien das Recht abgesprochen wurde, sich gegen Terrorismus zu wehren, war es Ariel Scharon, der davor warnte, Israel könne das nächste Ziel einer ‚humanitären Intervention` werden. Noch verlangt zwar niemand einen Militärschlag gegen Israel, um nach dem Kosovo auch die Westbank von Juden zu säubern." Das aber, warnt der Autor, könnte sich schnell ändern, insbesondere in Deutschland.

Dass Linke einseitig für Israel Partei zu ergreifen haben, steht für Gremliza heute ebenso fest wie 1991, als konkret den Krieg gegen den Irak rechtfertigte. Dem Herausgeber ist das nicht etwa peinlich - stolz zitiert er einen eigenen Artikel von März 1991, der sich seiner Meinung nach als goldrichtig erwiesen hat. Es müssten "Zweifel aufkommen", hatte Gremliza damals geschrieben, "ob die USA und ihre europäischen Alliierten schon heute mit dem Preis spekulieren, zu welchem sie Israel morgen an ihre arabischen Alliierten verkaufen würden." - "Zehn Jahre später ist es endlich offenbar", schreibt er weiter: "Beim Tanz um die heiligen Quellen des Islam werden die Israeli von den Weltmächten nicht gebraucht und sind die Palästinenser ihren Glaubensbrüdern lästig." Letzteres ist keineswegs neu; für die erstere Behauptung aber, die "Weltmächte" wollten Israel an die arabischen Staaten "verkaufen", gibt es keine nachvollziehbaren Anhaltspunkte.

Gleichwohl meint auch das Autoren-Duo von der Osten-Sacken/Uwer, einem anti-israelischen Komplott auf der Spur zu sein. Im Unterschied zu Gremliza sehen sie allerdings die USA noch fest an der Seite Israels. Das durch die "israelisch-amerikanische Nahost-Dominanz" garantierte Gleichgewicht in der Region werde aber durch neue Herausforderer gefährdet: "Europa meldet eigene Ansprüche im Nahen Osten an - gegen die USA und Israel, mit Muammar al-Gaddafi und Saddam Hussein". (Jungle World, 25.10.) Gegen solche Schurken aber, das fand Gremliza schon 1991, ist - ausnahmsweise! - auch mal der Einsatz US-amerikanischer Bomben und Raketen gerechtfertigt ...

Js.

34. Ignoranz und Bekennertum. Wenn Linke ein "Tabu" brechen, das keines ist: Antisemitismus in der Linken

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:02

Was ich nicht kenne, gibt es nicht - und wenn ich es schließlich doch entdecke, blase ich es zur sensationellen Enthüllung auf: Das publizistische Erfolgsrezept erfreut sich leider auch in linken Kreisen großer Beliebtheit. Der vorliegende Fall ist besonders ärgerlich, weil die Enthüllung, die keine ist, gleich zu einem Buch verarbeitet werden musste. Vier Mal auf 20 Zeilen verwendet der Unrast-Verlag die Wörter "Tabu" bzw. "enttabuisieren", um die geradezu historische Bedeutung des Buches "Wir sind die Guten" heraus zu stellen: "Erstmals reflektieren Gruppen und Einzelpersonen aus dem Spektrum der radikalen Linken selbstkritisch das Tabu-Thema ‚linker Antisemitismus` in einem Buchprojekt." Dass das schlicht gelogen ist, belegt die Literaturliste im Anhang. Die ist zwar äußerst ärmlich, für die weitgehend uninformierten AutorInnen aber offenbar schon Ausweis ernsthafter Studien: "Ich selbst hatte mich, bis ich anfing an diesem Buch zu arbeiten, nicht tiefergehend mit Antisemitismus beschäftigt", schreibt Mitherausgeber Willi Bischof.

Wer so freimütig die eigene Ignoranz demonstriert, muss seine LeserInnen anderweitig entschädigen. Die "Guten" tun das mit verblüffendem Bekennertum: Nicht gut, nein schlecht sind (oder waren) "wir" - erst die Beschäftigung mit Martin Walsers Paulskirchen-Rede führte "uns" nämlich zu der Erkenntnis, dass "wir uns solange ... im Kern nicht von Walser unterscheiden, wie wir mit dem Finger auf andere zeigen". Mehr noch - "wir" sind sogar richtig gefährlich, gefährlicher vielleicht als Walser, der bloß Bücher schreibt und Reden hält: "Unser Antisemitismus ist nicht schlimmer oder harmloser als der anderer gesellschaftlicher Gruppen ..." Dass dieser Satz aus dem Vorwort offensichtlich falsch ist, gesteht Frank Lohscheller implizit ein, wenn er mal so richtig die Sau raus lässt und seine antisemitischen Vorurteile ausbreitet: Juden waren für ihn stets "reich, es war wichtig, sich vor ihnen in acht zu nehmen ... Ich hatte z.B. nie darüber nachgedacht, dass es arme Israelis geben könnte". Das ist zwar deprimierend, aber auch vergleichsweise harmlos, da der bekennende Antisemit gleichzeitig zu verstehen gibt, dass er sich - insbesondere gegenüber befreundeten Juden - irgendwie schämt und Angst hat, "eine Äußerung zu machen, die meinen Antisemitismus zu Tage brächte."

Immerhin macht sich derselbe Autor Gedanken, woher seine antisemitischen Einstellungen kommen, und entdeckt "Kontinuität im NS-Erziehungsstil" - eine Formulierung, die wie viele in dem Buch verunglückt ist. Gemeint ist, dass wesentliche Grundsätze nationalsozialistischer Erziehung auch in der Nachkriegsdemokratie prägend blieben. Um das heraus zu arbeiten - ein verdienstvoller Vorsatz, der leider nicht erfüllt wird -, zitiert Lohscheller längere Passagen aus seiner sozialpädagogischen Examensarbeit zu eben diesem Thema, mischt sie aber mit Anekdoten aus seinem Privatleben und entdeckt als Grundübel seiner Existenz die anerzogene "Bindungslosigkeit". "Elendig und orientierungslos" fragt der Autor sich schließlich, warum er "bei den Autonomen und nicht bei den Faschisten gelandet" sei.

"Ich dachte immer, alle Juden sind reich"

Dass er in der Folge aus der autonomen Antifa ausgestiegen ist, wäre sogar begrüßenswert - wenn denn das Bild stimmt, das Irit Neidhardt von dieser Szene malt: Bei ihrem Einstieg in eine autonome Antifagruppe verkündet der viel redende Obermacker zum Thema Antisemitismus in der Linken: "Den gibt es nicht!" Als sie mit dem nicht minder differenzierten Satz kontert "Der Rotfront-Kämpfer-Bund war antisemitisch", gibt es Ärger - und Tränen. Eine längere "Collage" derselben Autorin über "die radikale Linke, Israel und Palästina" endet allen Ernstes mit der Frage: "Wie kann man Israel kritisieren, ohne gleich antisemitisch zu sein?" Zitiert wird hier eine Freundin der Autorin. Irit Neidhardt interessiert diese Frage schon nicht mehr: "Über Palästina habe ich übrigens nichts mehr gelesen, nichts gehört."

Wenig wissen und nichts dazu lernen wollen - das ist der gemeinsame Nenner, der diese Gemeinschaftsarbeit möglich gemacht hat. Tobias Ebbrecht schreibt noch mal schnell die linke Geschichte um, so weit er sie vom Hörensagen zu kennen glaubt. Über die linke Politik zu Bitburg (1985): "Statt dem ‚Versöhner zwischen den Generationen` Kohl stand der US-Präsident Reagan im Feuer der Kritik"; über Gollwitz (1997): "In ‚linken` Zeitungen wie dem ak oder der jungen Welt trafen die Gollwitzer auf Verständnis. Die schlechte ökonomische Situation der Ostdeutschen mache die antisemitischen Reaktionen verständlich"; Goldhagen werde von Linken

kritisiert, weil er "konträr zu gängigen Faschismustheorien" steht; als Träger antifaschistischer Arbeit in der BRD sind dem Autor nur die überlebenden Opfer des Nationalsozialismus und die autonome Antifa bekannt. Auf außergewöhnliche Denk- und Lesefaulheit weist auch Ebbrechts Floskel von der "Nicht-Beschreibbarkeit der Shoah" hin.

Mehr gelesen wird in der Hamburger Gruppe Demontage. Ihr Aufsatz "Die Linke und ihre Stunde Null" ist aber, wie es im Untertitel heißt, nicht mehr als ein "Reisebericht" über längst bekannte Orte, darunter die Tatorte Bitburg, Chiapas und Kurdistan, außerdem Stationen der Demontage-Lesereise zur Vermarktung des eigenen Buches über die "Postfordistische Guerilla" (vgl. ak 418). Die Gruppe, von der Tobias Ebbrecht offensichtlich sein "Wissen" über Bitburg bezieht, erteilt auch in diesem Beitrag wieder Geschichtsunterricht für die jüngere Generation: "Dass die Friedensbewegung der 80er Jahre sehr nationalistisch war, ist nur teilweise bekannt." Wenn der antinationale Großvater erzählt, bleibt die Wahrheit manches Mal auf der Strecke.

Den Texten der "Guten" angehängt ist ein historisches Dokument, an dessen Authentizität nicht zu zweifeln ist: die Erklärung der Revolutionären Zellen "Gerd Albartus ist tot". Dass es um diesen Text - insbesondere um den Vorwurf der "Selektion" jüdischer Geiseln in Entebbe - eine kontroverse Debatte gab (die u.a. auch in ak nachlesbar ist), finden die HerausgeberInnen keiner Erwähnung wert. Widersprüche, Differenzierungen, ernsthafte Debatten durch Austausch von Argumenten sind ihre Sache nicht. Offensichtlich trifft das den Publikumsgeschmack - "die Rezensionen nehmen kein Ende", freut sich der Unrast-Verlag. Ihm sei der unverdiente Wirbel um das misslungene Buch gegönnt. Vielleicht lassen sich mit den Verkaufserlösen sinnvollere publizistische Projekte finanzieren.

Js.

Willi Bischof, Irit Neidhardt (Hg.): Wir sind die Guten. Antisemitismus in der radikalen Linken; Münster (Unrast-Verlag) 2000, 188 Seiten, 26,80 DM

35. Späte Vergangenheitsbewältigung. Das Berliner Iberoamerikanische Institut und seine braune Vergangenheit

Warum das Berliner Iberoamerikanische Institut nach 70 Jahren mit der Aufarbeitung seiner braunen Vergangenheit beginnt

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak444/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:40

Europas größte Bibliothek für lateinamerikanische Schriften musste 70 Jahre alt werden, bevor sie sich zumindest zaghaft an die eigene Vergangenheitsbewältigung wagte. Im Vorfeld der Jubiläumsfeierlichkeiten am 10. Oktober sollte ein Forschungsprojekt die Verbindung des Iberoamerikanischen Instituts (IAI) in Berlin mit dem Nationalsozialismus erforschen. Das Ergebnis ist nun in einer Ausstellung zu besichtigen.

Mit der Namensgebung machte das IAI schon bei der Gründung 1927 deutlich, dass es sich als Teil der nationalistischen Rechten verstand. Der Begriff "Lateinamerikanisch" wurde vehement abgelehnt, stattdessen sollte "Iberoamerikanisch" die Verbundenheit mit der kolonialistischen Geschichte Spaniens und Portugals hervorheben. Auch das Gründungsdatum, der 10. Oktober 1927, war kein Zufall. Die Nationalisten Spaniens und Portugals feierten den Tag in Erinnerung an die Eroberung des amerikanischen Kontinents als "Dia de Raza" (Tag der Rasse).

1934 ernannten die Nazis Wilhelm Faupel zum Präsidenten des Iberoamerikanischen Instituts. Faupel, dessen Biografie ein großer Teil des Forschungsprojektes zur Geschichte des IAI gewidmet ist, meldete sich 1904 als Freiwilliger zur deutschen Kolonialarmee, um den Aufstand der Hereros im heutigen Namibia niederzuschlagen. Anschließend setzte Faupel seine Karriere als Berater des argentinischen Militärs fort. Zurück in Deutschland, jagte er als Freikorpskommandant in Dresden, München, Sachsen und Berlin aufständische Arbeiter. Im Januar 1919 fungierte er sogar für einige Tage als Berliner Stadtkommandant. In Görlitz feuerte das "Freikorps Faupel" auf unbewaffnete Arbeiter - es gab mehrere Tote. Als eine Delegation der Verteidiger der Bayerischen Räterepublik einen Sturm auf München verhindern wollten, ließ ihnen Faupel mitteilen: "Sagen Sie ihren Auftraggebern, dass sich die Münchner von heute an wieder an den Anblick disziplinierter Soldaten gewöhnen werden".

Beim Kapp-Putsch 1920 gehörte Faupel zu den Aufständischen gegen die junge Republik. Danach musste er Deutschland verlassen und wurde Militärberater in Peru. Zur Maxime seiner Arbeit in Lateinamerika erklärte Faupel: "Meine Hauptaufgabe ist es, den französischen Einfluss zu schwächen und die deutsche Ideologie zu kräftigen" - eine Aufgabe, die Faupel als Chef des Iberoamerikanischen Instituts mit Verve verfolgte. Dabei gingen ihm regelmäßig NSDAP-Auslandsgruppen zur Hand. Sie meldeten persönlich nach Berlin, wenn in Venezuela oder Argentinien "deutschlandkritische" Schulbücher verwandt wurden, und Faupel kümmerte sich persönlich um Abhilfe.

Ab 1941 wurde sein Tätigkeitsfeld enorm eingeschränkt, denn viele lateinamerikanische Regierungen entschlossen sich, in den Krieg auf Seiten der Anti-Hitler-Koalition einzutreten. Die Arbeit von Faupel und Co. aber hatte in Lateinamerika Früchte getragen. Nach 1945 gelang es vielen führenden Nazi-Kadern, dort Unterschlupf zu finden, vor allem in Argentinien, Chile und Paraguay. Faupel selbst schaffte die Emigration nach Übersee nicht mehr. Am 1.Mai 1945 verübte er in Berlin Selbstmord. Für das IAI war damit die Angelegenheit erledigt. Keiner von Faupels Paladinen wurde je zur Rechenschaft gezogen.

Erst zum siebzigsten Jubiläum des IAI begann eine interne Aufarbeitung der braunen Vergangenheit. Mit welchem Ziel, erklärte der Projektverantwortliche Günther Vollmer kürzlich in der taz: "Für das Haus selbst bedeutet die Auseinandersetzung mit der Nazizeit ein Schritt aus dem Bibliotheksimage heraus - hin zu einem Image mit neuer kulturpolitischer Bedeutung." Berlin Region will deutsches Selbstbewusstsein in aller Welt fördern und das IAI steht wieder einmal bereit. Der neue Leiter des Instituts, Günther Maihold (SPD), fördert offensiv eine neue Rolle der Einrichtung als Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft. In den vergangenen Monaten gab es gleich mehrere Konferenzen mit illustrer Besetzung: so beispielsweise eine Tagung zur "Zukunft des politischen Systems in Mexiko," zu der die Berater des neugewählten

rechtskonservativen Präsidenten des mittelamerikanischen Landes, Vicente Fox, ebenso geladen waren, wie bundesdeutsche und mexikanische Wirtschaftsexperten, Vertreter des Auswärtigen Amtes und verschiedener Universitäten in Deutschland.

Zum Imagebuilding des weltoffenen Instituts für Politikberatung, Wissenschaft und Kultur gehört natürlich auch ein bisschen Vergangenheitsbewältigung - die wurde allerdings nicht allzu gründlich betrieben: Die Ausstellung zur Geschichte des IAI war schlecht angekündigt, schwer zu finden und die Mühe einen Katalog zu erstellen, hatte man sich erst gar nicht gemacht.

Peter Nowak

36. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak444/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:08

Realsozialismus und Rechtsextremismus

In der Oktoberausgabe der antimilitarismus information (ami) untersucht Redaktionsmitglied Thorsten Wallstab die besondere Qualität des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Dort ist nicht nur die Zahl der rassistischen Gewalttaten größer als im Westen; an einigen Orten ist eine rechtsextreme Jugendkultur dominant, die auch von vielen Älteren mit Wohlwollen betrachtet wird. Nach einer Umfrage aus dem Jahre 1998 äußern 17 Prozent der Ostdeutschen rechtsextreme Einstellungen (gegenüber 12 Prozent im Westen). Thorsten Wallstab vertritt die These, "dass der in den neuen Bundesländern besonders stark verankerte Rechtsextremismus mit der politischen Kultur und der autoritären Sozialisation in der DDR im Zusammenhang steht". Mit dieser Position muss keineswegs eine Idealisierung westdeutscher Zustände einhergehen, wie der Autor zu Recht betont. Die These von einem hässlichen Erbe der DDR stützt sich auf Tatsachen, die auch von unbelehrbaren Anhängern des Realsozialismus nicht geleugnet werden können. So gab es schon zu DDR-Zeiten eine Skinhead-Szene, rassistische Übergriffe und antisemitische Schmierereien, wurden ausländische "Vertragsarbeiter", dem propagierten "proletarischen Internationalismus" zum Trotz, auf vielfältige Weise diskriminiert. Wallstab kritisiert auch die verfehlte Faschismusdefinition in der Tradition Dimitroffs, welche den Faschismus auf die Interessen besonders reaktionärer Teile des Finanzkapitals zurückführt und die Massenunterstützung für das NS-Regime ausblendet. Vor allem unter Ost-Linken dürfte umstritten sein, was der Autor über die Wirkungen von "Autoritarismus und DDR-Sozialisation schreibt". Denn auch im realsozialistischen Deutschland standen die berüchtigten "Sekundärtugenden" hoch im Kurs, anders als in der BRD hat es aber dort keine antiautoritäre Revolte gegeben. Eine Debatte um die These von der "autoritären Persönlichkeit" (Adorno) ist im übrigen nicht nur im Hinblick auf die DDR-Geschichte relevant - das antiliberale Rollback in der Pädagogik ist eine gesamtdeutsche Erscheinung.

antimilitarismus information 10/00, Oktober 2000; Hrsg. Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin; Fon/Fax 030/25797342; e-mail redaktion@antimilitarismus-information.de; 50 Seiten, 3,50 DM

Faschistische Bevölkerungspolitik

Wurden früher Nationalsozialismus, italienischer Faschismus und diverse autoritäre Regime gern unter dem Sammelbegriff "Faschismus" zusammen gefasst, hat sich in den vergangenen Jahren die Sichtweise umgekehrt. Denn verglichen mit dem Nationalsozialismus sind andere Diktaturen, die Mussolinis eingeschlossen, minder schwere Fälle. Ausgehend von diesem Tatbestand betreiben italienische Historiker wie Renzo De Felice allerdings eine apologetische Deutung des Faschismus. So behaupten sie, dass dem italienischen Faschismus Rassismus und Antisemitismus geradezu wesensfremd gewesen seien; es habe lediglich - auf Druck des deutschen Bündnispartners - eine äußerliche Anpassung an den nationalsozialistischen Rassenwahn gegeben. Dieser Ansicht widerspricht Victoria de Grazia im Schwerpunktheft der Zeitschrift Geschichte und Gesellschaft zum Thema "Italien im 19. und 20. Jahrhundert - ein ‚Sonderweg`?" Die Autorin weist nach, dass der italienische Faschismus durchaus Anstrengungen unternahm, um einen eigenen Rassismus zu schaffen - "rassisches Bewusstsein", wie der Chefideologe in dieser Sache, Giuseppe Bottai, formulierte. Nicht nur bekämpfte man Kontakte der italienischen Besatzungsmacht mit der Bevölkerung der Kolonien Somalia und Äthiopien; Ziel der Bevölkerungspolitik im eigenen Lande war die Erzeugung einer gesunden und fruchtbaren Bevölkerung. Vor allem die Frauen "der unteren und fruchtbaren Klasse" auf dem Lande galten den Faschisten als Quelle für die "Revitalisierung der Nation". Mit dem Erlass der Rassengesetze 1938 wurden Jüdinnen und Juden aus dieser Nation ausgestoßen, entstand ein "Rassenstaat" - wenn auch "italienischen Typs", mit Ausnahmeregelungen, behördlichem Schlendrian und gezielter Sabotage. Victoria de Grazia weiß also zu differenzieren, sie entschuldigt aber nicht. Denn "indem die Rassengesetze Mussolini näher zu Hitler rückten, sanktionierten sie zugleich dessen Vision einer rassischen Neuordnung in ganz Europa."

Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft; 26. Jahrgang 2000/Heft 2: Italien im 19. und 20. Jahrhundert - ein "Sonderweg"? Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2000, 170 Seiten, 32 DM

Täglich

gegen Atomkraft

Der Jahreswechsel naht, und damit kommt die Zeit der neuen Kalender. Aus dem Umweltzentrum in Münster liegt nun der Atomkraft nein 2001-Kalender vor. Neben einem detaillierten Adressenverzeichnis inländischer und ausländischer Anti-Atom-Initiativen, einer weltweiten Übersicht von Atomanlagen und einer Auflistung regelmäßiger Anti-AKW-Termine befasst er sich wie gewohnt auch mit einigen inhaltlichen Themen. Unter der Rubrik Frei statt Bayern wird über die Kriminalisierung von AtomkraftgegnerInnen berichtet. Auch Verhaltenshinweise für den nicht immer vermeidbaren Kontakt mit der Polizei sind enthalten. Am Beispiel ausgewählter Standorte wird die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung nachgezeichnet. Im Kapitel Vielfalt des Widerstands stellen die eher autonom vorbelasteten HerausgeberInnen den bäuerlichen Widerstand vor und gehen auf die bürgerlichen Strömungen ein, die den Atomwiderstand über Klagen und Volksbegehren betreiben wollen. Natürlich fehlt nicht die Darstellung des militanten und gewaltfreien Widerstands, und sogar Christen und Gewerkschaften wurden nicht übersehen. Mit Blick auf die 70er Jahre werden auch die sogenannten K-Gruppen in Erinnerung gerufen. Dass dabei allerdings eine Organisation wie der Kommunistische Bund nicht mal erwähnt wird, muss in dieser Zeitung mit Trauer und Empörung zur Kenntnis genommen werden. Die Stimmung wird jedoch durch einen Auszug aus dem in den 80er Jahren gecoverten Asterix und das Atomkraftwerk aufgebessert. Die KalendermacherInnen blicken aber auch nach vorn: über vier Seiten breiten sie die sogenannte Urankampagne aus. In deren Zentrum steht die Urananreicherung in Gronau. Dass Teile der Anti-AKW-Bewegung immer noch nicht auf der politischen Höhe der Zeit angekommen sind, wird leider auch in diesem Kalender deutlich. Dass Rot-grün regiert, ein Atomkonsens verabschiedet ist, seit über zwei Jahren ein Transportstopp besteht oder dass es in Japan einen der schwersten Atomunfälle seit Tschernobyl gegeben hat: All das wird mit keinem Wort erwähnt.

Atomkraft nein 2001. Der Kalender kann zum Preis von 10 DM plus Porto und Verpackung bestellt werden bei der Kalendergruppe c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, Tel: 0251-521112, Fax: 0251-5389797, Mail: uwz@muenster.de oder

www.muenster.de/uwz.

NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte

Im PapyRossa-Verlag ist ein wichtiges Buch über NS-Zwangsarbeit und die endlose Entschädigungsdebatte erschienen. Im ersten Teil werden wesentliche Fakten zur Zwangsarbeit im Nationalsozialismus zusammen getragen. Auch die von offizieller deutscher Seite gern verharmloste Zwangsarbeit in der Landwirtschaft oder in Privathaushalten kommt dabei zur Sprache. Dadurch wird deutlich, in welchem Umfang die deutsche Kriegswirtschaft, mittelbar aber auch die nachgewachsene "Wirtschaftswundergeneration" von der Ausbeutung der ZwangsarbeiterInnen profitierte. Dass die daraus resultierende moralische Verantwortung vom heutigen deutschen Staat nur scheinbar übernommen wird, zeigt Rolf Surmann in seinem lesenswerten Aufsatz über die Entschädigungsverweigerung gegenüber den NS-Opfern. Bundespräsident Raus Bitte um Vergebung sei gleichzeitig eine "unverfrorene Aufforderung, die Ablösung der deutschen Schuld zu quittieren". Auch in der Entschädigungsfrage sei es das Ziel staatlicher Vergangenheitspolitik, "den obligatorischen Schlussstrich zu ziehen". Wie in der öffentlichen Debatte antisemitische Stereotype eingesetzt werden, zeigt der Beitrag der gruppe 3 frankfurt a.m. Insbesondere der Typus des geldgierigen Anwalts, der am Leiden der Zwangsarbeiter verdienen wolle, geistert durch die einschlägigen Kommentare. Dass nach einer Umfrage 40 Prozent der Deutschen die Entschädigungsforderungen für nicht berechtigt halten, erklären die AutorInnen als "psychologische Abwehr, die sich der Erkenntnis verdankt, dass fast die ganze Nation in Verbrechen verstrickt war, u.a. durch Inanspruchnahme der NS-Volkswohlfahrt und Nationalsozialstaatlichkeit, die sich aus kriegerischem Raub und der Vernichtung von Millionen Menschenleben finanzierten. Und dass es das heutige Deutschland auch noch ist, so weit es das Deutschland der Erben ist. Die Täter wollen ihren ‚Seelenfrieden` (Walser), Deutschland ‚Rechtsfrieden` ".

Ulrike Winkler (Hg.) Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte; Köln (PapyRossa) 2000, ISBN 3-89438-204-X; 272 Seiten, 29,80 DM

37. (Haar-)Risse im Putz

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak444/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:16

Nachrichten aus der Welt der

bezahlten und unbezahlten Arbeit

Deutsches Lohndumping in Dänemark

Deutsche Gewerkschaftsvorsitzende und -funktionsträger warnen gerne vor der "Schmutzkonkurrenz" ausländischer BilligarbeiterInnen, nicht selten mit nationalistischen Zwischentönen. Und allzu oft wird aus der Warnung auch der Schulterschluss mit Zoll, Arbeitsamt und Polizei gegen "Illegale" und SchwarzarbeiterInnen. Doch Niedriglöhner in Europa kommen nicht nur aus Polen, Portugal oder Irland.

In Kopenhagen, auf dem Weg zur neuen Brücke nach Malmö, entsteht bis Ende des Jahres ein neuer Konsumpalast. Auf dem Gelände des ehemaligen Fischmarktes sollen die KundInnen mit den dicken Geldbeuteln einkaufen, essen gehen und Kultur konsumieren können. Im Rahmen des Projektes entsteht auch ein CinemaxX-Kino. Auf der Baustelle wird mit Hochdruck auf den Eröffnungstermin hingearbeitet. 10 bis 14 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche, ohne angemessene Unterkunft und ohne Sozialversicherung arbeiten dort - deutsche Bauarbeiter.

Einige Monate hat die Baugewerkschaft Kopenhagens versucht, die Kinokette und den dazu gehörigen Subunternehmer zu überzeugen, dass die deutschen Handwerker Löhne und Arbeitsbedingungen nach dänischen Tarifen garantiert bekommen sollten. Ohne Erfolg, und deshalb fand Anfang Oktober, kurz vor der geplanten Eröffnung des Palastes, eine Blockade der Baustelle statt.

"Die deutschen Bauarbeiter", sagte Gewerkschaftssekretär Anders Olsen, "sind unsere Kollegen, und sie sind willkommen auf den Arbeitsplätzen in Kopenhagen." Und: "In unser aller Interesse sollte der Unternehmer sie nach dänischen Tarifen bezahlen". Nach der Eröffnung des "Fischmarktes" will sich die dänische Bauarbeitergewerkschaft übrigens um die andren CinemaxX-Baustellen kümmern. In Aarhus und Aalborg baut die Kinokette nämlich auch mit mies bezahlten Fachkräften aus der BRD.

(B.P.)

Schluss der Vorstellung

Am selben Tag, an dem die Baustelle blockiert wurde, gab es in der Kopenhagener Innenstadt eine Demonstration, die die Arbeitsbedingungen der Leute thematisierte, die in dem Filmpalast arbeiten sollen, wenn er denn fertig wird. Hans-Joachim Flebbe, Besitzer der CinemaxX-Kette, Tarifflüchtling und Ex-KBler, hat sich bisher geweigert, einen Tarifvertrag für die Kartenverkäufer, Filmvorführer und anderen Bediensteten des Kinos zu unterschreiben. Auch die Angestellten des Kinos sollen keinen Vertrag bekommen. Ein Trost bleibt den Beschäftigten: In Dänemark gilt ein gesetzlich garantierter Mindestlohn von ca. 20 DM pro Stunde.

Davon können die bundesdeutschen Beschäftigten des Flebbe-Konzerns nur träumen. Am 15. November gingen die Tarifverhandlungen zwischen der IG Medien und den beiden Branchenführern Ufa und CinemaxX in die 8. Runde. Die Gewerkschaft fordert einen Mindestlohn von 16,50 DM sowie die 39-Stunden-Woche für die 4.000 Beschäftigten der beiden Kino-Betreiber. Flebbe und Ufa bieten weiterhin lediglich 12 bis 13 DM, während sie gleichzeitig Nachtzuschläge und Überstundenbezahlung für Teilzeitkräfte ablehnen. Urlaub, Urlaubs- und Weihnachtsgeld gibt es für die Beschäftigten auch nicht. (vgl. ak 443)

Seit dem 29. September ist bisher bundesweit zu über 60 Warnstreiks gekommen mit Schwerpunkten in Norddeutschland, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Durchaus erstaunlich für einen Bereich mit hoher Personalfluktuation und vielen studentischen Hilfskräften. In nur der Hälfte der ca. 250 Großkinos gibt es überhaupt einen Betriebsrat.

In Hamburg versuchten Streikende am 10. November die Neueröffnung eines CinemaxX im Stadtteil Wandsbek zu verhindern. Der Betreiber engagierte darauf hin einen privaten Wachdienst, der den

Kino-Eingang blockierte und die Streikenden abdrängte. Mit teilweise ruppigen Methoden wurden Neugierige und Gäste, die ein Gewerkschaftsflugblatt in der Hand hielten der Einlass verweigert.

(Hamburger Abendblatt, www.igmedien.de)

Zickige Stars und Sternchen

Auch in anderen Medienfabriken wird gestreikt, etwa in Hollywood. Ende Oktober ging dort ein sechmonatiger Streik von SchauspielerInnen gegen die Werbewirtschaft zu Ende, der längste Arbeitskampf in der Geschichte Hollywoods. Unter der Führung der Oscar-Preisträgerin Susan Sarandon ("Thelma und Louise") setzten die SchauspielerInnen eine Verdoppelung der Honorare für im Kabelfernsehen ausgestrahlte Werbespots auf 2.460 Dollar (5.412 DM) durch. Gleichzeitig erkämpften sie die Garantie, dass im Internet verbreitete Spots mit gewerkschaftlich organisierten KollegInnen gedreht werden müssen. Hollywood-Größen wie Harrison Ford, Nicolas Cage, Helen Hunt, Kevin Spacy, Eddie Murphy und Bruce Willis hatten den Streik ihrer weniger gut situierten KollegInnen finanziell unterstützt. Die Presse berichtet von einem "sichtlichen Vergnügen", mit dem die Streikenden die Streikbrecherin Liz Hurley bei der Premiere ihres Films "Bedazzled" "wüst beschimpften". Hurley hatte einen Werbespot für die Kosmetik-Firma Estee Lauder gedreht mit dem Hinweis, sie habe von dem Streik nichts gewusst.

Auf 230 Mio. Dollar (ca. 506 Mio. DM) wird der wirtschaftliche Schaden durch den Streik beziffert. Die Werbebranche hatte versucht, Spots mit nicht-organisierten SchauspielerInnen in Kanada und Mexiko zu drehen. Susan Sarandon und ihre KollegInnen hatten darauf hin u.a. zum Boykott des Konsumgüterherstellers Procter & Gamble aufgerufen. Angesichts des Streikerfolges grassiert in der Filmindustrie die Angst, denn am 30. Juni 2001 läuft der Tarifvertrag für 135.000 gewerkschaftlich organisierte SchauspielerInnen der großen Film- und Fernsehstudios aus. Auch hier wird es um die Auswirkungen von Kabelfernsehen und Internet gehen.

(FAZ)

ITF gegen Totenschiffe

Sie sind "die Pest der Meere", so ÖTV-Sekretär Dieter Benze über die Schiffe, die unter so genannter Billig-Flaggen fahren. Weltweit fahren 19.913 Schiffe unter den Flaggen von Panama, Malta, Barbados etc. Aber nur für 5.535 gelten die Tarifverträge der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF). Abgesehen von der Schwierigkeit, die Einhaltung dieser Verträge auch durchzusetzen, gelten sie nur für ein Jahr. Danach schließen die Reedereien oft keine neuen Verträge ab, ändern den Namen des Schiffes oder verlegen es in ein Fahrgebiet mit geringer Gewerkschaftspräsenz. Auch unter den Havaristen sind die Schiffe unter Billigflaggen überdurchschnittlich zahlreich vertreten. Denn in den Billig-Flaggen-Staaten werden nicht nur ArbeiterInnenrechte kaum beachtet, auch Umweltschutz-, Sicherheits- und Technikbestimmungen gibt es kaum.

Ende September führten ÖTV und ITF in 28 europäischen Ländern eine Aktionswoche zur Durchsetzung eines Mindestlohns von 1.200 Dollar (ca. 2.650 DM) pro Seemann durch. In 14 deutschen Häfen überprüften ITF-Trupps, ob an Bord der Billigflaggen-Schiffe Tarifverträge vorlagen. War das nicht der Fall, und weigerte sich der Reeder auch, einen solchen Vertrag abzuschließen, boykottierten Hafenarbeiter das Löschen der Ladung. In Hamburg wurden so der maltesische Frachter "Plovdiv" sowie die "City of Haifa" boykottiert. Für die unter zypriotische Flagge fahrende "Panagia Kastrela" schloss die Reederei nach dem Besuch der ITF-Inspektoren eine Vertrag ab.

Was hier möglich war, ist keinesfalls eine Selbstverständlichkeit. In anderen Staaten haben die GewerkschaftsvertreterInnen nicht das Recht, die Schiffe zu betreten. Und bei Streiks gehen die Seeleute ein erhebliches Risiko ein. Oft genug droht ihnen Gefängnis, oder sie landen auf schwarzen Listen. Kein Wunder also, dass etwa burmesische Seeleute für 300 bis 500 Dollar im Monat (660 bis 1.100 DM) Knochenarbeit verrichten.

(Hamburger Abendblatt, Die Welt)

Schöne, neue Arbeitswelt

60 bis 70 Stunden in der Woche wird heutzutage in den Klitschen der "New Economy" gearbeitet. Bei 50 börsennotierten Firmen der Branche arbeiteten mehr als die Hälfte aller MitarbeiterInnen länger als 60 Stunden pro Woche, so eine Umfrage im Auftrag der Deutschen Börse. "Der Einfluss der Gewerkschaften ist gleich null", so Sprecher Helmut Potthof gegenüber dem Forum Mitbestimmung, einer Ko-Produktion der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung und dem Bertelsmann-Konzern. Für 71% der Beschäftigten ist nach dieser Umfrage der Beruf "das Wichtigste im Leben". Die meisten Beschäftigten erhalten Firmenanteile als Entlohnungsform, Potthof nennt das "alternative Mitbestimmungsform". Die "Miteigner" seien dem zu folge auch mehr daran interessiert, dass es "ihrer" Firma gut geht und nicht daran, ob nach Tarif bezahlt wird oder ob Überstunden vergütet werden.

In etlichen der "New Economy"-Firmen gibt es überhaupt keine Zeiterfassung mehr. Selbst wenn in Arbeitsverträgen noch eine wöchentliche Arbeitszeit vereinbart wird, so liegt sie faktisch jenseits aller tariflichen und arbeitszeitgesetzlichen Bestimmungen. "Steter Wandel und hohe Flexibilität" ist nach den Worten von Simone Baader, Personalchefin der Intershop Communications, angesagt. Für die 700 ArbeiterInnen dieser Firma gilt das Credo "Wenn alles unter Kontrolle ist, seid ihr zu langsam". Obwohl Intershop inzwischen 28 Urlaubstage gewährt, werden diese in den seltensten Fällen abgerufen.

Betriebsräte sind in diesen Firmen seltene Ausnahmen. Bei Intershop versteht sich die Personalabteilung selbst als "Care Center" und "Advokat" der MitarbeiterInnen. Und bei Arxes, einem Unternehmen, das IT-Komplett-Lösungen anbietet, sitzen Beschäftigte und Vorstand an einem "round table" und suchen dort den "Ausgleich".

(Frankfurter Rundschau)

38. Plutoniummengen und MOX-Einsatz

CD-Datei: daten/aksuche/ak444/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:21

Im Januar 2000 veranstaltete die Reaktor Sicherheitskommission (RSK), oberstes Beratungsgremien des Bundesumweltministers in atomaren Sicherheitsfragen, einen Work-Shop zur Plutoniumproblematik. In einem Beitrag von Mitarbeitern von PreussenElektra wurden die derzeit wohl aktuellsten Zahlen und Daten vorgelegt.

Danach wurden mit den WAA-Betreibern in Frankreich und England Lieferverträge von insgesamt 5.424 Tonnen abgebrannter Brennelemente vereinbart. Davon gehen insgesamt 4.238 Tonnen in die WAA nach La Hague. 3.111 Tonnen davon sind im Rahmen der sogenannten Altverträge vereinbart worden, 1.127 sind Bestandteil der sogenannten Neuverträge (fixend quantities). Bei den 1.186 Tonnen hochradioaktiver Brennelemente, die mit der Sellafield-Anlage vereinbart sind, wurden 884 Tonnen im Rahmen der Alt- und 302 Tonnen im Rahmen der Neuverträge geregelt.

Für den Einsatz von MOX-Brennelementen verfügen derzeit nur neun der 19 Atommeiler eine Genehmigung. Das sind die AKWs in Obrigheim, Unterweser, Grafenrheinfeld, Grohnde, Philippsburg 2, Brokdorf, Gundremmingen B/C, Isar 2 und Neckarwestheim 2. Bis zum 21.12.1999 sind von der gesamten Menge spaltbaren Plutoniums insgesamt 11.486,2 Kilogramm entsprechend 1.028 MOX-Brennelemente wieder in den Reaktoren eingesetzt worden.

Mit Stand Ende 1999 liegen 9.887 Kilogramm in Form von Plutoniumpulver vor. Weitere 8.730 Kilogramm sollen im Rahmen der Altverträge noch dazukommen. Außerdem resultieren aus den Neuverträgen zusätzliche 7.548 Kilogramm. Das entspricht einer Menge von 26.165 Kilogramm, die noch zu MOX-Brennelementen verarbeitet werden soll.

Addiert man diese Menge mit dem bereits in Form von MOX eingesetzten spaltbaren Plutonium (s.o.) dann ergibt das insgesamt 37.651,2 Kilogramm spaltbares Plutonium, das aus der gesamten Menge der zur Wiederaufarbeitung gebrachten bzw. noch zu bringenden Menge bestrahlter Brennelemente resultiert. Bei diesen Zahlen wird ein Faktor des spaltbaren Plutoniums von 0,6 Prozent (von der Menge des angelieferten Atommülls) unterstellt. Hinzuweisen ist darauf, dass die gesamte Menge des anfallenden Plutonium deutlich größer ist als der spaltbare Anteil. Während die Atomwirtschaft sich nur für die spaltbaren Anteile interessiert, ist für die Umwelt die gesamte Menge relevant (also spaltbare Anteile plus nichtspaltbare). Insgesamt beläuft sich die Plutoniummenge aus der WAA auf rund 54 Tonnen Plutonium.

DSe

39. LESERBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak444/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:26

Unzulässige Vergleiche

Betr.: Kandidatenchaos in den Karpaten, ak 443

Liebe Leute,

Mein Vorwahlbericht über die Lage in Rumänien ist an einer Stelle von der ak-Redaktion auf inhaltlich mehr als fragwürdige Weise redigiert worden. Damit wurde nicht nur die Rolle Ion Iliescus im Wahlkampf verzerrt dargestellt, was noch hätte hingenommen werden können, sondern vor allem eine politisch völlig unzulässige Gleichsetzung von Iliescu und Ceausescu betrieben. Jeder, der Rumänien kennt, weiß, dass dem nicht so ist. Und weil mein Name unter dem Beitrag steht, begehre ich also folgende Richtigstellung:

Ich schrieb am Ende meines Beitrages: "In Gesprächen mit führenden Vertretern des westlichen Kapitals und ihren EU-Kommissaren bereitet sich der als Postkommunist etikettierte Iliescu nach vier Jahren auf eine mögliche Rückkehr ins Präsidentenamt vor." Die ak-Redaktion hat daraus gemacht: "In Gesprächen mit führenden Vertretern des westlichen Kapitals und ihren EU-Kommissaren bereitet sich Iliescu, der das Land bis 1996 mit ebenso eiserner Hand regierte wie der von ihm zu Fall gebrachte größenwahnsinnige Ceausescu, derzeit auf eine mögliche Rückkehr ins Präsidentenamt vor."

Dazu ist zu sagen: Die Zeit zwischen 1989 und 1996 ist mit den Jahrzehnten davor in keiner Weise zu vergleichen, weder in kultureller, politischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht. Die notwendige Kritik an Iliescu, die ich im übrigen formuliert habe, wird mit plumpen Ceausescu-Vergleichen desavouiert. Und noch eine kleine Bemerkung: Im Mittelalter war es üblich, bei der Namensnennung des Teufels aus Glaubensgründen auszuspucken. In Teilen des ultraliberalen Diskurses in Rumänien tut man das heute wieder, wenn von dessen Inkarnation die Rede ist - von Nicolae Ceausescu. analyse & kritik könnte es - laizistisch wie es ist - riskieren, den Teufelsnamen auszuschreiben, ohne sich zu grausen. Mit einem Wort: das "größenwahnsinnig" zu Ceausescu war überflüssig.

Schöne Grüße aus Wien,

Hannes Hofbauer

Lieber Hannes Hofbauer,

Da sind wir beim Redigieren wohl doch mit zu flotter Hand zugange gewesen und geloben Besserung! Red.

40. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak444/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:27

Jugoslawien

Der Verein Connection e.V. aus Offenbach und das Bildungswerk der DFG/ VK Hessen haben eine Rundreise mit Jelena Markovic (Frauen in Schwarz, Belgrad) und einem jugoslawischen Deserteur aus Belgrad organisiert (Vom 27.11. bis 14.12.). Im Mittelpunkt der Veranstaltungen steht die Situation von Deserteuren und der Antikriegsbewegung in Jugoslawien nach der Wahl Vojislav Kostunicas. Geplante Veranstaltungen: Mainz (26.11.), Konstanz (4.12.), Bremen (7.12.), Oldenburg (11.12.), Nürnberg (14.12.) u.a.

Neu Isenburg, 27.11., Infos: 069/82375534 und

www.Connection-eV.de

Haider-Erfolg

Die Sozialistische Studienvereinigung hat Heribert Schiedel vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes eingeladen. Auf der Veranstaltung "Kleiner Mann ganz groß" wird er über die sozialpsychologischen Wurzeln des Haider-Erfolges sprechen. Bis dato wenig Beachtung fand der Hinweis, dass die Anhänglichkeit an Jörg Haider auch eine Form der Verarbeitung von narzisstischen Kränkungen darstellt.

Frankfurt, 29.11., um 19.30 Uhr,

Räume der DFG/VK,

Vogelsbergstr. 17,

Infos: sozialistische@gmx.net

Apartheid-Schulden

Das demokratische Südafrika soll die während der Apartheidzeit entstandenen Schulden zurückzahlen. Ein Großteil der SüdafrikanerInnen lehnt es aber ab, Kredite zurückzuzahlen, die dazu verwandt wurden, die Menschen im südlichen Afrika zu unterdrücken. Sie fordern vielmehr die Schuldenstreichung und eine Entschädigung für begangenes Unrecht. Der internationale Kongress "Entschädigung jetzt" thematisiert am Beispiel Sambia und Simbabwe, welche verheerenden Auswirkungen die Apartheid in den Nachbarstaaten Südafrikas hatte. Anhand der deutschen Kreditvergabe für den damals strategisch wichtigen Energiekonzern ESKOM wird die Bedeutung deutscher Kollaboration sichtbar gemacht. Als ReferentInnen geladen sind u.a. Kenneth Kaunda (ehemaliger Präsident von Sambia), Ntombi Mosikare (Khulumani Support Group, Johannnesburg) und Gabriel Banda (Jubilee 2000, Lusaka). Veranstalter: Internationale Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika, medico international u.a.

Bonn, 30.11. bis 2.12., Internationales Jugendforum und Gästehaus; Infos und Anmeldung: 0228/211355 und

Afrika-Bonn@t-online.de

Femi-Uni

Die "feministische winteruniversität" möchte nach dem Erfolg im letzten Jahr auch in diesem Dezember StudentInnen aus allen Fachbereichen sowie Interessierte zu einem Einblick in aktuelle feministische Theorien und konkrete feministische Arbeit einladen. Organisiert wird die "femi-uni" von der 1997 nach dem StudentInnenstreik gegründeten "ag feministische theorie und praxis. ReferentInnen sind u.a. Gudrun Hentges, Roswitha Scholz, Ilse Lenz, Simon Möller.

Bochum, 4. bis 8.12.,

Ruhr-Universität, Uhlandstr. 5.

Infos: 0234/6408456 und

www.bo-alternativ.de/fwu

Black Power

Die Initiative schwarze Deutsche - Schwarze in Deutschland lädt ein zu der Veranstaltung "Black Power in Weimar". Über die Anfänge der politischen Selbstorganisation der Schwarzen bis 1933 wird Peter Martin berichten. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung und Autor des Buches "Schwarze Teufel, edle Mohren. Afrikaner in Geschichte und Bewusstsein der Deutschen".

Köln, 6.12., um 20 Uhr,

Bürgerzentrum Alte Feuerwache,

Melchiorstr. 3

Rechter Terror

Der Antifa-Arbeitskreis an der FH Düsseldorf geht der Frage nach, inwieweit sich die Neonaziszene auf einen bewaffneten Kampf hin orientiert. Martin Semmler vom Antifa-Infoblatt in Berlin referiert über die entsprechenden Konzepte und Strategien der Neonazis.

Witten, 6.12., um 19.30 Uhr,

TROTZ ALLEM, Herbeder Straße 8

Düsseldorf, 7.12., um 20 Uhr,

ZAKK, Fichtenstr. 40

Worthülsen

Die jungdemokratInnen - junge linke in Nordrhein-Westfalen laden ein: "Die neoliberalen Worthülsen zum Platzen bringen! - inhaltliches und rhetorisches Training für den linken Alltag." Den Standort sichern, sich der Globalisierung stellen, den Staat verschlanken, die Verwaltung modernisieren und der gestiegenen weltweiten Verantwortung gerecht werden... Das Seminar will den Blick schärfen und überlegen, was den Kampfbegriffen entgegengesetzt werden kann.

Castrop-Rauxel, 9. bis 10.12.,

Infos: 0202/4938354 und

www.jungdemokratinnen.de

Perverses Köln

Das Autonome Schwulenreferat des ASTA der Uni Bonn veranstaltet eine historische Stadtführung durch Köln. Im Mittelpunkt steht das Leben von Schwulen und Lesben und der Alltag in den 50er und 60er Jahren, der noch vom Paragafen 175 geprägt war. Es wird auch auf die Kneipenkultur der damaligen Zeit und den Einfluss von Institutionen wie der Kirche auf die Szene eingegangen.

Köln, 10.12., 15 Uhr,

am Alten Rathaus

Südafrika

Denis Goldberg, der gemeinsam mit Nelson Mandela, Govan Mkebi, Walter Sisulu und anderen im Rivonia-Prozess 1964 angeklagt und zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, liest aus "Mandela: Der lange Weg zur Freiheit". Außerdem berichtet er von der aktuellen Lage in Südafrika.

Hamburg, 12.12., um 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

Bankraub

Eine in Form und Inhalt ungewöhnliche Buchpräsentation: "Va Banque. Bankraub. Theorie. Praxis. Geschichte" lautet der Titel des von Klaus Schönberger herausgegebenen Buches. In einer Buch-Performance

mit Bankraub-Quiz, Video, Dias und szenischer Lesung unternimmt der Herausgeber eine Reise in die faszinierende Welt des Bankraubs.

Veranstaltungen: Saarbrücken (1.12.), Kiel (1.12.), Mannheim (2.12.), Zürich (5.12.), Konstanz (6.12.), Bonn (10.12.), Bochum (11.12.), Köln (12.12.), Bern (15.12.), Basel (16.12.), Freiburg (17.12.), Marbach a.N. (22.12.)

Va Banque: Die Webpage:

www.niatu.net/bankraub

41. Trostpreise und Blitzschläge

CD-Datei: daten/aksuche/ak444/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:37

Die Anzeigenabteilung dieser Redaktion ist erleichtert und fühlt sich zumindest in einem Punkt bestätigt: Es ist eben keine einfache Aufgabe, eine Zeitung wie ak auf eine Zeile zusammenzufassen und damit eine flotte Werbekampagne zu starten. Dabei hatten wir vermutet, dass es unter unseren LeserInnen an flotten Sprüchen keinen Mangel geben dürfte, aber da können wir auch falsch gelegen haben. Sagen wir es, wie es ist: Unser Preisausschreiben in Sachen Werbesprüche beenden wir nicht mit Siegerpreisen - sondern nur mit Trostpreisen. Denn beim besten Willen glauben wir nicht für drei Sekunden, dass wir durch einen Spruch wie "Alles ak, alles ok" auch nur eine müde Zeitung zusätzlich verkaufen könnten. Lieber S.L.: Der Spruch ist nicht nur Schnee von ... Ein Vorschlag wie "Hopp, Hopp, Hopp, ak lauf Galopp" ist nicht nur sterbenslangweilig, sondern dürfte schon bei Kindern der Vorschulstufe Schüttelgefühle auslösen. Und das ein zehnzeiliges Horkheimer-Zitat den Umsatz dieser Zeitung verbessern könnte, glauben wir nicht wirklich. Ähnlich verhält es sich auch mit "Gewitter an der Klassenfront" oder "Pressekampf ist Klassenkampf". Okay, ich verschone euch ja schon! Da wir Gott sei Dank den Rechtsweg ausgeschlossen haben, gibt es also nur einen Trostpreis und damit belohnen wir nicht einen Spruch, sondern J.S. aus B., weil er ganz süße Briefmarken für gleich drei Postkarten benutzt hat. Die CD kommt in den nächsten Tagen mit der Post.

Ansonsten hat der letzte Monat richtig reingehauen. Gerade die letzte Woche nahm mich doch mit. So z. B. die überaus wichtige Erkenntnis, dass Männer fünfmal häufiger an Blitzschlag sterben als Frauen. Da kommt mann doch ins Grübeln, allemal dann, wenn sich auch noch herausgestellt hat, dass das Risiko, vom Blitz beim Golfspielen erschlagen zu werden, besonders hoch ist. Derartige Informationen greifen nämlich tief in den Alltag ein.

Dass Sport im Allgemeinen und Fußball im Besonderen immer mehr zum fiesen Geschäft wird, beobachtet die Sportredaktion dieser Zeitung schon seit längerer Zeit mit Unbehagen. Dass nun ein Verkehrsminister zurücktritt, weil er beim 1. FC Saarbrücken Scheinverträge unterzeichnete (wir dachten, dass es beim Fußball doch im Grunde nur noch um Scheine geht), haut uns auch nicht gerade vom Stuhl. Gespannt sind wir aber, wie es mit Christoph Daum weitergeht. Mit tiefster Befriedigung erfuhren wir eben per Ticker: Die zweite Haarprobe ist negativ, Christoph also sauber. Wird er nun doch Trainer der Nationalmannschaft? Nun, da Völler ausgerechnet gegen Dänemark erstmals verloren hat. Wir jedenfalls würden gern nicht nur Fragen stellen, sondern auch Antworten liefern. Was geschah in der Zeit zwischen der ersten Haarproben-Entnahme und der Versiegelung des Behälters? Welche Rolle spielte der Bayer-Konzern? Und wie schafft es dieser Beckenbauer eigentlich, dass er überall seine Finger drin hat, aber immer irgendwie wie ein völlig Unbeteiligter wirkt. Und das wird ihm sogar noch geglaubt!

Doch leider bekommen wir als winzige linke Zeitung einfach keine Interview-Termine bei Beckenbauer, dem Bayerkonzern ... Ihr ahnt es: Das liegt weiterhin an der zu geringen Auflage und den über alle Maßen fehlenden Abos. Wer das ändern will, kann dies zu sensationell guten Konditionen sofort erledigen. Nicht nur dass ein Jahresabo jetzt nur 90 DM kostet (ein Sozialabo gibt es mit Nachweis für 60 DM), was extrem günstig ist. Um euch diesen Schritt noch leichter zu machen, verschenken wir weiterhin eine ak.Archiv-CD mit fast 5.000 Artikeln aus den Jahren 1992-2000 oder ihr könnt euch ein Buch aussuchen (siehe letzte Seite). Für die SchnäppchenjägerInnen: 90 DM Jahresabo minus 69 DM (Preis der ak.Archiv-CD für Menschen ohne Abo) ergibt 21 DM für 12 Ausgaben. Da ist der Winterschlussverkauf nichts dagegen.

DSe

ak-redaktion, Rombergstr. 10,

20255 Hamburg, Tel: 040-40170174, Fax: 040-401701-75, Mail:

ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

42. Antirassistische Innovationszyklen

CD-Datei: daten/aksuche/ak444/antira.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:antira

Die Innovationszyklen des Kapitalismus haben zu einem Kurswechsel in der Migrationspolitik geführt. Nicht mehr nur Hautfarbe, Herkunft und Nationalität gelten als Zuwanderungskriterium, sondern Leistungsfähigkeit, Ausbildung, Lohnhöhe und Nützlichkeit. Im Entwurf eines neuen Migrationsregimes spiegelt sich die Ökonomisierung des Rassismus. Vor diesem Hintergrund zieht das Antirassismus-Büro Bremen (ARAB) nach einem Jahrzehnt politischer Praxis kritisch Bilanz: Das sozialrevolutionär orientierte Modell dualer Bewegungszyklen sei ein Denkfehler gewesen, eine "Allianz zwischen der metropolitanen Massenarmut und trikontinentalen Flüchtlingen" nicht zu Stande gekommen. Initiativen wie die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten hatten nur punktuelle Erfolge. Der Vision einer politisierten Migrationsbewegung wurde durch das Projekt Festung Europa und die Asylpolitik die Spitze gebrochen. Die antirassistische Bewegung selbst habe sich zu sehr auf politische Fluchtgründe konzentriert, Migration als vielschichtiges soziales Phänomen zu wenig beachtet. Auf der Suche nach Perspektiven antirassistischer Praxis ist ein facettenreiches Diskussionspapier entstanden, das wir auf S. 6/7 dokumentieren.

43. Nomadisierende Brennelemente

CD-Datei: daten/aksuche/ak444/atom.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:atom

Das neue Wunderwort des Atomkonsens heißt "schadlose Verwertung." Gemeint sind sogenannte MOX-Brennelemente, die aus dem in Wiederaufbereitungsanlagen gewonnenen Plutonium bestehen und in die Brennstoffspiralen der Reaktoren zurück gehen, um schließlich endgelagert zu werden. Wo, ist bis heute unklar. Das Verfahren zur Herstellung von MOX ist aufwendig und teuer. Um die Kosten zu senken, soll der deutsche Atommüll in Frankreich und Großbritannien wiederaufbereitet werden. Die allerdings erfüllen die Qualitätsstandards nicht. Ganze Serien von MOX-Brennelementen wurden mit gefälschten Nachweisen ausgeliefert. Außerdem: das MOX- Verfahren funktioniert nur mit Plutonium, bei der Wiederaufbereitung von Uran gibt es erhebliche Probleme. Nun hat das russische Atomministerium den deutschen Energiekonzernen MOX- Brennelemente zum Kauf angeboten - inklusive der späteren Rücknahme. Damit wäre der lästige Müll auch aus dem Sinn, denn die Augen haben bundesdeutsche Politiker ja schon reihenweise zugedrückt, wenn der lästige Atommüll in der Debatte auftaucht. Allerdings nicht, wenn es um Anti-AKW-AktivistInnen geht, wie das Beispiel Philippsburg zeigt.

Mehr dazu auf den Seiten 19-21

44. Quelldatei geld_her.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak444/geld_her.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:geld_her

Geld her, aber pronto!

Fast ein ganzes Jahr habt ihr Ruhe vor uns gehabt. Jetzt ist es aber wieder so weit: Wir wollen Geld! Und zwar von euch. Um genauer zu sein: Im Rahmen der diesjährigen Spendenkampagne brauchen wir 60.000 Mark auf unserem Konto. Wir wissen, dass das kein Pappenstiel für euch ist. Aber wir glauben an euch. Ihr schafft das! Euer groáartiges Spendenergebnis vom letzten Jahr gibt uns Mut. Lasst euch einfach etwas einfallen: Reich heiraten, Testamente fälschen, Bank ausrauben, Oma anbetteln - ak ist es auf jeden Fall wert.

Monat für Monat bringt der Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik die Zeitung analyse & kritik heraus. Alle vier Wochen bieten wir in ak eine breite Themenpalette an: Artikel, Debattenbeitr"ge, Dokumentationen und Interviews zu Ereignissen und Fragen, die unserer Meinung nach ein linkes Herz begehrt. In der Regel lest ihr in ak tief- und hintergründige Artikel von qualifizierten AutorInnen. Auch aktuelle Buchbesprechungen und Filmkritiken fehlen nicht.

Da wir immer noch einer protestantischen Arbeitsethik verhaftet sind, geben wir uns selbstverst"ndlich nie zufrieden mit dem, was wir leisten. Wir haben viele Pläne: Rastlos feilen wir an Verbesserungen, seien es die Lesbarkeit der Artikel oder Erleichterungen im Produktionsablauf. Mit der von uns jetzt geplanten Zukunftskonferenz im Februar nächsten Jahres haben wir uns zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit FreundInnen, ak-AutorInnen und anderen, die an der Produktion der Zeitung beteiligt sind, die Rolle, die ak in der Linken spielt, zu reflektieren und die Weichen für die nächsten Jahre ak zu stellen.

Um unsere Pläne zu verwirklichen und zu gewährleisten, dass ak weiterhin erscheint, brauchen wir ... natürlich euer Geld.

Allein mit dem Verkaufserlös der Zeitung können wir die Erstellungskosten, Miete, Telefongebühren, Löhne etc. leider nicht bezahlen. Zwar gibt es seit einem halben Jahr eine bescheiden positive Aboentwicklung, von einer eigenständigen Zeitungsfinanzierung sind wir aber noch immer himmelweit entfernt. Das gestiegene Interesse für ak ist erfreulich, gleichwohl werden wir noch mehr unternehmen, um die Zeitung bekannter zu machen. In diesem Zusammenhang freuen wir uns auch über Hinweise auf Buchläden, die ak in Zukunft in ihrem Sortiment führen wollen, auf andere mögliche Verkaufstellen sowie auf Initiativen oder Einzelpersonen, die unsere Zeitung auf Demonstrationen, Veranstaltungen und Konferenzen verkaufen möchten.

Unsere neue akArchiv-CD mit fast 5.000 Artikeln aus den Jahren 1992 bis 2000 erscheint in Kürze. Die könnt ihr dann haufenweise bei uns erwerben, um selber drin zu stöbern oder um sie zu verschenken.

Um euch den Griff ins Portemonnaie, den Gang zur Bank, das Hochheben der Matratze oder das Zerschlagen des Sparschweins zu erleichtern, haben wir dieser Ausgabe ein praktisches Überweisungsformular beigelegt. Ihr braucht nur noch den Betrag und eure Kontonummer einzutragen und zu unterschreiben. Als gemeinnützig anerkannter Verein stellen wir euch, wie jedes Jahr, eine Spendenbescheinigung aus.* Damit könnt ihr eure Spende an den ak-Herausgeber steuerlich absetzen.

Wir hoffen auf ein gutes Ergebnis der diesj"hrigen Spendensammlung, damit es mit ak weiter geht. Euch wünschen wir weiterhin viel Freude, Anregungen und Auseinandersetzungen um und mit ak. Über eure Spenden hinaus freuen wir uns auch über Kritik, Anmerkungen, Ideen und Wünsche.

Redaktion ak

Konto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto 13150204

BLZ 20010020

Postbank Hamburg

* Wir haben allen SpenderInnen der letzten Spendenaktion, deren Adressen uns bekannt waren, eine Bescheinigung zugesandt. Diejenigen, die bisher keine Bescheinung erhalten haben, mögen sich bitte unter Angabe von Name und Adresse bei uns melden.

45. Disneyland ist überall

CD-Datei: daten/aksuche/ak444/gorbush.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:gorbush

Da wird der mit insgesamt drei Mrd. Dollar teuerste Wahlkampf aller Zeiten geführt, und dann steht zwei Wochen nach der Wahl immer noch nicht fest, wer gewonnen hat. Manch ein Kommentator im guten alten Europa freut sich hämisch über die US-amerikanische Posse: Ausgerechnet die modernistische Weltmacht USA gerät in Turbulenzen, die eher an die sprichwörtliche "Bananenrepublik" erinnern.

Die peinliche Panne ist zum Teil das Resultat eines Wahlsystems, dessen Kern, das Wahlmänner-Kollegium, seit 1787 unverändert geblieben ist. Hinzu kommen diverse "Unregelmäßigkeiten" wie die missverständlichen Wahlformulare, aber auch offensichtliche Manipulationen. Während empörte WählerInnen sich betrogen fühlen, sorgen sich die professionellen Politik-Berater um die Autorität des künftigen Präsidenten: Wird er auf internationaler Bühne überhaupt für voll genommen werden? Wie der Fall der Aktienkurse zeigt, fürchten die Börsianer, dass die Hängepartie auch den Geschäften schadet.

Die stolzen Anhänger des bundesdeutschen Verhältniswahlrechts allerdings haben wenig Grund zur Selbstzufriedenheit. Denn um die Interpretation des "Wählerwillens" gibt es auch hier zu Lande, wo Regierungskoalitionen in Geheimverhandlungen ausgekungelt werden, immer wieder Streit.

Seit jeher gilt: Was in den USA als Wahlkampf zelebriert wird, kommt alsbald auch in Europa zum Einsatz: Show statt Inhalt, Gedrängel um die "neue Mitte", hemmungslose Personalisierung, Slogans und Statements, die zunächst getestet und dann dem Publikumsgeschmack angepaßt werden. Darin gibt es zwischen den USA und den anderen Industrieländern des Westens allenfalls graduelle Unterschiede: Hier wie dort ist die harmonische Welt der Kandidaten mit dem Dauergrinsen ein Kunstprodukt wie Disneyland.

Wenn auch im realen Leben nicht Donald mit Gustav Gans, sondern Bush mit Gore konkurriert, so haben die nicht zu leugnenden politischen Unterschiede zwischen den Kandidaten für die US-Politik voraussichtlich nur wenig Bedeutung. Die anfangs gefeierte Regierung Clinton, der Gore acht Jahre lang angehörte, hat die Reformerwartungen ihrer AnhängerInnen tief enttäuscht; andererseits wird der eindeutig konservativere Bush angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse auf Ausgleich mit den Demokraten bedacht sein müssen. Und wer von beiden eher außenpolitischen Abenteuern zuneigt, ist keineswegs eindeutig. S. 4-5

46. Herein darf, wer nützt

Leitkultur der Anständigen:

CD-Datei: daten/aksuche/ak444/union.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:444:union

Die Wirtschaftsbosse haben verstärkten Bedarf an ökonomisch verwertbaren Nicht-Deutschen angemeldet. So ist die Christen- Union gezwungen, ihre Position in der Migrationspolitik zu verändern. Nun bekämpft die Union Zuwanderung nach Deutschland nicht mehr kategorisch. Ihre Beteiligung an der Diskussion über ein Einwanderungsgesetz hat aber einen Preis: der kleine Rest des Asylgrundrechts, der nach der Verfassungsänderung 1993 noch übrig geblieben ist, soll beseitigt werden. Denn im Kern geht es der Union um "Zuwanderungs-Begrenzung", und deshalb ist für sie ein entsprechendes Gesetz ein Asyl-Eliminierungsgesetz, weil nur noch "nützliche" Ausländer kommen sollen.

Daher auch die Rede von der "deutschen Leitkultur": Zuwanderer haben sich den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals anzupassen und zugleich den Deutschen die Renten zu sichern. Unterwürfig, arbeitsam, ordentlich, pünktlich - wie "wir Deutschen". Solange sie gebraucht werden, ansonsten kann man sie ja abschieben.

Die Union ist bereit, weiter zu zündeln. "Überlegen Sie, was Sie sagen, und hören Sie auf, verbal zu zündeln!" - wer, wie Paul Spiegel darauf hinweist, läuft deshalb Gefahr, aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen zu werden. Deutlich zeigt dies die Äußerung des CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann aus Fulda, der nach der "Entgleisung" des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland die Frage aufwarf, ob nicht Spiegel "das Klima zwischen Juden und Nicht-Juden in Deutschland nachhaltig schädige".

Die Berliner Demonstration der deutschen Anständigen war eine schön inszenierte Medienshow. Da standen sie dann: die um ihre Exporte bangenden Kapitalisten, die RepräsentantInnen dieses Staates, die zaudernden Mahner und die beschwichtigenden Mittler - in einer Reihe mit denen, die ein ehrliches Zeichen gegen den alltäglichen Nazi-Terror setzen wollten. Die Themenpalette der medialen Botschaft dieser Veranstaltung reichte dabei allerdings nur von: "Keine Gewalt gegen Ausländer!" - "Ohne Gewalt gegen Ausländer!" - "Gewaltlos gegen Ausländer!". Man versteht sich.

Siehe Seite 11